

P. b. b. Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1030 Wien

# Stenographisches Protokoll

8. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XV. Gesetzgebungsperiode

Mittwoch, 10. Oktober 1979

## Tagesordnung

1. Bericht über die Lage der verstaatlichten Industrieunternehmen zum 31. Dezember 1978
2. Wahl eines Vertreters Österreichs in die Parlamentarische Versammlung des Europarates

## Inhalt

### Personalien

- Krankmeldungen (S. 594)  
Entschuldigung (S. 594)

### Geschäftsbehandlung

- Feststellung des Präsidenten Benya betreffend Zusatzfragen (S. 594)

### Tatsächliche Berichtigung

- Kokail (S. 626)

### Fragestunde (5.)

#### Bundeskanzleramt (S. 594)

- Grabher-Meyer (30/M); Dr. Lanner  
Dr. Gradenegger (35/M); Dkfm. Gorton, Dr. Ofner  
Dr. Lanner (36/M); Dr. Jörg Haider, Helga Wieser  
Dr. Kohlmaier (37/M); Grabher-Meyer, Dr. Feurstein  
Dkfm. Gorton (38/M); Dr. Stix, Dr. Schmidt, Dr. Paulitsch  
Dr. Ermacora (39/M); Dr. Stix  
Dr. Ermacora (40/M); Grabher-Meyer, Kittl, Dr. Feurstein  
Dr. Beatrix Eypeltauer (46/M); Dr. Ermacora, Dr. Frischenschlager, Mondl

### Wahlen in Institutionen

- (2) Wahl eines Vertreters Österreichs in die Parlamentarische Versammlung des Europarates (S. 658)

## Ausschüsse

- Zuweisungen (S. 607)

## Verhandlungen

- (1) Bericht des Ausschusses für verstaatlichte Betriebe über den Bericht des Bundeskanzlers (III-8) über die Lage der verstaatlichten Industrieunternehmen zum 31. Dezember 1978 (85 d. B.)

Berichterstatter: Ing. Willinger (S. 607)

Redner:

- Graf (S. 608),  
Hellwagner (S. 613),  
Dipl.-Vw. Josseck (S. 616),  
Bundeskanzler Dr. Kreisky (S. 620),  
Burger (S. 622),  
Kokail (S. 626),  
Ruhaltinger (S. 626),  
Peter (S. 628),  
Dkfm. Gorton (S. 631),  
Dr. Schmidt (S. 637),  
Wimmersberger (S. 641),  
Staatssekretär DDr. Nussbaumer (S. 645),  
Rechberger (S. 650),  
Neumann (S. 652) und  
Modl (S. 656)

Entschließungsantrag der Abgeordneten Graf und Genossen betreffend Maßnahmen zur Verbesserung der Situation der verstaatlichten Industrie (S. 613) – Ablehnung (S. 657)

Kenntnisnahme (S. 657)

## Eingebracht wurden

### Anfragen der Abgeordneten

- Dr. Jörg Haider, Dr. Steger und Genossen an den Bundesminister für Bauten und Technik betreffend unsachliche Polemik in der vom Bundesministerium für Bauten und Technik herausgegebenen Zeitschrift „Wohnbau“ (128/J)
- Fauland und Genossen an den Bundeskanzler betreffend strukturpolitische Maßnahmen im Raume Eisenerz (129/J)
- Egg, Dr. Reinhart, Dr. Lenzi, Weinberger, Wanda Brunner und Genossen an den Bundesminister für Bauten und Technik betreffend die Umfahrung von Silz in Tirol (130/J)

## Beginn der Sitzung: 9 Uhr

Vorsitzende: Präsident **Benya**, Zweiter Präsident Mag. **Minkowitsch**, Dritter Präsident **Thalhammer**.

**Präsident:** Die Sitzung ist eröffnet.

Krank gemeldet sind die Abgeordneten Ing. Schmitzer, Glaser, Dr. Fertl und Tirnthal.

Entschuldigt hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Wiesinger.

### Fragestunde

**Präsident:** Wir gelangen zur Fragestunde.

### Bundeskanzleramt

**Präsident:** Die 1. Anfrage ist die des Herrn Abgeordneten Grabher-Meyer (FPÖ) an den Herrn Bundeskanzler.

30/M

Da Sie sich laut Zeitungsmeldungen kürzlich dazu bekannt haben, daß „eigentlich in jedes Ressort ein Staatssekretär gehört“, frage ich Sie, Herr Bundeskanzler, auf welche Konsequenzen aus dieser Ihrer Auffassung man sich in der laufenden Gesetzgebungsperiode noch gefaßt machen darf.

**Präsident:** Bitte, Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. **Kreisky:** Herr Abgeordneter! Als ich diese Äußerung getan habe, habe ich mich vor allem an jene Bestimmung der Bundesverfassung gehalten, wonach Staatssekretäre zur Unterstützung der Minister da sind, diesem weisungsgebunden und auch zu seiner parlamentarischen Vertretung berechtigt sind. Die Vergangenheit hat diese Funktion der Staatssekretäre in einem zeitweilig anderen Licht erscheinen lassen, so in der Koalitionszeit, als es gelegentlich vorgekommen ist, daß dem Minister einer Partei ein Staatssekretär der anderen Koalitionspartei beigegeben wurde, und zwar nicht so sehr in der Absicht, daß er ihn kontrolliert – das kann der Staatssekretär ja gar nicht –, sondern in der Absicht, beiden Parteien, die an diesem Ressort ein Interesse haben, eine gewisse Mitbestimmung in der entsprechenden Graduierung zu geben.

Aber es hat auch in diesem gleichen Zeitraum Minister und Staatssekretäre derselben Partei gegeben – es hat sich damals um die ÖVP gehandelt –, also ÖVP-Staatssekretäre in einem

Ministerium, das ein Vertreter der ÖVP innegehabt hat. Aber das ändert nichts an der Tatsache, daß bei den gewaltig gewachsenen Aufgaben und bei den neuen Interessengruppierungen, die sich in der modernen Gesellschaft immer wieder aufs neue ergeben und neu darstellen, dieser Frage besondere Beachtung geschenkt wird. Ich habe auch die Absicht, diesbezügliche Überlegungen anzustellen. (*Zwischenruf des Abg. Dkfm. Gorton.*)

**Präsident:** Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter **Grabher-Meyer:** Herr Bundeskanzler! Entschuldigen Sie bitte, aber ich fühle mich durch Ihre Beantwortung in meiner Fragestellung nicht bestätigt, denn ich habe Sie gefragt, „auf welche Konsequenzen aus dieser Ihrer Auffassung man sich in der laufenden Gesetzgebungsperiode noch gefaßt machen darf“.

Ich möchte Sie, wenn Sie erlauben, aus den „Salzburger Nachrichten“ zitieren, und zwar vom 22. September 1979, wonach Sie erklärt haben: „Ich bin der glücklichste Mensch mit meinen Staatssekretären . . .“ Und weiter heißt es dann: „Ein Staatssekretär gehört eigentlich in jedes Ressort.“

Ich möchte Sie also fragen: Wären Sie nicht ein noch glücklicherer Mensch als Chef einer Regierung, die sich mehr aufs Sparen versteht und deshalb weniger Schulden hat?

Sie haben auch in einer weiteren Pressemeldung, und zwar im „Kurier“ vom 3. Oktober 1979 . . . (*Rufe bei der SPÖ: Frage!*)

**Präsident:** Bitte die Frage.

Abgeordneter **Grabher-Meyer (fortsetzend):** Bitte schön.

Herr Bundeskanzler! Warum folgt die Regierung nicht dem Sparprogramm der Schweiz, wo man in Sachen Repräsentationen, wie Sie wissen, bestimmt viel sparsamer ist als in Österreich?

Ich möchte Sie fragen . . .

**Präsident (das Glockenzeichen gebend):** Herr Kollege! In der Fragestunde gibt es bei der Zusatzfrage nur eine Frage, nicht zwei auf einmal.

Bitte, Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. **Kreisky**: Ich darf mit der letzten Frage beginnen. Es gehört sich nicht für ein Mitglied einer Regierung, Verhältnisse in einem anderen Land anders als in der objektivsten Weise darzustellen. Was die Schweiz betrifft, möchte ich sagen: Die Schweiz hat erst vor einiger Zeit Staatssekretäre neu eingeführt, und zwar hat sie gleich zwei bestellt. Zudem kann man die Verhältnisse in der Schweiz mit unseren deshalb nicht vergleichen, weil es dort neben den Bundesräten, Herr Abgeordneter, auch noch die sogenannten höchsten Beamten gibt, die einem Sonderstatus unterworfen sind, der, auch was ihre Besoldung betrifft, dem der Privatwirtschaft angeglichen ist, also gleich wichtigen Aufgaben der Privatwirtschaft.

Ich möchte ausdrücklich sagen, daß man auch in der Schweiz diese Frage immer wieder diskutiert und erkannt hat, daß man wegen der gestiegenen Aufgaben des Staates eben – will man sie nicht ausschließlich politisch nicht verantwortlich zu Machenden überlassen, sondern auch solchen, die hier im Haus verantwortlich sind für das, was sie tun, oder zur Rechenschaft gezogen werden können – dieser Einrichtung größte Aufmerksamkeit schenken muß. Ich werde – das habe ich schon gesagt; vielleicht ist es überhört worden – derartige Überlegungen in den nächsten Tagen sicher anstellen.

**Präsident**: Eine weitere Frage. Bitte.

Abgeordneter **Grabher-Meyer**: Herr Bundeskanzler! Darf ich aus Ihren Ausführungen schließen, daß Sie in Zukunft, noch in dieser laufenden Gesetzgebungsperiode daran denken, noch mehr als die jetzt vorgesehenen Staatssekretäre einzustellen?

**Präsident**: Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. **Kreisky**: In dieser Vermutung kann ich Sie nur bestärken. (*Allgemeine Heiterkeit.*)

**Präsident**: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Dr. Lanner.

Abgeordneter Dr. **Lanner** (ÖVP): Herr Bundeskanzler! Was kosten eigentlich die vielen Staatssekretäre dem Steuerzahler pro Jahr?

**Präsident**: Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. **Kreisky**: Sie kosten nur einen Bruchteil dessen, was Sie annehmen. Herr Staatssekretär Dr. Löschnak hat sich sogar die Mühe gemacht, auszurechnen, was ein vom Bund bezahlter Staatssekretär pro Person kostet.

Ich nehme jetzt nur die geringe Zahl der vom Bund bezahlten Staatssekretäre verglichen zur Bevölkerung. Das wird Sie interessieren: Gerechnet auf jeden, den der Bund bezahlt, macht ein Staatssekretär 21 Groschen monatlich aus. (*Allgemeine Heiterkeit.*)

Die sich noch ergebenden Fragen bin ich gern bereit, bei späterer Gelegenheit zu beantworten.

**Präsident**: Wir kommen zur Anfrage 2: Abgeordneter Dr. Gradenegger (SPÖ) an den Herrn Bundeskanzler.

35/M

Welche konkreten regionalpolitischen Ziele werden mit der von der Bundesregierung kürzlich eingerichteten Sonderaktion zur Stärkung entwicklungsschwacher ländlicher Räume verfolgt?

**Präsident**: Bitte, Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. **Kreisky**: Im Rahmen der aktiven und umfassenden Regionalpolitik der Bundesregierung widmen wir auch den Berggebieten besondere Aufmerksamkeit aus Gründen, die ja vielfach bekannt sind.

Wir haben vor zwei Jahren eine Sonderaktion regionalpolitischer Art außerhalb der Förderungsmaßnahmen für die Bergbauern eingerichtet. Das Ziel dieser Sonderaktion ist, Projekte besonderer Art, die auf die Gewinnung oder auf die Herstellung von hochwertigen Produkten und deren Direktvermarktung – also Urprodukten –, die Weiterverarbeitung von vorwiegend heimischen Rohprodukten und deren Direktvermarktung – dabei sollen einfache kapital- und energiesparende sowie umwelt- und menschenfreundliche Technologien angewendet werden –, die Entwicklung des Fremdenverkehrs, den intensiveren persönlichen Kontakt über einen tiefgreifenden Kulturaustausch, zum Beispiel durch die Vermittlung von Fähigkeiten und Kenntnissen zwischen Gästen und Gastgebern, ausgerichtet sind, zu ermöglichen. Das ist eine Bestrebung, die in den letzten Jahren eine erfreuliche Bestätigung gefunden hat.

**Präsident**: Zusatzfrage.

Abgeordneter Dr. **Gradenegger**: Noch nie im Verlaufe der Geschichte unseres Staates wurde soviel für die Menschen im ländlichen Raum getan wie unter dieser Bundesregierung. Schulfreifahrten, Bauernpensionen, Bauernzuschüsse, der Ausbau des ländlichen Wegenetzes und Telephonaktionen zeugen davon. (*Widerspruch bei der ÖVP.*) Wir begrüßen diese Aktion außerordentlich.

Ich bitte Sie, Herr Bundeskanzler, mir zu beantworten, welche Vorhaben durch diese Sonderaktion gefördert werden sollen.

**Präsident:** Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. **Kreisky:** Was den Rahmen der Vorhaben betrifft, habe ich angegeben: Es handelt sich hier vor allem um solche, die es ermöglichen sollen, ein zusätzliches Einkommen zu erwerben. Wir haben darüber hinaus auch all jene Ideen geprüft, die gegenwärtig in anderen Ländern Europas gefördert werden, so zum Beispiel die unmittelbare Verarbeitung von Produkten aus der Landwirtschaft, etwa der Schafwolle oder anderer tierischer Produkte. Ferner wollen wir auf diese Art auch den Genossenschaftsgedanken, der in Österreich gerade in diesem Bereich schon sehr entwickelt ist, weiter fördern.

**Präsident:** Weitere Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter Dr. **Gradenegger:** Herr Bundeskanzler! In welchen Bergbauerngebieten beabsichtigen Sie, Vorhaben durch diese Sonderaktion zu fördern?

**Präsident:** Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. **Kreisky:** Die Gemeinden, die hierfür in Betracht kommen, sind in den Richtlinien zur Vergabe von Förderungsmitteln enthalten. Zur Zeit wird die Möglichkeit geprüft, in Ausnahmefällen auch Projekte zu fördern, die nicht in den angegebenen Förderungsgebieten durchgeführt werden, jedoch den sonstigen Zielsetzungen der Sonderaktion entsprechen und vor allem Modellcharakter haben, weil wir sie dann eventuell auf andere Gebiete ausweiten wollen.

**Präsident:** Weitere Frage: Herr Abgeordneter Gorton.

Abgeordneter Dkfm. **Gorton** (ÖVP): Herr Bundeskanzler! Nur zur Berichtigung: Die Bauernpension wurde ja schon unter der ÖVP-Regierung eingeführt; ich sage das deswegen, weil sie aus Ihren Reihen angeführt wurde.

Meine Frage geht etwas weiter. Die Sonderförderungsgebiete sind in erster Linie Grenzlandgebiete, die in diesem Katalog erfaßt sind. Heute vor einer Woche hat Herr Staatssekretär Nussbaumer im Ausschuß für verstaatlichte Betriebe bekanntgegeben, daß auch das Gebiet Aichfeld-Murboden in die Sonderförderungsgebiete einbezogen wurde.

Meine Frage an Sie lautet: Hat Herr Landeshauptmann Wagner bei Ihnen beantragt, das ländliche Gebiet des oberen Görtschitztales, aber auch andere ländliche Gebiete in die Sonderförderungsgebiete einzubeziehen?

**Präsident:** Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. **Kreisky:** Ich habe schon geantwortet, Herr Abgeordneter Dkfm. Gorton, daß die Bundesregierung gerne bereit ist, auch andere Gebiete in diese Förderungsaktionen einzubeziehen, wenn die zu fördernden Maßnahmen Modellcharakter haben, und daß dann eine neuerliche, sagen wir, Veränderung dieser Liste vorgenommen werden kann.

**Präsident:** Weitere Frage: Herr Abgeordneter Ofner.

Abgeordneter Dr. **Ofner** (FPÖ): Herr Bundeskanzler! Ich entnehme Ihren Ausführungen, daß bei der geplanten Aktion breitflächig, ohne besondere Schwerpunkte, praktisch verteilt über ganz Österreich vorgegangen werden soll. Nun nehmen in der Rangordnung der strukturschwachen ländlichen Räume das nördliche Waldviertel und das nördliche Weinviertel eine Sonderstellung im negativen Sinne ein. Es gibt dort keinen Bezirk, in dem die Arbeitslosenzahl unter 10 bis 12 Prozent betragen würde.

Welche besonderen Förderungsmaßnahmen sieht die Bundesregierung für diese ganz speziell benachteiligten Gebiete in Niederösterreich vor?

**Präsident:** Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. **Kreisky:** Wir haben zusammen mit dem Land Niederösterreich schon zum zweiten Mal eine große Förderungsaktion für die Grenzgebiete vereinbart, die erste ist bereits durchgeführt, die zweite ist in Durchführung begriffen. Diese Aktionen sind so umfassend, daß sich das Land Niederösterreich seinerzeit entschlossen hat, sie zu erneuern und zu wiederholen, und das wird auch in Zukunft weiter geschehen.

Es geschieht dies in Erfüllung jenes Teiles des Regierungsprogramms, der davon spricht, daß in den Gebieten in der Nähe der Grenze ein breiter Gürtel des Wohlstands entwickelt werden soll. Das braucht Zeit in Anbetracht der besonderen Verhältnisse. In diesem Teil Österreichs sind gewisse Entwicklungen nicht erfolgt, sie konnten nicht erfolgen.

Ich könnte Ihnen durchaus, wenn Sie wollen auch schriftlich, eine lange Liste all der Maßnahmen übermitteln, die in der Vergangenheit nicht nur geplant, sondern auch verwirklicht wurden, und jener, die in Verwirklichung begriffen sind; dies sind vor allem Fremdenverkehrsmaßnahmen, Industrieumstrukturierungen, Neugründungen von Industrien, Straßenbaumaßnahmen, agrarische Maßnahmen und so weiter.

**Bundeskanzler Dr. Kreisky**

Ich kann nur noch einmal sagen, daß sich Herr Landeshauptmann Maurer nach den Vereinbarungen über diese Aktionen jedesmal in sehr herzlichen Worten bei der Bundesregierung für die Mitwirkung bedankt hat. *(Beifall bei der SPÖ.)*

**Präsident:** Wir kommen zur Anfrage 3: Herr Abgeordneter Dr. Lanner (ÖVP) an den Herrn Bundeskanzler.

36/M

Wie viele neue Staatssekretäre werden Sie dem Bundespräsidenten im Zuge der bevorstehenden Regierungsumbildung zur Ernennung vorschlagen?

**Präsident:** Bitte, Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. **Kreisky:** Herr Abgeordneter Dr. Lanner! Ich kann Ihnen eine präzise Auskunft hierüber noch nicht geben, weil ich mit meinen Überlegungen noch nicht fertig bin, aber ich möchte diese noch in den nächsten Tagen abschließen. Ich werde Ihnen dann gerne die Auskunft, die Sie wünschen, erteilen.

**Präsident:** Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter Dr. **Lanner:** Herr Bundeskanzler! Bei der ersten Frage konnte man ja schon erkennen, daß Sie hinsichtlich der Staatssekretäre an gewisse Erweiterungen denken. Nun haben Sie seinerzeit zu der Frage der Staatssekretäre einen sehr vernünftigen Standpunkt eingenommen. Sie haben gemeint: Ein guter Minister braucht keine Staatssekretäre, und einen schlechten Minister sollte man austauschen.

Was hat Sie bewogen, Herr Bundeskanzler, diesen seinerzeit eingenommenen sehr vernünftigen Standpunkt zu ändern?

**Präsident:** Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. **Kreisky:** Herr Abgeordneter Dr. Lanner! Adenauer hat einmal in einer ähnlichen Situation gemeint, es könne ihn niemand daran hindern, sich die Dinge noch einmal zu überlegen und klüger zu werden. Das ist in meinem Fall geschehen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

**Präsident:** Weitere Frage.

Abgeordneter Dr. **Lanner:** Herr Bundeskanzler! Ich bin so wie Sie mit Adenauer durchaus einverstanden. Nur sind Sie hier klüger geworden auf Kosten der Steuerzahler. Diese Staatssekretäre kosten jedes Jahr viele, viele Millionen Steuergelder. Bitte, es gibt durchaus eine Rechtfertigung für Staatssekretär Löschnak, aber

alle Leute fragen mich: Was macht der Staatssekretär Schober, er geht gerne in die Sauna, aber was macht er sonst?

Können Sie mir Auskunft geben, was Schober eigentlich in den letzten Jahren um das viele Geld der Steuerzahler gemacht hat?

**Präsident:** Bitte, Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. **Kreisky:** Ich kann darauf nur sagen, meine Herren: Wenn Sie der Regierung wegen der Staatssekretäre Verschwendung vorwerfen, dann möchte ich Ihnen vorlesen, wie viele Staatssekretäre es in der Regierung Raab und in den späteren ÖVP-Regierungen gegeben hat. Es gab in der Regierung Raab I fünf Staatssekretäre. *(Ruf bei der ÖVP: In der Koalition!)* Ja, aber davon war eine ganze Reihe von Staatssekretären im eigenen Ressort. Es hat sogar im Finanzministerium einen Staatssekretär gegeben, und ich selber hatte zum Beispiel einen zweiten ÖVP-Staatssekretär trotz eines ÖVP-Ministers als Kollegen. Sie sehen also, es war nicht ganz so.

In der Regierung Raab II gab es sogar sechs Staatssekretäre, in der Regierung Raab III gab es vier Staatssekretäre, und in der Regierung Raab IV waren es auch vier Staatssekretäre. In der Regierung Gorbach II gab es sechs Staatssekretäre *(Abg. Dr. Lichal: Aber keinen Schober!)* – moment, keine Aufregung! –, in den Regierungen Klaus I und Klaus II waren es auch je sechs Staatssekretäre, während es bei mir jeweils zwei und vier Staatssekretäre gegeben hat. Ich sage aber noch einmal: Es wird um einige mehr geben. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Was die Frage nach Staatssekretär Schober betrifft, so verstehe ich Ihre Neugier deshalb nicht, weil Sie ganz genau wissen, wie unangenehm er Ihnen oft durch seine Aktivität im ländlichen Raum geworden ist. *(Beifall und Heiterkeit bei der SPÖ.)*

**Präsident:** Nächste Frage: Herr Abgeordneter Jörg Haider.

Abgeordneter Dr. **Jörg Haider** (FPÖ): Herr Bundeskanzler! Aus dem Zitat Adenauers entnehme ich, daß Sie klüger geworden sind in der Einschätzung der Notwendigkeit von Staatssekretären. Heißt das indirekt, daß Sie die Leistungsfähigkeit Ihrer Minister früher überschätzt haben?

**Präsident:** Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. **Kreisky:** Nein. Ich habe lediglich eines erkannt – und zwar was meinen eigenen Ressortbereich betrifft –: daß die Arbeit

**Bundeskanzler Dr. Kreisky**

im Ministerium beziehungsweise in meinem Ressort effizienter gestaltet werden kann, wenn hierfür ein Staatssekretär zur Verfügung steht.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit sagen, daß Sie ja gestern selber erkannt haben, wie sehr die Frau Staatssekretär Karl zum Beispiel, auch wenn es Ihnen nicht paßt, in familienpolitischen Fragen nicht nur versiert ist, sondern was sie alles auf diesem Gebiet tagtäglich auch zu leisten hat. *(Beifall bei der SPÖ.)* Sie haben selber zugegeben, daß Herr Staatssekretär Löschnak dem Steuerzahler durch seine ausdauernden und ständigen Verhandlungen viel Geld erspart. Das will ich ihm gerne auch hier im Hause attestieren. *(Beifall bei der SPÖ. - Zwischenruf des Abg. Dr. Lichal.)* Und ein Bruchteil dessen ... *(Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.)* Ja ich verstehe schon, meine Herren: Manche von Ihnen haben das Verhandeln mit dem Staatssekretär nicht so gern. Ich bin vielleicht nachgiebiger als er, aber für den Staat ist es besser, wenn man so wenig nachgiebig ist wie er.

Was den dritten Staatssekretär in meinem Ressort, Herrn Professor Nussbaumer, betrifft, kann ich nur sagen, daß ich eine ganze Reihe der Aufgaben, die ich zu erfüllen habe, in Detailverhandlungen weiterzuführen nicht in der Lage wäre, und hier hat Staatssekretär Nussbaumer hervorragende Arbeit geleistet, die übrigens von allen in der Wirtschaft Tätigen immer wieder anerkannt wird. *(Beifall bei der SPÖ.)*

**Präsident:** Weitere Frage: Frau Abgeordnete Wieser.

Abgeordnete Helga Wieser (ÖVP): Herr Bundeskanzler! Es ist grundsätzlich bedauerlich, daß es nicht möglich ist, von der Regierungsbank her eine konkrete Auskunft zu erhalten.

Zu den Staatssekretären: Sie haben am 29. September laut „Arbeiter-Zeitung“ gesagt, Sie möchten eine Staatssekretärin für Arbeiterinnen. Ich glaube grundsätzlich sagen zu können, so gesehen müßten wir für jede Berufsgruppe von Frauen eine Staatssekretärin haben, und da der Bevölkerungsanteil der Frauen größer ist als jener der Männer, wäre es, wie ich glaube, notwendig, ein eigenes Frauenministerium zu schaffen und nicht nur eine Staatssekretärin im Sozialministerium zu bestellen.

Sind Sie dafür, daß in Zukunft ein neues Ressort für Frauenfragen, so wie es in vielen anderen europäischen Ländern besteht, installiert wird?

**Präsident:** Herr Bundeskanzler.

**Bundeskanzler Dr. Kreisky:** Meine Damen und Herren des Hohen Hauses! Wenn ich der Zustimmung der Volkspartei sicher wäre, werde ich den Gedanken aufgreifen. Ich bin Ihnen sehr dankbar dafür. *(Beifall bei der SPÖ.)*

**Präsident:** Wir kommen zur Anfrage 4: Herr Abgeordneter Kohlmaier (ÖVP) an den Herrn Bundeskanzler.

37/M

Steht der offensichtlich auf Ihren Druck erfolgte Rücktritt von Frau Dr. Leodolter im Zusammenhang mit der Vergabe eines kostspieligen Auftrages in Höhe von weit mehr als 100 Millionen Schilling durch die Frau Bundesminister an eine Firma ohne Gewerbeberechtigung?

**Präsident:** Bitte, Herr Bundeskanzler.

**Bundeskanzler Dr. Kreisky:** Herr Abgeordneter Kohlmaier! Es kommt in allen demokratischen Staaten vor, daß von Zeit zu Zeit Veränderungen in der Regierungszusammensetzung, in der personellen Zusammensetzung, eintreten.

In diesem konkreten Fall hat es zwischen mir und Frau Minister Dr. Leodolter eine Aussprache am 6. September, glaube ich, gegeben, also ehe die Zeitungen die Frage, diese Frage, aufgegriffen haben. Ich habe in diesem Gespräch gemeint, daß die Aufgaben, die sich in Hinkunft, vor allem im Hinblick auf den Umweltschutz, stellen, so komplizierte Verhandlungen mit den Ländern und in Erfüllung der Entschließung des Parlaments bezüglich der Kompetenzausweitung so harte Verhandlungen mit den anderen Ressorts erfordern, so daß, wie ich glaube, das eine zu schwere Aufgabe für sie sein wird. – Das ist die volle Wahrheit.

Ich sage auch noch einmal, warum ich das glaube:

Frau Dr. Leodolter war eine hervorragende Gesundheitspolitikerin. Sie hat Großartiges vollbracht, und Tausende Kinder sind heute am Leben, die ohne die Maßnahmen, die sie getroffen hat, nicht am Leben geblieben wären. *(Lebhafter Beifall bei der SPÖ.)*

Sie hat also sehr große Leistungen in einem Land vollbracht, in dem eben die Gesundheitspolitik offenbar lange Zeit vernachlässigt gewesen sein muß, denn sonst hätten wir nicht diesen traurigen Rekord in der Säuglingssterblichkeit gehalten. Hiefür und für viele andere Maßnahmen gebührt ihr aufrichtiger Dank. Sie hat fast acht Jahre lang diese Aufgaben erfüllt.

Ich habe Ihnen die Gründe gesagt, warum ich an eine Änderung gedacht habe, hatte sie ihr gesagt, und sie hat das auch eingesehen und mir

**Bundeskanzler Dr. Kreisky**

nachher in einem Brief geschrieben, daß sie bereit ist, auf ihr Amt zu verzichten.

Das hat mit allen anderen Fragen, die hier im Parlament längst abgehandelt sind, nichts zu tun.

**Präsident:** Zusatzfrage. Bitte.

Abg. Dr. **Kohlmaier:** Herr Bundeskanzler! Wenn ich Ihre Laudatio auf eine Ausgeschiedene richtig verstehe, so soll die Antwort bedeuten, daß kein Zusammenhang besteht. Aber ich muß hier interpretieren, weil Sie meine Frage nicht ganz klar beantwortet haben.

Herr Bundeskanzler, dieses 100-Millionen-Schilling-Ding ist ja nicht dadurch aus der Welt geschafft, daß sich Frau Dr. Leodolter jetzt über Ihren Rat zurückgezogen hat. Ich möchte wissen: Wer übernimmt nun gegenüber dem Hohen Haus und der Öffentlichkeit die Verantwortung für diese dubiose Angelegenheit? Übernimmt sie der neue Gesundheitsminister neben seiner Verantwortung für die Tiroler Wahlniederlage (*Heiterkeit bei der ÖVP*) oder übernehmen Sie sie? Wer ist jetzt für diese Dinge verantwortlich?

**Präsident:** Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. **Kreisky:** Herr Abgeordneter Dr. Kohlmaier! Wer verantwortlich ist für Wahlniederlagen – soll ich diese Frage an Sie stellen? Sie kennen doch die Geschichte der „Trockendocks“ in der Republik sehr genau nicht wahr? (*Beifall und Heiterkeit bei der SPÖ*.) Die Verantwortung trägt der, der nach der Verfassung hierfür verantwortlich ist, und das ist der nachfolgende Ressortminister oder die Bundesregierung oder wer halt nach dem Gesetz hierfür verantwortlich ist. (*Abg. Dr. Fischer: Steht alles in der Verfassung drinnen! – Abg. Graf: Er wollte es vom Kanzler hören!*) Das steht alles drin.

**Präsident:** Weitere Frage. Bitte.

Abgeordneter Dr. **Kohlmaier:** Herr Bundeskanzler! Ich bin beruhigt, daß wir einen Verantwortungsträger haben; der Herr Klubobmann hat es dankenswerterweise auch noch bestätigt. Aber, Herr Bundeskanzler, Sie können sicher sein: Niemand denkt so ernsthaft über die Ursachen von Wahlniederlagen nach wie die Österreichische Volkspartei. Ich hoffe, daß das Ihre Parteifreunde in den Ländern auch tun. (*Beifall bei der ÖVP. – Ironische Heiterkeit bei der SPÖ.*)

Herr Bundeskanzler, Sie haben gegenüber einer Zeitung erklärt, daß Frau Minister Leodolter ein lieber Kerl, aber keine Ministerin war

und daß sie nicht sehr professionell war. Darf ich Sie unter leichter Bezugnahme auf Adenauer fragen: Wann haben Sie das erkannt?

**Präsident:** Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. **Kreisky:** Dazu möchte ich bemerken, daß ich es so nicht gesagt habe, wie Sie es hier wiedergeben, sondern daß ich gesagt habe, daß die Frau Minister ein lieber Mensch ist – was Ihnen ja auch nicht entgangen sein dürfte (*Heiterkeit bei der ÖVP*) –, daß sie Hervorragendes geleistet hat – wie ich Ihnen schon vorhin gesagt habe –, aber daß sie halt nicht jene politische Durchschlagskraft hat, die man zum Beispiel Ihnen gegenüber, meine Herren, manchmal dringend notwendig hat.

**Präsident:** Weitere Frage: Herr Abgeordneter Grabher-Meyer.

Abgeordneter **Grabher-Meyer (FPÖ):** Herr Bundeskanzler! Wir Freiheitlichen haben hier schon früher zur Unfähigkeit der Frau Minister Leodolter das Wort erhoben, und ich frage Sie nun, weshalb Sie diese Ministerin, nachdem Sie ja schon länger überzeugt waren, daß sie nur ein lieber Kerl ist, aber keine Durchschlagskraft hat, noch so lange gehalten haben.

**Präsident:** Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. **Kreisky:** Die Durchschlagskraft, die erforderlich ist, um sich hier in diesem Hause immer mit der notwendigen Härte durchzusetzen, ist eine Seite. Auf der anderen Seite haben aber ihre Leistungen als Fachmann so überwogen, daß ich mich zu solch einem Schritt sicher nicht hätte entschließen können.

**Präsident:** Weitere Frage: Herr Abgeordneter Feurstein.

Abgeordneter Dr. **Feurstein (ÖVP):** Herr Bundeskanzler! Die Frage der Vergabe von 100 Millionen Schilling an die ARGE-Kostenrechnung ist nach wie vor ungeklärt; darauf hat der Abgeordnete Kohlmaier bereits hingewiesen. Werden Sie sich nun als Chef der Regierung, nachdem die Frau Gesundheitsminister nicht mehr im Amt ist, dafür einsetzen, daß alle Notwendigkeiten ergriffen werden, um diese Frage aufzuklären? Werden Sie – nachdem die SPÖ-Fraktion die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses hier im Hohen Haus abgelehnt hat – sich dafür einsetzen, daß beispielsweise eine Überprüfung der Vergabe durch die Finanzprokuratur erfolgen kann? Die Finanzprokuratur ist ja bekanntlich dazu berufen, Vermögensnachteile des Bundes einzufordern, falls diese eingetreten sind. Wir haben nach wie vor

**Dr. Feurstein**

stark die Vermutung, ja Sicherheit, daß solche Vermögensnachteile eingetreten sind.

**Präsident:** Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. **Kreisky:** Es steht mir nicht zu, von diesem Platz aus die Zweckmäßigkeit politischer Maßnahmen Ihrerseits zu prüfen. Da es aber zwischen der letzten parlamentarischen Behandlung und heute eine Nationalratswahl gegeben hat, möchte ich das schon aus diesem Grund unterlassen.

Zum anderen möchte ich gerne sagen, daß die Bundesregierung und der zuständige Ressortminister die volle Verantwortung vor diesem Hause zu übernehmen und zu tragen bereit sind, und es muß einer künftigen Behandlung, wenn Sie so wollen, überlassen bleiben, welche Schlüsse daraus gezogen werden. Es ist dies aber eine Sache des Parlaments. Was die Bundesregierung betrifft, so habe ich die Erklärung abgegeben.

**Präsident:** Anfrage 5: Herr Abgeordneter Gorton (*ÖVP*) an den Herrn Bundeskanzler.

38/M

Welche finanziellen Verpflichtungen ist die Bundesregierung für die Errichtung eines Zweigwerkes von General-Motors im Raume Wien eingegangen?

**Präsident:** Bitte, Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. **Kreisky:** Herr Abgeordneter! Die Bundesregierung hat sich verpflichtet, dafür Sorge zu tragen, daß zur Errichtung eines Motorenwerkes von General-Motors, dessen Investitionserfordernis mit 4,2 Milliarden Schilling beziffert wird und in dem schätzungsweise 1500 Personen direkt und eine ebenso große Anzahl vermutlich durch Zulieferungen Beschäftigung finden sollen, ein Drittel der Investitionssumme, maximal jedoch 1,4 Milliarden Schilling, als Barzuschuß beigetragen wird. Dieser Betrag wird zusammen mit jenem, den die Stadt Wien zu erbringen hat, diesem größten Konzern seiner Branche zur Verfügung gestellt werden, weil es im Interesse der Bundesregierung und der Volkswirtschaft der Republik Österreich gelegen ist, wenn sich hier Chancen eröffnen, in eine solche Industrie hineinzukommen, die einen der größten Importposten unserer Handelsbilanz darstellt, daß eben diese Chancen wahrgenommen werden. Das waren die Motive. Wir betrachten das als einen so wichtigen Incentive für unsere wirtschaftliche Entwicklung, daß wir uns zu diesem großen Opfer entschlossen haben.

**Präsident:** Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter Dkfm. **Gorton:** Herr Bundeskanzler! Ihren Ausführungen ist also die Bestätigung zu entnehmen, daß hier für zirka 1 500 Arbeitsplätze fast eineinhalb Milliarden Schilling an Förderungsmitteln zur Verfügung gestellt werden. Das ergibt also pro Arbeitsplatz eine Million Schilling. Herr Staatssekretär Dr. Nussbaumer hat uns heute vor einer Woche im Verstaatlichtenausschuß gesagt, daß unter der Voraussetzung, daß sich das General-Motors-Werk in Kärnten oder im Gebiet Aichfeld-Murboden angesiedelt hätte, noch größere Förderungen zur Verfügung gestellt worden wären. Das heißt, man hat ein besseres Angebot gestellt, um diesen Betrieb in jene Gebiete zu verlegen, wo es echt an Arbeitsplätzen noch mangelt.

Ich möchte Sie fragen: Wie hoch war das noch bessere Angebot für Kärnten oder Aichfeld-Murboden?

**Präsident:** Herr Kanzler.

Bundeskanzler Dr. **Kreisky:** Was das Angebot für Kärnten betrifft, so hat die steirische Landesregierung einen Betrag, der mir jetzt nicht ganz genau in Erinnerung ist, angeboten. (*Abg. Dkfm. Gorton: Die steirische Landesregierung?*) Für Aichfeld-Murboden ist es natürlich die steirische Landesregierung. Die österreichische Bundesregierung hat erklärt, daß sie jederzeit bereit sei, dieses Projekt dort auch mit dem gleichen Betrag zu fördern. Nur muß es halt einem Unternehmer – dafür wird man doch auf Ihrer Seite des Hauses Verständnis haben – selbst überlassen bleiben, sich den Standort zu wählen, auch wenn man ihm noch so sehr zuredet, einen anderen Standort zu suchen. Das ist die Tatsache.

Was Kärnten betrifft, so hätte es sich von vornherein um ein Werk anderer Größenordnung gehandelt. Hier kann ich mir denken, daß nicht nur die Bundesregierung denselben Anteil geleistet hätte wie im Wiener Fall, sondern daß auch seitens der Kärntner Landesregierung große Opfer gebracht worden wären. Ich kann das nicht genau quantifizieren, aber es ist sicher so, daß die Förderungsbedingungen für alle Bundesländer gleich waren.

**Präsident:** Weitere Frage. Bitte.

Abgeordneter Dkfm. **Gorton:** Herr Bundeskanzler! Ihren Ausführungen entnehme ich, daß eigentlich in Kärnten oder in der Steiermark zum Unterschied zur Aussage von Herrn Staatssekretär Nussbaumer keine differenzierte Förderung seitens der Bundesregierung angeboten wurde. Hierin sehe ich doch einen nicht zu übersehenden Widerspruch. Aber im großen und ganzen handelt es sich hier ja um österreichi-



**Dkfm. Gorton**

sche Steuermittel, die ausländischen Konzernen als Fördermittel angeboten werden.

Meine Frage an Sie, Herr Bundeskanzler, lautet: Werden ab nun auch österreichische Investoren, wenn sie neue Arbeitsplätze schaffen, seitens der Bundesregierung gleichgeartete Fördermittel wie diesem internationalen Konzern angeboten werden können?

**Präsident:** Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. **Kreisky:** Ich habe ausdrücklich gesagt, Herr Abgeordneter, daß sich die Bundesregierung ausnahmsweise zu diesen Fördermaßnahmen entschlossen hat, weil sie auf diese Art erreicht hat, daß sich der größte Konzern der Automobilindustrie in der Welt in Österreich anzusiedeln beginnt, und weil damit die Hoffnung verbunden ist, und zwar auch auf Grund des Pachtvertrages, der mit der Republik Österreich abgeschlossen wurde, daß sich hieraus weitere Entwicklungen ergeben.

Ich kann jetzt nicht genau sagen, wieviel es sein wird, aber wir werden sicher um weit über 20 Milliarden Schilling Automobile importieren. Es muß daher doppeltes Interesse der Bundesregierung sein, daß sich hier im Lande ein Unternehmen anzusiedeln beginnt, das in der Lage ist, diesen Betrag für Importe zu reduzieren, wobei noch dazukommt, daß für den Fall, daß das nicht geschieht, die gesamte Produktion in den Export geht.

Wir haben eine sehr genaue Rentabilitätsberechnung angestellt, was das alles für die Zahlungsbilanz bedeutet. Wir haben genaue Untersuchungen über die Zulieferung angestellt. Die Bundeswirtschaftskammer wird in diesen Tagen eine lange Liste von Material, von Waren bekommen, die aus der österreichischen Produktion hinzugeliefert werden können. Und ich kann Ihnen zusätzlich noch die Beruhigung abgeben, daß vereinbart wurde, daß mindestens der Betrag, der von österreichischer Seite, Bund und Land Wien, General-Motors zur Verfügung gestellt wird, in Österreich wieder der österreichischen Wirtschaft zufließt, und zwar durch Aufträge an die österreichische Wirtschaft. Das Projekt ist also nach allen Richtungen hin abgesichert.

**Präsident:** Weitere Frage: Herr Abgeordneter Stix.

Abgeordneter Dipl.-Vw. Dr. **Stix** (FPÖ): Herr Bundeskanzler! Es gibt Hinweise dafür, daß es außer den bekanntgewordenen direkten Förderungen für diese Ansiedlung des Motorenwerkes auch noch nicht veröffentlichte Nebenzusagen geben soll, die sich auf die steuerliche Leistung

des Unternehmens im Sinne des Unternehmens günstig, im Sinne des Fiskus ungünstig auswirken würden. Das würde die Frage aufwerfen: Gleichbehandlung inländischer und ausländischer Investoren.

Daher lautet meine Frage, Herr Bundeskanzler: Gibt es über diese bisher veröffentlichten Subventionszusagen hinaus tatsächlich Vereinbarungen, die die steuerlichen Agenden tangieren?

**Präsident:** Herr Bundeskanzler, bitte.

Bundeskanzler Dr. **Kreisky:** Es gibt meines Wissens keine Vereinbarungen, die eine Änderung der bestehenden Gesetze erfordern würden.

**Präsident:** Eine weitere Frage: Herr Abgeordneter Schmidt.

Abgeordneter Dr. **Schmidt** (SPÖ): Herr Bundeskanzler! Es wurde heute wieder vom Herrn Abgeordneten Gorton die Behauptung aufgestellt, der Bund würde mit 1 Million Schilling einen Arbeitsplatz subventionieren. Wie würden Sie den beschäftigungswirksamen Effekt durch die Errichtung des Zweigwerkes von General-Motors einschätzen?

**Präsident:** Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. **Kreisky:** Der unmittelbare Effekt ist schwer zu quantifizieren, ich möchte aber auf folgendes aufmerksam machen: Dieses große Werk wird in Österreich von österreichischen Baufirmen gebaut, und ich möchte in Parenthese nur bemerken, daß ich jeden warnen würde, jetzt schon wieder das alte Theater wie mit der IAKW aufzuführen, bei der dann jeder mit dabei gewesen sein wollte und sich gedrängt hat, bei den Eröffnungsfeierlichkeiten genannt oder anwesend zu sein. (*Beifall bei der SPÖ.*) Das Werk als solches wird also hier gebaut. (*Abg. Dkfm. Gorton: Wer hat sich gedrängt, Herr Bundeskanzler?*) Na, das könnte ich Ihnen schon sagen; urgieren! (*Abg. Dkfm. Gorton: Nicht so imaginäre Beschuldigungen!*)

Es ist eine „ungeheure“ Beschuldigung, die ich ausgesprochen habe, daß es Leute gegeben hat, die gemeint haben, sie wollen auch bei der Eröffnungsfeier dabei sein. Sie können in Ihren eigenen Blättern nachlesen, wer damit gemeint ist, wer am Schluß dann für alles das gewesen ist.

Aber jetzt abgesehen davon: Die Fabrik wird also in Österreich gebaut, und zwar von österreichischen Baufirmen. Die Straßen, die hinführen, werden auch von österreichischen

**Bundeskanzler Dr. Kreisky**

Baufirmen gebaut. Die sonstigen Verkehrseinrichtungen bedeuten einen starken Entwicklungsimpuls. Wenn die Fabrik stehen wird, werden dort Maschinen stehen, die zu einem sehr großen Teil aus der österreichischen Privatwirtschaft geholt werden müssen, meine Damen und Herren, weil es sich um Fertigprodukte, um Maschinen handelt, die in österreichischen Mittelbetrieben erzeugt werden. Das heißt, es wird ein sehr großer Teil des Gesamtbetrages, weit über das hinausgehend, was wir hergegeben haben, der österreichischen Wirtschaft zufließen. Und wenn die Fabrik stehen und zu produzieren beginnen wird, dann wird sie ununterbrochen Produkte aus Eisen und Stahl, Elektromaterial und ähnliches brauchen und aus der österreichischen Wirtschaft beziehen. Das ganze wird dann ins Ausland exportiert, um in einem der anderen Betriebe von General-Motors einmontiert zu werden, sofern es nicht bis dahin zu weiteren Entwicklungen auf diesem Gebiet kommt.

Mehr kann ich nicht sagen. Ich kann nur davon ausgehen, daß sich hier ein Stimulans für die österreichische Wirtschaft vorfinden läßt, das es in ähnlicher Weise in der Vergangenheit bisher noch nicht gegeben hat.

**Präsident:** Eine weitere Frage: Herr Abgeordneter Paulitsch.

Abgeordneter Dr. **Paulitsch** (ÖVP): Herr Bundeskanzler! Es wurden für die Firma General-Motors enorme Beträge aufgewendet. Es ist heute der 10. Oktober, der Landesfeiertag in Kärnten, und es ergibt sich für mich die Frage: Warum war die Bundesregierung nicht bereit, im Zusammenhang mit einer Wiederinbetriebnahme der Zellstofffabrik Rechberg im Kärntner Unterland auch Bundesmittel zur Verfügung zu stellen?

**Präsident:** Bitte, Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. **Kreisky:** Dazu ist zu sagen, daß die Bundesregierung ERP-Mittel in beträchtlicher Höhe, wie Sie wissen, Herr Abgeordneter, schon in der Vergangenheit zur Verfügung gestellt hat. (*Abg. Deutschmann: Vor zehn Jahren!*) Wir haben ERP-Mittel zur Verfügung gestellt, wir haben immer wieder zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt; das können Sie der Arbeitsmarktförderung entnehmen. Es ist also einiges geschehen. Zu dem kommt, daß es auch von Zeit zu Zeit dringende wirtschaftliche Überlegungen geben muß, welche Politik hier die Bundesregierung zu verfolgen hat.

**Präsident:** Anfrage 6: Herr Abgeordneter Ermacora (ÖVP) an den Herrn Kanzler.

39/M

Wie weit ist der vom Nationalrat in der XIV. Gesetzgebungsperiode angeforderte Bericht über die Gleichstellung der Südtiroler gediehen?

**Präsident:** Bitte, Herr Bundeskanzler. (*Abg. Deutschmann: Genau vor zehn Jahren ist der Betrieb eingegangen!*)

Bundeskanzler Dr. **Kreisky:** Ich bin hier nicht bereit, nach Beendigung dieser Frage darauf zu antworten. Ich stehe Ihnen aber gerne mit allen Auskünften zur Verfügung. Es wird auch dem Unternehmen besser tun, wenn ich Ihnen privat diese Auskünfte über die Handlungsweise der Regierung gebe.

Herr Abgeordneter Professor Dr. Ermacora! Das Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst hat aus Anlaß der Entschließung des Nationalrates im Rahmen seiner Koordinationszuständigkeit mit Schreiben vom 20. Februar, also einen Monat später, und vom 11. Juni 1979 alle Bundesministerien sowie die Sektionen des Bundeskanzleramtes um entsprechende Mitteilungen im Sinne der genannten Entschließung ersucht. Die erbetenen Mitteilungen liegen nunmehr zur Gänze vor, und das Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst ist derzeit mit der Vorbereitung des Berichtes der Bundesregierung beschäftigt. Der nach Ressorts gegliederte Bericht wird der Bundesregierung in der nächsten Zeit zur Beschlußfassung vorliegen und kann dann jederzeit der Behandlung zugeführt werden.

**Präsident:** Eine Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter Dr. **Ermacora:** Herr Bundeskanzler! Ich möchte nur darauf aufmerksam machen, daß die Freifahrt nach dem Familienlastenausgleichsgesetz den Südtiroler Hochschülern nicht ermöglicht wird. Wird der Bericht der Bundesregierung auch auf diese Frage eingehen? Wird der Bericht der Bundesregierung aufzeigen, in welcher Weise eine solche Gleichstellung auch auf diesem Sachgebiet möglich ist?

**Präsident:** Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. **Kreisky:** Herr Abgeordneter Ermacora! Ich kann Ihnen auf diese Frage erst dann eine Antwort geben, wenn ich selber den vollständigen Bericht zur Verfügung habe. Ich kann im Moment darauf nicht antworten, aber ich werde jedenfalls die hier gestellte Frage weitergeben und um die entsprechende Berücksichtigung im Bericht bitten.

**Präsident:** Weitere Frage.

Abgeordneter Dr. **Ermacora:** Herr Bundeskanzler! Sie hatten ja auch schon vor zwei

**Dr. Ermacora**

Jahren, als diese Frage in einem Kontaktgespräch zwischen Südtirolern und Nordtirolern sowie den Wiener Stellen besprochen wurde, Ihre Zusage gegeben, sich für diese Gleichstellung einzusetzen. Werden Sie Ihre Koordinierungskompetenz nun wahrnehmen, um bei der Erstellung des Berichtes eine, ich würde sagen, positive Haltung hinsichtlich aller möglichen offenen Fragen der Gleichstellung zu erreichen?

**Präsident:** Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. **Kreisky:** Ja, sofern sie in Einklang steht mit den sonstigen Erfordernissen, die ich wahrzunehmen habe. Ich muß also auch auf verschiedene andere Umstände Rücksicht nehmen. Aber das ist eine Abwägungsfrage.

**Präsident:** Weitere Frage: Herr Abgeordneter Stix.

Abgeordneter Dipl.-Vw. Dr. **Stix (FPÖ):** Herr Bundeskanzler! Die Gleichstellung von Südtiroler Arbeitnehmern mit österreichischen hat nicht zuletzt auch Widerstände in sozialistischen Kreisen Tirols hervorgerufen. Meine Frage geht dahin: Ist Ihnen das bekannt, und werden Sie im Sinne des Entschließungsantrages des Nationalrates auf diese Tiroler Sozialisten einwirken, ihre diesbezüglichen Widerstände aufzugeben?

**Präsident:** Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. **Kreisky:** Ich bin in dieser Frage seinerzeit befaßt worden. Ich bitte zu beachten, daß sich diese Frage in einem Augenblick gestellt hat, in dem die Krisenentwicklung in Europa sehr ernst war, die Arbeitslosigkeit überall gestiegen ist und auch in Österreich die Gefahr bestanden hat, daß die Vollbeschäftigung verlorengehen könnte. In dieser Situation haben die hiezu berufenen Institutionen die Interessen derer vertreten, die sie zu vertreten haben. Es ist aber dann möglich gewesen, einen entsprechenden Ausgleich zu finden, und ich glaube, daß die gegenwärtige Lösung durchaus befriedigend ist.

**Präsident:** Wir kommen zur Anfrage 7: Herr Abgeordneter Dr. Ermacora (ÖVP) an den Herrn Bundeskanzler.

40/M

Wird die Bundesregierung dem Nationalrat eine Regierungsvorlage zuleiten, die die wesentlichsten Teile des Forderungsprogramms der Bundesländer 1976 enthält?

**Präsident:** Bitte.

Bundeskanzler Dr. **Kreisky:** Herr Abgeordneter Professor Ermacora! Sie wissen ganz genau, daß seinerzeit im Zusammenhang mit einem Notopfer der Länder für den Bund ein Forde-

rungsprogramm der Bundesländer erstellt wurde und daß dieses Forderungsprogramm erst in der Zeit dieser Regierung eine teilweise Erfüllung gefunden hat. Wir haben nun über den zweiten Teil weiter verhandelt, haben einige weitere Gebiete geregelt oder uns zur Regelung bereit gefunden.

Für die offenen Fragen wurde ein Komitee der Landeshauptmännerkonferenz, bestehend aus dem Landeshauptmann von Wien, Leopold Gratz, und dem Landeshauptmann von Tirol, Eduard Wallnöfer, bestellt. Dieses Komitee wurde beauftragt, mit der Bundesregierung über die Ausweitung der Zugeständnisse zu verhandeln. Es kam nur leider nicht dazu, weil zuerst einmal in Wien Wahlen waren und niemand Zeit hatte und dann in Tirol Wahlen stattfanden. Aber ich bin jederzeit bereit, die Herren zu empfangen und mit ihnen die Gespräche weiterzuführen. Ich bin fest davon überzeugt, daß es abermals gelingen wird, zu einer, wie ich glaube, akzeptablen oder jedenfalls vernünftigen Lösung zu kommen.

Ich möchte darüber hinaus aber sagen, daß die Bundesregierung natürlich nicht darauf verzichten kann, daß gewisse Bereiche dabei auch zur Sprache kommen, wo die Bundesregierung dringende Wünsche hat. Dazu gehören einmal eine Regelung bei den Landarbeitern und zum zweiten eine Regelung der Kompetenzen in Fragen des Umweltschutzes. Sogar in der sehr föderalistischen Schweiz war es möglich, mit den Kantonen zu einer Bundeskompetenz zu gelangen. Hier müssen wir uns auf den Standpunkt stellen, daß ein wirksamer Umweltschutz nur dann stattfinden kann, wenn es zwischen Bund und Ländern zu einer entsprechenden Regelung kommt, wobei wir natürlich nicht die Absicht haben, auch nur im entferntesten gegen den Gedanken des kooperativen Bundesstaates zu verstoßen.

**Präsident:** Weitere Frage. Bitte.

Abgeordneter Dr. **Ermacora:** Herr Bundeskanzler! Dieses Forderungsprogramm, zweiter Teil, stammt aus dem Jahre 1976, und wir haben heute 1979. Warum ist es denn nicht möglich gewesen, dieses Forderungsprogramm 1976 kraft Initiative von seiten der Bundesregierung in eine Regierungsvorlage zu kleiden, so wie der Bundesrat imstande gewesen ist, eine Initiative zu ergreifen, und es endlich ins Hohe Haus zu bringen, damit man im entsprechenden Ausschuß darüber berät? Ich kann nicht ganz verstehen, daß drei Jahre vergehen müssen, um so klar formulierte Forderungen der Länder, die von allen Landeshauptleuten unterzeichnet wurden, in Bewegung zu bringen.

Sie sagten, dieses Komitee wurde zusammen-

**Dr. Ermacora**

gesetzt, und die beiden Herren Landeshauptleute haben offensichtlich keine Initiative ergriffen. Aber wäre es nicht an Ihnen, Herr Bundeskanzler, hier die Dinge in Bewegung zu bringen?

**Präsident:** Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. **Kreisky:** Mein Respekt vor der Landeshauptmännerkonferenz ist so groß, daß ich ihre Beschlüsse respektiere. Der Beschluß war, daß diese beiden Herren beauftragt wurden, mit mir über die Ausweitung dieser Zugeständnisse zu reden. Mehr kann ich dazu nicht sagen. Wenn das vorliegen wird, dann wird diese ganze Frage sicherlich der parlamentarischen Behandlung zugeführt werden.

Aber ich bitte Sie, Herr Professor, zu beachten – eine Mahnung, die ja bei Ihnen keineswegs so notwendig ist – und einmal nachzurechnen, wie lange es gedauert hat von der seinerzeitigen Aufstellung des ersten Länderforderungsprogramms bis zur Verwirklichung und wer intensivere und effizientere Maßnahmen zur Verwirklichung geleistet hat. Das wird Ihnen ja alles bekannt sein.

**Präsident:** Weitere Frage: Herr Abgeordneter Grabher-Meyer.

Abgeordneter **Grabher-Meyer (FPÖ):** Herr Bundeskanzler! Hat die Bundesregierung, abgesehen vom Länderforderungsprogramm, eigene Vorstellungen entwickelt, die sie den Bundesländern anzubieten hat?

**Präsident:** Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. **Kreisky:** Wir entwickeln ununterbrochen eigene Vorstellungen, so zum Beispiel bei dem seit Jahren schwelenden, ungelöst gebliebenen Problem der Spitalsfinanzierung. Hier haben wir sogar eine Vorgangsweise gewählt, die überhaupt erst auf Grund der Verfassungsnovelle des Jahres 1972 oder 1973 möglich war.

Der ganze Artikel 15 a der Bundesverfassung ist ein Ausdruck dieser Grundhaltung der Bundesregierung, wichtige Fragen in Form von Konkordaten mit den Ländern einer Lösung zuzuführen. Nach diesen Grundsätzen hat es Vereinbarungen mit allen Ländern und auch Vereinbarungen mit einzelnen Ländern gegeben; ein Instrument, das sich in den letzten Jahren und Monaten hervorragend bewährt hat.

**Präsident:** Weitere Frage: Herr Abgeordneter Kittl.

Abgeordneter **Kittl (SPÖ):** Herr Bundeskanzler! Die Länderforderungen sind ja in der Zeit

der ÖVP-Alleinregierung von 1966 bis 1970 weitgehend liegengeblieben, sie wurden erst durch die sozialistischen Bundesregierungen erfüllt. Ich glaube, daß jetzt die Landtagswahlen abgeschlossen sind. Darf ich Sie nunmehr fragen, ob es daher in nächster Zeit möglich sein wird, die offenen Forderungen der Bundesländer zu behandeln?

**Präsident:** Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. **Kreisky:** Ich bin fest davon überzeugt, daß dies möglich sein wird, und ich fasse diese heutige Fragestunde so auf, daß ich von mir aus die Herren Landeshauptmänner einladen werde, doch mit mir weiter über diese Fragen zu sprechen.

**Präsident:** Weitere Frage: Herr Abgeordneter Feurstein.

Abgeordneter Dr. **Feurstein (ÖVP):** Sehr geehrter Herr Bundeskanzler! Auf Grund der Nichterfüllung des Forderungsprogramms kam es in verschiedenen Bereichen – die Pressemeldungen bestätigen das – in allen Bundesländern zu Bürgerinitiativen oder Regungen nach mehr Rechten für die Bundesländer. Im westlichen Bundesland, in Vorarlberg, soll dem Vorarlberger Landtag eine solche Bürgerinitiative unterbreitet werden. Weiters ist auf Grund dieser Initiative vorgesehen, über ein etwas abgeändertes Forderungsprogramm eine Volksabstimmung durchzuführen.

Wie würden Sie sich zum Ergebnis einer solchen Volksabstimmung stellen, falls diese positiv ausfiele im Sinne von mehr Rechten für alle Bundesländer?

**Präsident:** Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. **Kreisky:** Soweit mir dieses Volksbegehren bekannt ist, handelt es sich um Sonderrechte für Vorarlberg. Es besteht also kein Zusammenhang zwischen dem, was Sie hier sagen, und dem, was in dieser Initiative steht. Ich kann also lediglich sagen, daß ich bereit bin, im Rahmen unserer Verfassung unter Berücksichtigung der Tatsache, daß wir den kooperativen Bundesstaat wünschen, die Verhandlungen zu führen. Ich kann mich aber nicht für Forderungen erwärmen, die zu einer Sonderstellung eines Bundeslandes, und zwar unter Umständen sogar auf Kosten anderer Bundesländer, führen könnten.

**Präsident:** Die Anfrage 8 wurde zurückgezogen.

Wir kommen zur Anfrage 9: Frau Abgeordnete Dr. Beatrix Eypeltauer (SPÖ) an den Herrn Bundeskanzler.

46/M

Welche Maßnahmen sind auf dem Gebiet der Verwaltungsreform in der nächsten Zeit zu erwarten?

**Präsident:** Bitte, Herr Bundeskanzler. (*Bundeskanzler Dr. Kreisky: Ich bitte um die Erlaubnis, den Herrn Staatssekretär mit meiner Vertretung zu betrauen!*)

Es wird der Herr Staatssekretär Löschnak diese Anfrage beantworten.

Staatssekretär im Bundeskanzleramt Dr. **Löschnak:** Sehr geehrte Frau Abgeordnete Dr. Eypeltauer! Ihre Frage erlaube ich mir wie folgt zu beantworten:

Einleitend möchte ich feststellen, daß ich schon mehrmals Gelegenheit hatte, im Hohen Haus Ausführungen darüber zu machen, daß ich glaube, daß man eine Verwaltungsreform nicht global, sondern nur punktuell durchführen kann, wenn man einen Erfolg erwartet.

Wir werden daher in Erkenntnis dieses Umstandes in der nächsten Zeit die Überprüfung des Formularwesens, die wir vor kurzem eingeleitet haben, fortsetzen, weil wir glauben, daß mit dieser Überprüfung die Möglichkeit eingeräumt werden kann, die Formulare für den Staatsbürger verständlicher und zweckmäßiger zu formulieren, und damit auch ein besserer Verwaltungsablauf erreicht werden kann.

Darüber hinaus werden wir in Erkenntnis des Umstandes, daß es zwischen dem Vorsitzenden der ÖVP und dem Herrn Bundeskanzler ein Papier vom Frühjahr dieses Jahres gibt, die Neuordnung des Vergabewesens vorantreiben, wobei es hier gilt, entsprechende – so würde ich meinen – Widerstände zu überwinden, insbesondere in Form des in Kürze zu treffenden GATT-Übereinkommens.

Weiters werden wir die Auskunftsstellen in den Bundesministerien vorantreiben. Ich darf darauf hinweisen, daß wir bereits mit 1. Juli 1979 solche Auskunftsstellen probeweise im Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie, im Bundesministerium für Bauten und Technik, im Innenministerium und im Bundesministerium für Verkehr errichtet haben.

Wir werden in Befolgung einer Entschließung des Hohen Hauses in der vorangegangenen Legislaturperiode das betriebliche Vorschlagswesen weiter vorantreiben. Die Berichte über die Erfolge im ersten Jahr werden in Kürze zusammenfassend vorliegen.

Weiters werden wir im Zuge der Rechtsbereinigung, die das Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst ja permanent betreibt, dann auch versuchen, einzelne Dienststellen punktuell zu durch-

leuchten, ob die Aufgabenstellung noch zeitgemäß ist beziehungsweise welche Änderungen in diesen Dienststellen auf Grund der gleichzeitig vorzunehmenden Rechtsbereinigung erfolgen können.

**Präsident:** Eine Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordnete Dr. Beatrix **Eypeltauer:** Sehr geehrter Herr Staatssekretär! Die Entwicklung der Personalstände im öffentlichen Dienst findet ja immer in der Öffentlichkeit, sowohl in der Budgetzeit als auch in der übrigen Zeit des Jahres, breite Beachtung. Können Sie mir sagen, wie sich die Personalstände, speziell in diesem Fall des Bundes, mit den Bemühungen, den aner kennenswerten Bemühungen um eine Verwaltungsreform in Einklang bringen lassen?

**Präsident:** Herr Staatssekretär.

Staatssekretär Dr. **Löschnak:** Frau Abgeordnete! Wenn man den Vergleich zieht zwischen den Jahren 1970 und 1979, so ist für den Bund vorerst einmal festzustellen, daß sich der Gesamtpersonalstand von etwas mehr als 273 000 Bundesbediensteten im Jahre 1970 auf etwas mehr als 283 000 Bundesbedienstete im Jahr 1979 erhöht hat. Das ist also eine Erhöhung, die knapp unter der Zehntausendergrenze liegt. Sie ist allerdings prozentuell bei etwa 3,6 Prozentpunkten liegend, wenn man die Jugendlichen nicht berücksichtigt.

Ich glaube, wenn man dabei bedenkt, daß wir in diesem Zeitraum eine Arbeitszeitverkürzung von der 45- auf die 43-, 42- und 40-Stunden-Woche hatten, daß man den Mindesturlaub in diesem Zeitraum zweimal angehoben und gleichzeitig die Pflegefreistellung eingeführt hat, so ist das durchaus eine Entwicklung, die mit den Bestrebungen nach einer Verwaltungsreform in Einklang zu bringen ist.

**Präsident:** Weitere Frage. Bitte.

Abgeordnete Dr. Beatrix **Eypeltauer:** Herr Staatssekretär! Sind Sie in der Lage, mir zu sagen, wie sich im Vergleich zur eben geschilderten Entwicklung des Personalstandes beim Bund die Personalstände bei den übrigen Gebietskörperschaften entwickelt haben?

**Präsident:** Herr Staatssekretär.

Staatssekretär Dr. **Löschnak:** Frau Abgeordnete! Wir haben darüber nur Zahlen über die Bundesländer vorliegend, und da zeigt sich, daß der Vergleich zugunsten des Bundes ausgeht. Während wir in dem Zeitraum von 1970 bis 1979 eben die besagte Steigerung um 3,6 Prozentpunkte aufweisen, liegen die Bundesländer weit über diesem Prozentsatz. So hat beispielsweise

**Staatssekretär Dr. Löschnak**

das Land Niederösterreich im selben Zeitraum seinen Personalstand um fast ein Drittel erhöht, das Land Oberösterreich um 43 Prozent, das Land Salzburg um 50 Prozent und das Land Wien um rund 17 Prozent, nur um hier einige Länder zu nennen.

**Präsident:** Weitere Frage: Herr Abgeordneter Ermacora.

Abgeordneter Dr. **Ermacora** (ÖVP): Bitte, ich möchte auf die erste Antwort zurückkommen und sofort erklären, daß zunächst die Verwaltung die Bürger mit Formularen überhäuft, und jetzt reformieren Sie das. Also hier muß irgend etwas falsch sein im System, möchte ich sagen. Aber das ist nicht meine Frage. Meine Frage ist nur: Warum gehen Sie nicht von einem umfassenden Verwaltungsreformprogramm aus? Ich teile nämlich nicht Ihre Meinung, daß man die Verwaltungsreform nur in punktueller Weise vorantreiben kann.

Ich stelle also die Frage: Warum bemühen Sie sich nicht, mit den Ihnen zuständigen Organen ein umfassendes Verwaltungsreformprogramm, wie es die Geschichte Österreichs schon einmal gekannt hat, niederzulegen und nach diesem Verwaltungsreformprogramm vorzugehen?

**Präsident:** Herr Staatssekretär.

**Staatssekretär Dr. Löschnak:** Herr Abgeordneter Professor Ermacora! Wir haben ja in jenen Sitzungen der Verwaltungsreformkommission, an denen wir gemeinsam teilgenommen haben, diese Dinge einige Male besprochen, und ich glaube, daß zwischen Ihrer und meiner Auffassung keine Differenz besteht. Ich gehe zwar punktuell vor, aber unter Einbindung etwa der Rechtsbereinigung, und wenn man die Rechtsbereinigung hernimmt, dann stellt sich das als umfassendes Angehen der Verwaltungsreform dar. Nur kann man da nicht mit großen Prognosen in die Öffentlichkeit gehen, sondern das muß man eben punktweise durchzuführen versuchen, denn allzu große Ankündigungen, glaube ich, kann man ganz einfach nicht erfüllen.

**Präsident:** Weitere Frage: Herr Abgeordneter Dr. Frischenschlager.

Abgeordneter Dr. **Frischenschlager** (FPÖ): Herr Staatssekretär! Verwaltungsreform wird normalerweise oder sehr oft, sagen wir einmal so – ich teile diese Meinung gar nicht unbedingt –, als Personalreform aufgefaßt.

Wir stehen derzeit wieder in Besoldungsverhandlungen, und ich erinnere mich in dem Zusammenhang, daß Ihre Bundesregierung angekündigt hat, eine weitgehende grundsätzli-

che Reform des Besoldungssystems in Angriff nehmen zu wollen, nur ist es in letzter Zeit sehr ruhig darum geworden.

Meine Frage: Wann rechnen Sie mit der Wiederaufnahme der Arbeit und vor allem mit Ergebnissen in bezug auf eine grundsätzliche Besoldungsreform?

**Präsident:** Herr Staatssekretär.

**Staatssekretär Dr. Löschnak:** Herr Abgeordneter Dr. Frischenschlager! Wir haben in mehreren Regierungserklärungen eine Reform des Dienst- und Besoldungsrechtes angekündigt, und es galt vorerst einmal, den dienstrechtlichen Teil zu einem guten Ende zu bringen. Diesen dienstrechtlichen Teil haben wir mit der Verabschiedung – das Hohe Haus hat das ja noch vor den Sommerferien hier einstimmig beschlossen – eben zu einem Ende gebracht.

Es gilt nun, die Besoldungsreform fortzusetzen. Aber da gilt es, weil Besoldung ein sehr sensibler Bereich ist, der für den öffentlichen Dienst immerhin 550 000 Dienstnehmer betrifft, im grundsätzlichen Einvernehmen zumindest mit den vier Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes vorzugehen.

Die Gewerkschaft öffentlicher Dienst hat bis vor wenigen Monaten noch erklärt, daß sie an einer solchen Besoldungsreform, zumindest wie sie sich in den letzten Vorschlägen der Bundesregierung dargestellt hat, nicht teilnehmen könne. Inzwischen ist ein Wandel in der Gesinnung eingetreten, und gerade anlässlich der Besoldungsverhandlungen über das Besoldungsübereinkommen für das Jahr 1980 hat auch die Gewerkschaft öffentlicher Dienst erklärt, daß sie durchaus bereit ist, in diese Besoldungsverhandlungen neu einzutreten.

Wir werden diese Bereitschaft zum Anlaß nehmen, in Kürze – das heißt, nach den stattgefundenen Personalvertretungswahlen, weil ja jetzt die Gewerkschaftsfunktionäre schon zeitlich nicht in der Lage sind, solche Verhandlungen mit uns zu führen – diese Verhandlungen aufzunehmen.

**Präsident:** Weitere Frage: Herr Abgeordneter Mondl.

Abgeordneter **Mondl** (SPÖ): Bei der Vorstellung der Broschüre für den Verwaltungsdienst wurde der Wert dieser Broschüre in den österreichischen Medien zum Teil geringschätzig beurteilt. Herr Staatssekretär! Gibt es nun schon Erfahrungswerte? Ist diese Kritik auch von der Öffentlichkeit geteilt worden?

**Präsident:** Herr Staatssekretär.

Staatssekretär Dr. **Löschnak**: Herr Abgeordneter Mondl! Wir haben diese Broschüre geschaffen, um den jungen, neu in den Dienst des Bundes eintretenden Dienstnehmern eine erste Handhabe zu geben, in welchem Rahmen, in welchen Größenordnungen sie sich hier überhaupt bewegen und was die Aufgabenstellung einer Gebietskörperschaft ist und wie sie an diese Aufgabenstellung herangehen können. Jetzt, nach etwas mehr als einem halben Jahr des Vorliegens dieser Broschüre, kann man schon den Schluß ziehen, daß diese Broschüre sehr wohl den neu eintretenden Bediensteten unterstützt. Das zeigt auch das rege Interesse, das diese Broschüre im umliegenden, aber auch im weiteren Ausland gefunden hat. Wir wurden aus dem Ausland um die Übersendung Hunderter Exemplare gebeten.

**Präsident**: Die Fragestunde ist beendet.

### Zuweisungen

**Präsident**: Den in der letzten Sitzung eingebrachten Antrag 21/A der Abgeordneten Dipl.-Ing. Riegler und Genossen betreffend Bergbauernförderungsgesetz weise ich dem Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft zu.

Ferner weise ich die in der letzten Sitzung als eingelangt bekanntgegebenen Regierungsvorlagen zu wie folgt:

Dem Bautenausschuß:

Bundesgesetz über die Begrenzung der Emissionen von Dampfkesselanlagen (Dampfkessel-Emissionsgesetz) (55 der Beilagen);

dem Ausschuß für Wissenschaft und Forschung:

Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über geisteswissenschaftliche und naturwissenschaftliche Studienrichtungen geändert wird (61 der Beilagen);

dem Finanz- und Budgetausschuß:

Bundesgesetz betreffend die Sanierung der Österreichischen Elektrizitätswirtschafts-Aktiengesellschaft (Verbundgesellschaft) (62 der Beilagen),

Bundesgesetz, mit dem das Entschädigungsgesetz CSSR geändert wird (66 der Beilagen),

Bundesgesetz, mit dem das Grundsteuergesetz 1955 geändert wird (Grundsteuergesetz-Novelle 1979) (67 der Beilagen),

Bundesgesetz, mit dem weitere Überschreitungen der Ansätze des Bundesfinanzgesetzes 1979 genehmigt werden (Budgetüberschreitungsgesetz 1979) (71 der Beilagen),

Bundesgesetz, mit dem das Bundesfinanzgesetz 1979 geändert wird (3. Bundesfinanzgesetznovelle 1979) (72 der Beilagen),

Bundesgesetz über die Veräußerung und Belastung von unbeweglichem Bundesvermögen (75 der Beilagen),

Bundesgesetz über die Zeichnung von zusätzlichen Kapitalanteilen bei der Inter-Amerikanischen Entwicklungsbank und über die Leistung eines weiteren Beitrages zum Fonds für Sondergeschäfte (86 der Beilagen);

dem Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft:

Bundesgesetz, mit dem das Wasserbautenförderungsgesetz geändert wird (63 der Beilagen),

Bundesgesetz, mit dem das Marktordnungsgesetz 1967 geändert wird (Marktordnungsgesetz-Novelle 1979) (88 der Beilagen);

dem Ausschuß für Gesundheit und Umweltschutz:

Bundesgesetz, mit dem das Impfschadengesetz geändert wird (73 der Beilagen);

dem Ausschuß für innere Angelegenheiten:

Bundesgesetz über die Vornahme von Volkszählungen (Volkszählungsgesetz 1980) (74 der Beilagen);

dem Verfassungsausschuß:

Bundesgesetz, mit dem die Richterdienstgesetz-Novelle 1971 geändert wird (78 der Beilagen);

dem Ausschuß für soziale Verwaltung:

Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz betreffend Abänderung und Ergänzung des Kleinrentnergesetzes geändert wird (81 der Beilagen).

**1. Punkt: Bericht des Ausschusses für verstaatlichte Betriebe über den Bericht des Bundeskanzlers (III-8 der Beilagen) über die Lage der verstaatlichten Industrieunternehmen zum 31. Dezember 1978 (85 der Beilagen)**

**Präsident**: Wir gehen in die Tagesordnung ein und gelangen zum 1. Punkt: Bericht des Bundeskanzlers über die Lage der verstaatlichten Industrieunternehmen zum 31. Dezember 1978.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Ing. Willinger. Ich bitte ihn, die Debatte zu eröffnen.

Berichterstatter Ing. **Willinger**: Herr Präsident! Hohes Haus! Der Bundeskanzler hat am 3. Juli 1979 den gegenständlichen Bericht dem Nationalrat zugeleitet. Der Bericht gibt zunächst

**Ing. Willinger**

einen allgemeinen Überblick über die internationale Wirtschaftslage und die österreichische Wirtschaft jeweils im Jahre 1978. Er behandelt dann die Lage der verstaatlichten Industrie, befaßt sich mit der wirtschaftlichen Gesamtentwicklung in den Zweigen der verstaatlichten Industrie in den Jahren 1977/78 und mit den in den verstaatlichten Unternehmungen aufgewendeten Investitionsmitteln für Sachanlagen.

Der Bericht gibt ferner Auskunft über die Entwicklung der einzelnen Produktionszweige in der verstaatlichten Industrie. Am Schluß wird ein Ausblick auf die kommende Entwicklung aus internationaler und aus gesamtösterreichischer Sicht sowie im Hinblick auf die einzelnen Branchen gegeben.

Der Ausschuß für verstaatlichte Betriebe hat den vorliegenden Bericht in seiner Sitzung am 3. Oktober 1979 in Verhandlung genommen. Nach einer Debatte, an der sich außer dem Berichterstatter und dem Ausschußobmann die Abgeordneten Dipl.-Vw. Josseck, Dr. Erich Schmidt, Dkfm. Gorton, Burger, Ruhaltinger, Wimmersberger, Rechberger, Fauland, Modl, Samwald, Steinhuber, Neumann, Kraft, Dr. Veselsky und Kern sowie die Staatssekretäre Dr. Löschnak und DDr. Nussbaumer beteiligten, wurde einstimmig beschlossen, dem Nationalrat die Kenntnismahme des Berichtes zu empfehlen.

Der Ausschuß für verstaatlichte Betriebe stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle den Bericht des Bundeskanzlers über die Lage der verstaatlichten Industrieunternehmungen zum 31. Dezember 1978 (III-8 der Beilagen) zur Kenntnis nehmen.

Falls Wortmeldungen vorliegen, beantrage ich, die Debatte darüber zu eröffnen.

**Präsident:** Ich danke für die Ausführungen.

Zum Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Graf.

**Abgeordneter Graf (ÖVP):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zum Bericht des Bundeskanzlers über die Lage der verstaatlichten Industrieunternehmungen zum 31. 12. 1978 – so heißt das im Text – möchte ich einige Vorbemerkungen anbringen. Ich gestehe: Ich wollte – das heißt, ich will es noch immer – die Verstaatlichten-Diskussion nicht als ideologisches Problem behandelt wissen, sondern – wenn Sie wollen – vom ökonomischen Standpunkt her sehen, und zwar von einem grundsätzlichen Gesichtspunkt, als eine einheitliche Wirtschaftspolitik, welche sich an den betrieblichen Erfordernissen orientiert unabhängig von den Eigentumsverhältnissen.

Nun muß ich aber reflektieren auf eine

Außerung von gestern während der dringlichen Anfrage, die meine Partei eingebracht hat. Nach der Kohout-Anfrage Ihrer Partei hat der Herr Abgeordnete Dr. Schmidt in Sache der dringlichen ÖVP-Anfrage hier das Wort genommen. Er sagte im Vorgriff auf die heutige Debatte – ich zitiere ihn fast wörtlich –: Die verstaatlichte Industrie, so sagte er, hat wesentlich mehr zur Sicherung der Arbeitsplätze beigetragen als die Privatwirtschaft.

Diese Passage, die er sicher heute wiederholen wird, läßt mich glauben, daß sich die Debatte von der Sachlichkeit wahrscheinlich etwas entfernen wird.

Denn, meine Damen und Herren, lassen Sie mich doch eines feststellen: Ich ringe ja lediglich darum, daß sich die Sozialisten vielleicht aufrufen könnten in einem Anflug von Gerechtigkeit bei Betrachtungen, daß alle Teile der österreichischen Wirtschaft mindestens die gleichen Anstrengungen unternommen haben zur Sicherung der Arbeitsplätze und nicht ein Übergewicht seitens der Verstaatlichten besteht. Denn ohne jetzt eine Banalformulierung zu wählen, betrachte ich das so – der Herr Dr. Schmidt müßte es wissen; er weiß sicher, worüber er redet –: Es muß für Privatunternehmer provokativ klingen, wenn die Behauptung aufgestellt wird, die Verstaatlichte habe mehr dazu beigetragen.

Denn eines, meine Damen und Herren, müssen Sie sich doch sagen lassen: Die Verstaatlichte hat natürlich Arbeitsplätze gesichert. Ich oder meine Partei wünschen auch nicht, daß ein VÖESTler oder ein anderer freigesetzt wird. Aber Sie sollten nicht außer acht lassen, daß die private Wirtschaft die Arbeitsplätze gesichert hat mit eigenem Geld und zusätzlich von Ihnen mit ungeheuren Steuerbelastungen bedacht wurde! *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Das heißt also: Sie, die Regierung, hat ja die Privatwirtschaft unproportional stark belastet, und trotzdem haben die genausoviel getan! Und darum, um diese Feststellung, ringe ich.

Denn, meine Damen und Herren: Es sollte auch im Zusammenhang mit der Debatte um die Verstaatlichte endlich einmal klargestellt sein, daß die Sicherung von Arbeitsplätzen nicht ein privates Herzensbedürfnis der Sozialisten ist, sondern ein österreichisches Anliegen! *(Neuerliche Zustimmung bei der ÖVP.)*

Ich glaube doch, daß es längst außer Streit steht, daß keine politische Partei, die im Parlament vertreten ist, wünscht, daß Arbeitslosigkeit Platz greift, meine Damen und Herren. Wir sind uns in der Frage ja sicher einig, daß es mehrere Wege gibt. Ich stehe nicht an eines zu



Graf

sagen: Der Weg des österreichischen Parlaments und nicht der Fraktion der Mehrheit allein ist ja immer der gewesen, daß wir alle einer Meinung waren, Arbeitslosigkeit ab ovo zu verhindern. Das unterscheidet uns ja vom bundesdeutschen Weg, den ich nicht zu kritisieren habe. Die Deutschen – das wissen Sie so gut wie ich – haben Arbeitslosigkeit in Kauf genommen und versuchen Strukturbereinigungen durchzuführen. Anscheinend ufert diese Arbeitslosigkeit aus in Jugendarbeitslosigkeit. Also ich bin schon der Meinung, daß der Weg, von Anfang an alles zu tun, daß sie nicht eintritt, richtig ist.

Über die Erreichung dieses Zieles sind wir schon nicht mehr einer Meinung, meine Damen und Herren. Denn ich wiederhole noch einmal: Ich bin der Überzeugung geworden, daß Sie aus mehreren Gründen die Belastungen – auch aus gesellschaftspolitischer Sicht – ungewichtig verteilt haben. Das ist der Grund, warum mich die Behauptung des Herrn Dr. Schmidt stört, weil sie sachlich nicht richtig ist, sondern nur polemisch dargestellt wird.

Denn ich wiederhole noch einmal allen Ernstes: In jeder Partei, meine Damen und Herren, gibt es Menschen, die aus Erfahrung Arbeitslosigkeit fürchten. Das beschränkt sich auf keine Partei. Ohne daß ich hier ein Privatstriptease für Sie aufführe: Ich war in den dreißiger Jahren als Kind in Amerika und mein Vater, der zwar nie ein Sozialist war, hat genauso gezittert um seine Arbeitsplätze wie viele andere Menschen in allen Teilen der Welt. Also diese Erfahrungen wurden uns ja allen leidvoll zuteil. Daher sollten wir einmal aufhören, bei passenden und nicht passenden Gelegenheiten zu erklären, wer denn mehr dagegen ist oder wer vielleicht etwa dafür ist.

Ich würde mir wünschen, Herr Doktor, daß diese Debatte von einer wünschenswerten Sachlichkeit getragen ist. Denn die Situation hat sich ja so entwickelt, daß ich glaube, es bedarf gemeinsamer Anstrengungen, um diese Verstaatlichte so zu sehen, wie sie volkswirtschaftlich zu sehen ist. Das wollte ich ganz gern eingangs anbringen.

Vielleicht noch eine Bemerkung. Es ist für Sie ein Reizklima, wenn ein Nichtsozialist zur Verstaatlichten kritische Bemerkungen macht. Daher habe ich mir das aufgeschrieben, obwohl es mir so zuwider ist wie dem Herrn Dr. Steyrer, hier vom Pult her vom Blatt zu singen. Aber es ist eine Präventivmaßnahme gegen mögliche Erklärungen, die mir dann hineingeheimnist werde. Aber ich betone noch einmal: Ich möchte das Ganze nicht von der ... *(Zwischenruf des Abg. Dr. Sinowatz.)* Herr Minister! Erfahrungen machen mich zum Redenschreiben.

Ich möchte aber wirklich ganz im Ernst doch glauben, daß die Verstaatlichte und der Bericht es verdienen – und es soll an uns nicht liegen –, das sachlich zu sehen, frei von Polemik, allerdings auch frei von Lobeshymnen für die Regierung. Wir haben ja heute andere Auffassungen, und ich werde mich bemühen, diese in gebotener Kürze darzustellen.

Ich möchte ganz gern zuerst vielleicht auf einige gemeinsame Probleme kommen, die ich aufzählen möchte, da sie die österreichische Wirtschaft als Ganzes allgemein berühren. Ich werde vielleicht das im Moment nur als Liste tun. In jeder Aufzählung werden Sie Dinge finden, die alle betreffen und für die wir alle nichts können, und Dinge, von denen ich glaube, für die Sie sehr wohl etwas können.

Der Zwang zur Innovation, die notwendige Umstrukturierung und die weltweite geringe Stabilität der Wirtschaftsentwicklungen sind Dinge, unter denen wir alle leiden, die zum Großteil nicht hausgemacht sind. Aber das Entstehen zusätzlicher Unsicherheiten im Inland durch ständige, und zwar durch kurzfristige, Änderungen des sogenannten Datenrahmens seitens Ihrer Wirtschafts- und Sozialpolitik, Herr Bundeskanzler, ist schon ein Faktor, wofür Sie sehr wohl etwas können. Das möchte ich hier kritisch erwähnen. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Zum ewigen Streit: Die Entkapitalisierung der Betriebe. Wir haben uns erlaubt, das in einer Broschüre sicherzustellen, nachlesbar sicherzustellen. Es ist das etwas, was Sie nie zugeben werden, aber was Sie nicht hinwegdiskutieren können. Ich würde Ihnen die Lektüre dieser Sache empfehlen. Vergleichen Sie zwischen ÖVP-Zeit und SPÖ-Zeit – Kreiskysche Zeitrechnung, so höre ich, heißt das nunmehr – die Jahresergebnisse sowohl von der Verbesserung in Prozenten als auch von Selbstfinanzierung als auch bei den Investitionen, bei den Dividendenleistungen, bei den Eigenmitteln, beim Sozialkapital, bei den Umsatzerlösen, bei den Exporterlösen, bei den Beschäftigten und bei den Verschuldungen. Was die ÖVP-Zeit betrifft, haben Sie uns einiges nachzumachen, wobei ich Ihnen konzedere, daß sich die Dinge geändert haben. Aber selbst unter Einrechnung der veränderten Dinge sollten Sie langsam aber sicher irgendwann zur Kenntnis nehmen oder es sogar sagen: In unserer Zeit, in der Regierungszeit der ÖVP, wurde die Verstaatlichte – und nicht unter ihrem Zwang, sondern durch unseren Willen – besser behandelt und hatte mindestens die gleichen Erfolge – selbst wenn ich Inflationsraten einrechne – wie in Ihrer Zeit. Ich möchte das ganz gern sagen. Ohne zu erwarten, daß Sie es mir glauben. Aber es ist beweisbar. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

**Graf**

Meine Damen und Herren! Die Notwendigkeit langfristiger Dispositionen in allen Unternehmungen erfordert ja Leistungsanreize und ein Vertrauensklima. Bitte nehmen Sie mir das nicht übel: Dieses Klima haben Sie mehr und mehr zum Schwinden gebracht, denn ein erster Schritt zur Verbesserung dieses Klimas wäre ja die Beendigung der Belastung und wenn Sie wollen, die daraus erwachsene Beseitigung bei Beendigung der Belastung von Innovationshemmungen.

Ich muß hier eine allgemeine Kritik an der Art der Förderungsmaßnahmen anschließen, die Sie betreiben. Ich sage Ihnen von der Warte der Volkspartei, daß die Bundesregierung den Markt kurzfristig sieht und die ministerielle Bürokratie nach unserem Dafürhalten falsch plant, meine Damen und Herren.

Ich würde Ihnen empfehlen, wenn Sie das sogenannte Tichy-Papier vom 15. Jänner 1979, ein Gutachten im Auftrag des Herrn Bundesministers für Finanzen, erstellt vom Herrn Universitätsprofessor Dr. Tichy, einige Passagen lesen. Hier finden Sie einige Bemerkungen – ich zitiere nur ganz wenige –, nämlich, daß die bisherige Strukturpolitik den künftigen Aufgaben nicht voll genügen kann, so der Gutachter, daß der technische Fortschritt bloß passiv dadurch gefördert wurde, daß neue Maschinen eben fortschrittlicher und produktiver sind, nicht jedoch durch die Begünstigung der Forschung. Soweit der Gutachter.

Ich darf ihn noch einmal zitieren. Allerdings zeigt der Vergleich ausländischer und inländischer Forschungsförderungsmaßnahmen, daß ohne zusätzliche, also nicht umgeschichtete Mittel wohl kein voller Erfolg zu erzielen sein wird.

Ich darf noch ein Zitat bringen: daß das Aufholen der Investitionen – gegenüber der EG nämlich – wenigstens zum Teil in den falschen Branchen erfolgte. Es stiegen etwa – so der Gutachter – die Investitionen im Bergbau und in der Metallgrundindustrie um ein Drittel bzw. um ein Viertel rascher als in der EWG, in Chemie und Metall eher langsamer. Ich wollte das nur ganz kurz zitiert wissen. Die ängstlichen Strukturkonservierungen, meine Damen und Herren, sind ja eigentlich gegen die Notwendigkeit der Schaffung produktiver Arbeitsplätze.

Wenn ich nun zur Rolle der verstaatlichten Industrie etwas sagen darf, völlig leidenschaftslos, ich hoffe, Sie tun es auch. Es ist für uns unbestritten, ihr Entstehen ist für uns historisch bedingt zu sehen, und der Konsens des Jahres 1946, meine Damen und Herren, welcher zur Art der österreichischen Verstaatlichung ja schließlich geführt hat, ist von der Situation der

Besetzungszeit her zu sehen. Daraus ergibt sich auch – auch das sei völlig unkritisch festgestellt –, daß der Verstaatlichungsgrad weit über den Durchschnitt bei westlichen Demokratien vergleichbarer Größenordnungen liegt.

Nun aber, meine Damen und Herren, wenn dieser Umfang der Verstaatlichung beispielsweise von Ihrer Mehrheit im ÖGB in Richtung der Konzernbetriebe verstaatlichter Banken erneut zur Diskussion gestellt wird – und das wurde er –, dann wird diese Diskussion ausufern, denn es wird wieder dazu kommen, daß auch die Zweckmäßigkeit des gegenwärtigen Umfangs der Verstaatlichung einfach mitzudiskutieren sein wird.

Denn eines wird nicht gehen, meine Damen und Herren: daß der bisherige Umfang der Verstaatlichung als unantastbares ideologisches Tabu von Ihnen dargestellt und gesehen wird, und gleichzeitig halten Sie Ausschau nach neuen Objekten. Hier werden wir Sie nicht begleiten. Wenn Sie eine Ausuferungsdiskussion wollen mit neuen Aspekten, aus welchen Gründen immer Sie sie sehen, dann werden wir den ganzen Bereich diskutieren müssen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Nicht das Tabu ist es, sondern die seinerzeit durchgeführte Verstaatlichung muß sich ja durch die tägliche Überprüfbarkeit ihrer Zweckmäßigkeit jeden Tag neuerlich selbst legitimieren, dort wollen wir ja hin, denn dann ist die Sinnhaftigkeit der seinerzeitigen Maßnahmen jederzeit beweisbar. Im allgemeinen aber ist für uns, für die Volkspartei, die Besonderheit der verstaatlichten Industrie lediglich in der Stellung des Bundes als Eigentümer zu sehen, oder besser gesagt, es sollte so sein, meine Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich würde denn doch glauben, daß die Entwicklung, die nun Platz greift, doch einen Anlaß zur Kritik gibt. Ich nenne Ihnen ein paar Dinge: Die Gefahr der Vermischung von betriebs- und volkswirtschaftlichen Zielsetzungen oder – etwas hart gesagt, zumindest für Sie hart gesagt – das Sich-Arrogieren getarnter Weisungsrechte.

Die Durchgriffpraxis der SPÖ – diesen Ausdruck habe ich einer Ihrer Broschüren entnommen – führt ja in Wirklichkeit dazu, daß die wünschenswerte Pufferfunktion der ÖIAG, wenn ich diesen Ausdruck finden kann, durch diese Durchgriffpraxis ja ad absurdum geführt wird.

Das Bestreben durch die ÖIAG, das ich ihr zuschreibe, vom parteipolitischen Gängelband wegzukommen, war fraglos vorhanden, wird ja durch Ihre Übung als Sozialistische Partei wieder aufgehoben. Also die Sinnhaftigkeit der

**Graf**

ÖIAG, von uns von der Idee her nicht in Frage gestellt, wird ja durch solche Maßnahmen konterkariert, wahrscheinlich sogar bewußt.

Die verstaatlichte Industrie sollte ja nach den für die Privatwirtschaft geltenden Grundsätzen wie ein privates Unternehmen geführt werden. Aber es darf nicht papierene Leerformel bleiben, sondern es müßte übernommen werden. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Die Verstaatlichte gehört ja nicht zur Gemeinwirtschaft, wir wünschten uns das nie. Es sollten der Verstaatlichten keine Nachteile aus der Stellung des Bundes als Eigentümer erwachsen. Aber bitte, wir wünschen mit der gleichen Intensität keine Vorteile gegenüber der Privatindustrie. Auch das ist völlig unzweckmäßig.

Hier darf ich Ihnen einiges aufzählen. Es sind die von mir gemeinten gleichen Rahmenbedingungen für alle Unternehmen. Bitte keine spezielle Wirtschaftspolitik nur für die Verstaatlichte. Einen Klammersatz: Es gibt sie hie und da, zum Beispiel Arbeitsmarktförderungsmittel oder ERP-Mittel überwiegend nur für die Verstaatlichte, und zwar nicht proportional nach ihrer Größe, sonder disproportional, etwas stärker.

Herr Abgeordneter Wille, das ist beweisbar. Ich will ja nicht, daß sie keine Mittel bekommt, ich stelle jedoch fest, daß sie mehr Mittel bekommt, als sie kraft ihrer Größe bekommen muß. *(Abg. Wille: Nennen Sie uns einen Betrieb, der die Mittel nicht bekommen hat!)*

Herr Abgeordneter Wille! Ich kann ja nicht erwarten, daß Sie mir zuhören, aber wenn Sie es täten, so hätten Sie hören müssen, daß ich nicht gesagt habe, daß Betriebe von Ihnen keine Mittel bekommen; dazu werde ich aber noch etwas anbringen. Ich habe festgestellt - und ich halte diese Feststellung aufrecht -, daß nicht nach der Größenordnung, sondern disproportional darüber hinaus diese Mittel dorthin stärker geflossen sind.

Sie werden es nicht zugeben, aber Sie haben es dazu gebracht, daß Mittel für Privatbetriebe nach dem Gießkannenprinzip vorgenommen werden, und Sie tun es schon lieber, wenn der Unternehmer mit dem Betriebsratsobmann hinwegelt unter dem Teppich und bittlich wird. Es gibt schon noch andere Gesichtspunkte auch als wirtschaftliche Überlegungen, die Sie veranlassen, hier jemandem etwas zu geben. *(Beifall bei der ÖVP. - Abg. Wille: Das ist Giftspritzerei! - Abg. Dr. Mock: Das ist die Realität!)*

Herr Abgeordneter Wille, ich bin ein Mensch, der sich zur sachlichen Diskussion bekennt, ich sehe mich allerdings außerstande, Ihnen hier Helogen darzubieten. Ich kann mir vorstellen, daß

ein Oppositioneller aus Ihren Reihen in meiner Position hier ganz andere Töne angeschlagen hätte, aber die wären der Ausfluß der letzten Weisheit gewesen. So kann man es nicht sehen. Sie werden sehen, ich bemühe mich, nicht Gift zu spritzen, ich bringe nur gewisse Feststellungen, von denen ich nicht erwarte, daß Sie mir recht geben, aber es ist halt so.

Ich nenne Ihnen zwei Separatbeispiele. Sie wissen, bei der Durchführung beispielsweise großer Anlagenprojekte im Ausland, wo die Verstaatlichte als Generalunternehmer auftritt - soll sie ja wohl -, haben Sie immer das Gefühl, daß es dort im Geiste einer echten Partnerschaft im Zusammenhang mit der Verstaatlichten als Generalunternehmer und mit dem Privaten dort vor sich geht? Es ist durchaus nicht wünschenswert und akzeptabel, daß die übrige Industrie unter dem Begriff „Sublieferant“ mehr Sub als Lieferant ist, das wollte ich hier als Kritik anmerken. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Oder, Herr Abgeordneter Wille, in Fragen von Kompensationsgeschäften mit Ostblockländern, gestatten Sie mir, daß ich mich hier einigermassen auskenne. Ich habe schon das Gefühl, daß die Verstaatlichte versucht, für sich Vorteile zu erzielen, kein Verbrechen, nur nicht zu Lasten der Privaten - und das muß kritisch vermerkt werden -, weil es ja keine Wunschsendung für Sie ist, sondern ein Bericht wird hier diskutiert von einer Opposition.

Die Schaffung verstärkter Abhängigkeit privater Betriebe von den Verstaatlichten, Herr Wille, ergibt sich zum Teil aus dem Größenunterschied - das konzidiere ich Ihnen: ein Mammut hat immer eine Sogwirkung und überlagert immer den kleineren -, aber es ist das ein Problem, das die Regierungspartei verstärkt zusehen haben wird, denn nur das Zusammenspiel zwischen Privaten und Verstaatlichten ermöglicht uns das ja überhaupt.

Nun ein paar Sätze zur Stellung der Verstaatlichten auf dem Markt aus unserer Sicht. Die sinnvolle Ergänzung der vorwiegend klein- und mittelbetrieblich strukturierten Privatwirtschaft und der Verstaatlichten: Hier ist ja eine Menge möglich.

Ich gebe Ihnen gerne zu: Die Verstaatlichte ist sowohl ein bedeutender Auftraggeber als auch ein bedeutender Lieferant für die Privatwirtschaft. Aber, meine Damen und Herren, gerade die mittelständische Wirtschaft ist ja der Garant des Wettbewerbes, und die Gefahren für die Selbständigkeit kleiner und mittlerer Privatbetriebe gegenüber dem Großkonzern dürfen von der Regierung nicht übersehen werden. Das ist nicht Gift. Das ist ein Aufschrei von Privaten, die Sie so gut brauchen wie wir. Allerdings haben wir eine andere Einstellung dazu.

**Graf**

Zum vielfach umstrittenen Vordringen der verstaatlichten Industrie in den Finalbereich, zu einem uralten Zankapfel, wo wir uns also immer reiben, sage ich Ihnen in aller Klarheit und Deutlichkeit: Dieses Bemühen ist unbedingt dann abzulehnen, wenn es nur unter der Ausnützung der Stellung der öffentlichen Hand als Eigentümer geschieht, das heißt auf gut deutsch: wenn die Verlustabdeckung aus Budgetmitteln Experimente ohne Rücksicht auf deren Wirtschaftlichkeit ermöglicht. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Sollten wir uns nicht gemeinsam bemühen, Hohes Haus, meine Damen und Herren, zu erkennen, daß es vielleicht wünschenswerter sein könnte, starke Bemühungen in Gang zu setzen, rentable Produktionen dort aufzunehmen, wo sie vom inländischen Unternehmer nicht angeboten werden? Das wäre doch vielleicht etwas: eine gemeinsame echte Kooperation.

Es gibt eben nur eine österreichische Wirtschaft. Ich bekenne mich uneingeschränkt dazu. Aber diese Wirtschaft muß sich unbeschadet der Eigentumsverhältnisse und der Rechtsform auf dem Weltmarkt und auf dem Binnenmarkt im Wettbewerb bewähren. Nur unter der Beibehaltung dieser Wettbewerbsfähigkeit kann diese Wirtschaft Arbeitsplätze sichern, sie mehren und Erträge erwirtschaften. Sie werden mir vielleicht sagen, das ist ein Gemeinplatz. Es wäre einer. Wenn wir aber die gleichen Bestrebungen hier unternehmen würden, brauchte ich es nicht sagen.

Zu dem von mir erwähnten Grundsatz der Gleichbehandlung möchte ich wieder ein paar Stichworte anbringen, nur als erläuternde Bemerkungen, meine Damen und Herren!

Noch einmal: Keine Bevorzugung oder Benachteiligung im Vergleich zu anderen.

Die Organe der Verstaatlichten haben nach dem Gesellschaftsrecht und nach marktwirtschaftlichen Prinzipien zu agieren.

Ein ganz wichtiger Satz: Die Deckungsgleichheit von Verantwortlichkeit und Entscheidungsrecht, meine Damen und Herren, spielt eine ungeheure Rolle, und hier gibt es Dissonanzen. *(Beifall bei der ÖVP.)* Ja, Verantwortlichkeit und Eigenentscheidung, Durchgriffspraxis. Ich nehme rückbezüglich noch einmal Stellung.

Reorganisationen sollen von gesellschaftsrechtlich relevanten Organen vorgenommen werden, nicht etwa durch Sondergesetze.

Vielleicht könnten wir uns zusammensetzen und über die Öffnung aller möglichen Finanzierungsquellen reden. Man sollte das verstärkt betrachten. Ich denke hier sicher an eine Abkehr

von der fast alleinigen Fremdfinanzierung. Vielleicht könnte man gemeinsam prüfen, ob nicht die Möglichkeit gangbar ist, daß Teilemissionen von eigenen oder von Anteilsrechten ihrer Gesellschaften durch die ÖIAG begeben werden. Oder kann man vielleicht gemeinsam nachrangige Schuldverschreibungen, Gewinnobligationen, Wandelanleihen überdenken? Könnte das vielleicht einen neuen Schritt zu wirtschaftskonformerer Finanzierungswegen darstellen? Wir sind dazu sicher bereit.

Aber ich möchte jetzt – ich komme ja langsam zum Schluß – eines doch noch einmal mit aller Deutlichkeit sagen:

Meine Damen und Herren! Die Errichtung einer Holding für Konzernbetriebe der verstaatlichten Banken – so heißt der Titel – lehnen wir ab. Wenn ich mir den Text der Regierungserklärung vom 19. 6. vergegenwärtige, so finde ich, daß Sie, sehr geehrter Herr Bundeskanzler, hier unter anderem erklärten:

„Die Bundesregierung wird dafür sorgen, daß über den Bereich der verstaatlichten Industrie hinaus die anderen im indirekten Einflußbereich des Staates gelegenen Industriebetriebe in ihre industriepolitischen Zielsetzungen eingebunden werden.“

Herr Bundeskanzler! Das ist sowohl ordnungspolitisch wie auch realpolitisch falsch, es ist abzulehnen. Ordnungspolitisch braucht die Soziale Marktwirtschaft – ob Sie diese sozial oder asozial finden, tritt bei dieser Betrachtung zurück – die Selbständigkeit der Unternehmer, und aus der Realpolitik heraus, Herr Bundeskanzler, wissen wir, daß anstehende Strukturprobleme sicher nicht durch eine Superverstaatlichung zu lösen sind. Das ist nicht möglich.

Daß es aber Kooperationen gibt, meine Damen und Herren, und zwar mit positivem Aspekt, wenn sie von den Unternehmungen selbst ausgehen, möchte ich gerne bemerken. Ich darf Ihnen mit dem Beispiel Steyr-BMW dienen. So geht es ja sichtlich, fernab von Durchgriffpraxen.

Was die Volkspartei im Zusammenhang mit der Verstaatlichung unter der Bezugnahme auf die Passage im Programm der SPÖ: Änderung der Entscheidungsverhältnisse, kritisiert, das ist der Versuch der schrittweisen Machtergreifung beziehungsweise die direkte Beeinflussung der Wirtschaft. Nix Gift! Heftige Kritik, äußerster Widerstand von uns! Denn diese Praxis dient weder dem Wohl der Arbeiter noch dem Wohl der Unternehmungen noch dem Volkwohl als Ganzem, vielmehr wird die Bürokratie der Regierungspartei immer aufgeblähter und mächtiger.

Graf

Aber, meine Damen und Herren, daß sich diese Machtanhäufung auf die freie Entwicklung der Wirtschaft hemmend auswirkt, ist Ihnen kein Geheimnis und wird immer offener.

Die reformierte Geschäftsordnung macht mich unglücklich, sie zwingt mich, den Entschließungsantrag zu verlesen. Ich möchte diese Stelle meiner Ausführungen jetzt dazu mit Genehmigung des Präsidenten wählen.

Meine Partei bringt durch mich einen Entschließungsantrag ein, in dem es heißt:

#### Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert:

1. die Wirtschaftspolitik wieder an den Grundsätzen der sozialen Marktwirtschaft zu orientieren;

2. für die Herstellung eines positiven Wirtschaftsklimas in Österreich zu sorgen und auf dieser Basis Maßnahmen zur Einleitung einer dritten Industrialisierungswelle zu setzen, um die erforderlichen Arbeitsplätze in Gegenwart und Zukunft zu sichern;

3. neuerliche Belastungen für die Wirtschaft – also auch für die verstaatlichte Industrie – hintanzuhalten, um die Export- und Arbeitsplatzsituation der Unternehmungen nicht weiter zu schwächen und die Erwirtschaftung von Eigenkapital zu ermöglichen;

4. umgehend neue Finanzierungsquellen für die ÖIAG-Gruppe unter Beibehaltung der Eigentumsverhältnisse zu eröffnen, anstatt diese Wirtschaftsgruppe weiter finanziell auszuhungern;

5. die Umstrukturierungsbestrebungen der Unternehmungen durch Förderungsmaßnahmen für die betriebliche Forschung und Entwicklung zu erleichtern und nicht zu behindern;

6. die Sicherheit der politischen Gesinnungsfreiheit am Arbeitsplatz zu gewährleisten – für alle! – und das Arbeitsklima in der verstaatlichten Industrie durch einen Ausbau der individuellen Mitarbeiterrechte – insbesondere die Direktwahl der Belegschaftsvertreter in den Aufsichtsrat – zu verbessern;

7. mehr Effizienz bei der Führungskräfteauswahl durch Verbesserung der Ausschreibungsbestimmungen herbeizuführen;

8. die Eigenverantwortung der zuständigen Organe der einzelnen Unternehmen in allen Fragen der Betriebsführung zu stärken, die Koordination und Zusammenarbeit im gesam-

ten Bereich der verstaatlichten Industrie und innerhalb einzelner Konzernunternehmungen zu fördern sowie obrigkeitstaatliche Eingriffe in Managemententscheidungen auszuschalten;

9. Voraussetzungen zu schaffen, daß den Grundsätzen der Subsidiarität, Dezentralisation und Betriebsnähe wieder stärker als seit der Fusion Rechnung getragen werden kann;

10. die von der Bundesregierung beziehungsweise ihren Mitgliedern der verstaatlichten Industrie gegenüber gegebenen Versprechungen auch tatsächlich einzuhalten.

Meine Damen und Herren! Das ist der Text der Entschließung. Ich darf abschließend noch zwei Bemerkungen machen:

Wenn Sie, meine Damen und Herren, von der Regierungspartei, Herr Bundeskanzler, die Mitwirkung der Österreichischen Volkspartei bei der Lösung gesamtwirtschaftlicher Probleme suchen, sind wir unter zwei generellen Voraussetzungen, unter Berücksichtigung des von mir Gesagten, zu dieser Mitwirkung sicher gerne bereit. Diese Voraussetzungen sind – und sie seien in aller Klarheit genannt – keine weitere Ausdehnung des Eigentums der öffentlichen Hand an Unternehmungen vom Grundsatz her, vor allem aber keine weitere Verstaatlichung.

Lassen Sie mich mit der Bemerkung schließen:

Helpen – meine Damen und Herren, glauben Sie uns das! – kann der verstaatlichten Industrie nur das, was der Gesamtwirtschaft nicht schadet. Dann sind wir Ihre Partner. Ich danke. *(Beifall bei der ÖVP.)*

**Präsident:** Der Antrag ist genügend unterstützt und steht mit zur Behandlung.

Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Hellwagner.

Abgeordneter **Hellwagner** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Ich möchte nur ganz kurz zu den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Graf sagen, daß sich die verstaatlichte Industrie schon immer als einen Bestandteil der gesamten österreichischen Wirtschaft betrachtet hat, sie hat sich ja auch zu keiner Zeit außerhalb des Verantwortungsbereiches für die gesamte österreichische Wirtschaft gestellt. Nicht wir von der verstaatlichten Industrie haben uns als etwas anders gefühlt, wir haben nie Privilegien gefordert, sondern wir wurden nur sehr oftmals als etwas Fremdes bezeichnet und außerhalb der österreichischen Wirtschaft gestellt. Das ist die Wahrheit. Ich könnte auf verschiedene Wahlkämpfe verweisen, wo immer wieder gerade von

**Hellwagner**

Seite der Österreichischen Volkspartei die verstaatlichte Industrie in den Mittelpunkt ihrer politischen Negativpropaganda gestellt worden ist.

Hohes Haus! Wir behandeln heute den Bericht des Bundeskanzlers über die Lage der verstaatlichten Industrie. Der Bericht ist sehr umfassend, aufschlußreich und zum Teil aber auch kritisch. Der Bericht für das Geschäftsjahr 1978 wurde zeitgerecht erstellt und schon im Juli - das war früher noch nie da - dem Nationalrat zugeleitet. Der Ausschuß für verstaatlichte Industrie hat in Anwesenheit der Staatssekretäre Dr. Löschnak und Dr. Nussbaumer den Bericht ausführlich und sehr sachbezogen, das möchte ich unterstreichen, behandelt und einstimmig angenommen; ich freue mich darüber, daß ich das auch hier sagen kann.

Im allgemeinen kann gesagt werden, daß sich im Berichtsjahr die Situation in Teilbereichen der verstaatlichten Industrie spürbar gebessert hat, daß jedoch noch immer ungelöste Strukturprobleme vorhanden sind. Auch das Jahr 1979 wird diesen Trend fortsetzen. Im besonderen darf ich das vom Bereich Aluminium hier sagen.

Herr Präsident! Hohes Haus! Ich hoffe sehr, daß mein Klubobmann Dr. Fischer mit seiner Feststellung, die er kürzlich getroffen hat, vollinhaltlich und auch für die Zukunft recht hat und recht behält, nämlich, daß die verstaatlichte Industrie in vollem Ausmaß bei allen politischen Parteien, die im Parlament vertreten sind, nun außer Streit gestellt wird.

Meine bisherigen Erfahrungen und Beobachtungen erbringen leider kein so klares und positives Bild, was die ÖVP betrifft. Sehr oft wird die verstaatlichte Industrie zu negativ beurteilt. Auch in den Programmen der Österreichischen Volkspartei findet die verstaatlichte Industrie kaum eine angemessene Berücksichtigung und kaum eine positive Unterstützung. Zu gerne werden die bedeutenden Leistungen der verstaatlichten Industrie verschwiegen und zu gerne werden Schwierigkeiten, die es sicherlich auch in der verstaatlichten Industrie gibt, in der Presse und in Versammlungen verzerrt und übertrieben negativ dargestellt, dies oftmals ohne Rücksichtnahme und Schonung und oft auch zum Schaden einzelner verstaatlichter Betriebe, ich möchte sogar sagen, oftmals zum Schaden der gesamten verstaatlichten Industrie und in weiterer Sicht auch zum Schaden der österreichischen Wirtschaft.

Die vielen Zeitungsberichte und ÖVP-Presseaussendungen, ich habe hier ein ganzes Paket mit, bestätigen leider zu deutlich meine Beobachtungen. Ich würde mich aber freuen, wenn dies in Zukunft anders sein sollte - der Herr

Abgeordnete Graf hat ja einiges angekündigt - und man mehr und angebrachte Pro-Stimmen für die verstaatlichte Industrie finden würde. Eine solche Vorgangsweise würde meine volle Anerkennung finden.

Sehr verehrte Damen und Herren! Die Leistungen der verstaatlichten Industrie muß man insgesamt und auch in längeren Zeiträumen beurteilen. Die Beurteilung zu einem bestimmten Zeitpunkt kann und muß zu falschen Schlüssen führen. Wer der verstaatlichten Industrie Gerechtigkeit widerfahren lassen will, muß alles in allem beurteilen und auch die gegebenen Umstände mit berücksichtigen.

Es ist doch unwahr, wenn oftmals behauptet wird, daß der Staat immer nur Steuergelder in die verstaatlichte Industrie pumpen muß. Gerade vor einigen Tagen habe ich mit einem Kollegen aus Vorarlberg gesprochen, und der hat mir gesagt, daß gerade jetzt im Wahlkampf in Vorarlberg wieder sehr stark in den Versammlungen darüber gesprochen wird, daß in die verstaatlichte Industrie nur Steuergelder hineingepumpt werden. Das stimmt gar nicht, das ist eine völlig falsche Behauptung. Ganz im Gegenteil: Die verstaatlichte Industrie ist der pünktlichste Steuerzahler der gesamten österreichischen Wirtschaft. (*Abg. Dr. Keimel: Wie kommen Sie darauf? Woher wissen Sie das?*) In anderen Bereichen - wir kennen ja einige Berichte - ist es nicht immer so. Aber die verstaatlichte Industrie hat immer sehr pünktlich ihre Steuern bezahlt. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Darf ich auch daran erinnern, daß um den Betrag von 1,8 Milliarden Schilling die Republik Österreich Eigentümer der verstaatlichten Industrie geworden ist. (*Abg. Dr. Keimel: Lesen Sie den Rechnungshofbericht!*) Und heute repräsentiert die verstaatlichte Industrie ein Gesellschaftskapital von etwa 9,2 Milliarden Schilling und besitzt ein Sachanlagevermögen in der Höhe von 43 Milliarden Schilling.

Bis 1978 - dieses Jahr mit eingeschlossen - zahlten die verstaatlichten Betriebe etwa 5,5 Milliarden an Dividenden. Die verstaatlichten Industriebetriebe haben insbesondere in den ersten zehn Jahren ihres Bestehens auf Wunsch des Eigentümers der Allgemeinheit große Belastungen abgenommen beziehungsweise große Leistungen erbracht. (*Abg. Grabher-Meyer: Wunderschön formuliert!*)

Ich darf in Erinnerung bringen: Preisvorteile für die private Wirtschaft etwa 8,4 Milliarden Schilling, Ablösen für die USIA-Betriebe 1,25 Milliarden Schilling, Erdölablöselieferung an die Sowjetunion 910 Millionen Schilling, Entschädigung an Vorbesitzer 90 Millionen Schilling, Milchpreisstützung 1956 300 Millionen

**Hellwagner**

Schilling, Lieferung von Erdgas an Niederösterreich - preisbegünstigt - 1,1 Milliarden Schilling, Vergütung an Niederösterreich für das Erdgasnetz der NIOGAS insgesamt über 12 Milliarden Schilling.

Ich habe einleitend gesagt, man kann die verstaatlichte Industrie und deren Leistungen nicht von einem ganz bestimmten Zeitpunkt aus beurteilen, sondern man muß im großen Zeitraum die Leistungen der verstaatlichten Industrie sehen.

Die verstaatlichte Industrie investierte bisher über 100 Milliarden Schilling, zum übergroßen Teil sogar aus Eigenmitteln, in den sechziger Jahren bis in die siebziger Jahre etwa pro Jahr 2 bis 3 Milliarden Schilling, seit 1970 bis jetzt durchschnittlich zwischen 7 und 9 Milliarden Schilling pro Jahr.

Die verstaatlichte Industrie zahlt, weil auch das für die gesamte Wirtschaft so notwendig und wichtig ist, pro Jahr etwa 20,5 Milliarden Schilling an Löhnen und Gehältern aus.

Der Anteil der verstaatlichten Industrie am Forschungsaufwand der gesamten Industrie beträgt etwa 33 Prozent, und dies bei einem Anteil der Beschäftigten von nur 17 Prozent.

Trotz vieler Schwierigkeiten ist im Jahre 1978 der Gesamtumsatz der ÖIAG-Gruppe von 100 auf 105 Milliarden Schilling weiter gestiegen. In Prozenten ausgedrückt ist dies eine Steigerung, ein Umsatzzuwachs von etwa 5 Prozent jährlich. (*Abg. Dr. Stix: „Enorm“!*)

Der Export hat sich von den sechziger Jahren bis in die siebziger Jahre deutlich erhöht. Von 1974 bis 1978 erhöhte sich der Export von 27 Milliarden auf 37 Milliarden Schilling. Das ist sehr wohl eine großartige Leistung, die damit in der verstaatlichten Industrie erbracht worden ist und der gesamten österreichischen Wirtschaft dient.

Der Pro-Kopf-Umsatz stieg von 676 000 S im Jahre 1974 auf 913 000 S im Jahre 1978. Daraus ist zu entnehmen, daß auch die Produktivität in den verstaatlichten Betrieben kräftig erhöht worden ist. Es ergibt sich somit die bedeutende Steigerung von 40 Prozent.

Im Export gab es im gleichen Zeitraum eine Pro-Kopf-Steigerung von 228 000 S auf 321 000 S. Auch dies ist eine Steigerung von 40 Prozent. (*Zwischenruf des Abg. Grabher-Meyer. - Abg. Sekanina: Was erlauben Sie sich?! - Rufe und Gegenrufe bei SPÖ und FPÖ.*)

Mein Vorredner, der ÖVP-Abgeordnete Graf, hat schon darauf verwiesen, und Dr. Schmidt wird ganz sicher auf diese Problematik noch mehr eingehen, aber trotzdem möchte auch ich

hier sagen, daß die verstaatlichte Industrie große Leistungen hinsichtlich der Vollbeschäftigung in Österreich mit erbracht hat. Die ÖIAG-Gruppe ist der Industriekonzern mit der größten Lehrlingsbeschäftigung. Gerade hinsichtlich der Jugendbeschäftigung hat das besondere Bedeutung. Seit 1946 wurden insgesamt 40 000 Lehrlinge ausgebildet. Derzeit stehen 6 500 Lehrlinge in 50 Lehrwerkstätten und in 60 Berufen in Ausbildung.

Auch die Patentbilanz ist in der verstaatlichten Industrie sehr positiv. Jährlich werden etwa 1 350 Patente weltweit angemeldet. Sicherlich gibt es auch in einigen Betrieben Schwierigkeiten; ich möchte darauf nicht im besonderen eingehen. Zu diesen Problemen werden noch einige andere Redner meiner Fraktion Stellung nehmen.

Ich möchte aber doch noch bemerken, daß diese Schwierigkeiten weltweit sind. Kein Industriestaat wurde von den Branchenkrisen verschont, so auch nicht die verstaatlichte Industrie. Im Jahre 1977 gab es in den EG allein im Bereich der Stahlindustrie Verluste von etwa 72 Milliarden Schilling. Das heißt ein Abgang in der Höhe von 720 Schilling pro Tonne.

Dies trotz eines großen Beschäftigtenabbaues von etwa über 100 000 Mitarbeitern und massiver Staatshilfen in diesen Staaten.

Ich möchte zwischendurch bemerken, daß man Leistungen einer bestimmten Gruppe nur dann noch gerechter und besser beurteilen kann, wenn man die Leistungen mit den Problemen gleichwertiger Industriegruppen des Auslandes vergleicht.

In der Chemie gab es im Rahmen des EG-Bereiches 33 Milliarden Schilling an Verlusten, ebenfalls trotz Massenabbaues und massiver Staatshilfen. Dasselbe gilt für den Aluminium- und Buntmetallbereich sowie für die übrigen Industriebereiche, die auch in den anderen Staaten in diesen Jahren größte Schwierigkeiten gehabt haben und dort noch immer haben.

Wenn man nun die österreichische Industrie, insbesondere die verstaatlichte Industrie, der übrigen europäischen Industrie gegenüberstellt, so muß man mit Genugtuung zu der Überzeugung kommen, daß wir die Krisenjahre besser gemeistert haben, als dies den anderen Staaten möglich war. Wir als Parlament, wir als Abgeordnete sollten daher ohne Einschränkung der verstaatlichten Industrie und insbesondere den Beschäftigten in diesen Betrieben unsere Anerkennung und unseren Dank für ihre Leistung zum Ausdruck bringen.

Abschließend möchte ich noch der Bundesre-

**Hellwagner**

gierung und auch der ÖIAG Dank sagen für die sehr umfassenden und wirkungsvollen Hilfestellungen, die der verstaatlichten Industrie gegeben wurden. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich bin überzeugt, sehr verehrte Damen und Herren Abgeordnete, daß auch in Zukunft diese Unterstützung von seiten der ÖIAG und von seiten der Bundesregierung gegeben sein wird. *(Beifall bei der SPÖ.)*

**Präsident:** Als Nächster zum Wort kommt der Abgeordnete Josseck.

Abgeordneter Dipl.-Vw. **Josseck (FPÖ):** Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, es ist notwendig, daß ich sofort von diesem Platz aus zu dem Wirbel und dem Geschrei, kann man schon sagen, in den letzten Bänken eine Richtigstellung treffe. *(Zwischenruf bei der SPÖ.)* Vielleicht fangen jetzt Sie an zu schreien.

Mein Kollege Grabher-Meyer hat zu den Kollegen der Sozialistischen Partei hinüber beziehungsweise zum Redner herunter gesagt: Bitte sagen Sie auch etwas über eine Statistik über die Krankheitstage in der Verstaatlichten. Hierauf hat der Herr Kollege Sekanina sofort erwidert: Aha, Sie reden leicht von Tachinierern. Bitte, das zum ersten nur zur Richtigstellung: Das Wort „Tachinierer“ ist auf unserer Seite nie gefallen!

Zum zweiten: Ich muß auch auf die gestrigen Ausführungen von Herrn Dr. Schmidt eingehen, wo er geglaubt hat, darauf hinweisen zu müssen, daß die verstaatlichte Industrie mit ihren 115 000 Beschäftigten allein verantwortlich für die Arbeitsplätze in Österreich ist. Ich bitte, hier auch wieder einmal die Statistik zur Hand zu nehmen. Sie ist es sicher zu einem großen Teil, aber ich würde nicht einmal sagen, zu einem wesentlichen Teil, denn wesentlich ist halt, wenn ich Ihnen das laut Statistik sage, daß 86 Prozent der nicht selbständig Tätigen in Österreich in kleinen und mittleren Privatbetrieben, in Gewerbebetrieben, die privat geführt werden, beschäftigt sind. Bitte, so schaut die Statistik aus. Jetzt sagen Sie mir, wer in Österreich wesentlich für die Sicherung der Arbeitsplätze sorgt! Aber ich gebe ohneweiters zu, daß man sich natürlich auch in der verstaatlichten Industrie mit Recht darüber den Kopf zerbricht und Vorsorge trifft.

Wenn ich vorhin gesagt habe, daß in der verstaatlichten Industrie 115 000 Beschäftigte tätig sind, so, glaube ich, sollte man doch auch dazu festhalten, daß der Arbeitgeber letztlich der Staat und, wenn ich das so ausdrücken darf, der „Big Boss“ letztlich der Herr Bundeskanzler ist. Ich bedaure daher bis zu einem gewissen

Grad, daß es in der Sitzung des Verstaatlichten-ausschusses von seiten der Parlamentarier nicht möglich war, sich in verschiedenen Fragen unmittelbar an den Herrn Bundeskanzler zu wenden. *(Präsident Mag. Minkowitsch übernimmt den Vorsitz.)*

Es war aber sehr erfreulich - ich möchte erwähnen, daß eine Steigerung schon kaum mehr möglich war -, daß man uns alle Staatssekretäre im Verstaatlichtenausschuß geführt hat.

Außer dem Herrn Staatssekretär Schober waren letztlich alle im Verstaatlichtenausschuß vertreten. Es hat auch der Herr Staatssekretär Löschnak sicher willig und bereit dort Auskunft gegeben, aber er hat halt doch nicht den Informationsstand wie ein Insider. Der Herr Staatssekretär Nussbaumer ist uns zweifellos sehr genau in die Details gehend Rede und Antwort gestanden, aber dazu muß man halt auch sagen: Bitte, wo ist der politische Umsetzungsfaktor?

Es ist halt sehr viel Politik auch in der Frage der verstaatlichten Industrie enthalten, und es wäre wirklich sehr erfreulich gewesen, wenn wir den Herrn Bundeskanzler - ich weiß, daß er sicher gerade jetzt sehr viele Probleme mit seiner Regierungsumbildung hat und daß er mit dem Aussuchen einer Unzahl von Staatssekretären sehr viel zu tun hat - dort auch zur Hand gehabt hätten, weil man in einem kleineren Kreis, in einem Ausschuß, doch ganz anders diskutieren kann in Rede und Gegenrede als hier vielleicht nur mit Fragestellungen.

Ich glaube auch, daß man festhalten muß, und das geht aus dem Bericht doch eindeutig hervor, daß es letztlich sehr wenig Sinn hat, wenn der Herr Bundeskanzler von der Regierungsbank herunter immer wieder das Paradebeispiel Aichfeld-Murboden herausstellt. Ich glaube, das ist einfach zu wenig, die Problematik ist zu groß, und es gibt so viele ungelöste Probleme, gerade in den verschiedenen Bereichen, wo es an Arbeitsplätzen mangelt, wo verstaatlichte Betriebe sind, wie in der Obersteiermark oder im steirischen Grenzgebiet. Es nutzt halt nichts, immer wieder darauf hinzuweisen und zu sagen: Aichfeld-Murboden. Ja sicher, es ist ein kleines Steinchen, aber es gäbe so viel zu bewältigen.

Zum Bericht selbst möchte ich sagen, was ich auch im Ausschuß schon gebeten habe, doch einmal zu überprüfen und festzuhalten. Wir diskutieren heute ein dreiviertel Jahr nach Erstellung oder nach dem Schlußdatum dieses Berichtes zur verstaatlichten Industrie. Nun, was kann der Parlamentarier letztlich im Ausschuß noch tun? Er kann sagen: Ja, den Bericht habe ich gelesen, und damit aus, basta. Keine weitere



**Dipl.-Vw. Josseck**

Einflußmöglichkeit, keine Diskussion mehr darüber, weil ja mittlerweile die Zeit schon wieder weitergegangen ist. Wenn man aus dem Bericht zu Schlüssen, zu wirtschaftlichen Überlegungen kommen will, so hat uns ja heute die Zeit schon wieder überrollt. Bis das wirksam werden könnte, ist ja schon wieder ein Jahr vergangen. Daher ist die Vorlage und die Diskussion nach einem dreiviertel Jahr etwas unbefriedigend. Ich glaube, es müßte doch möglich sein, auch zwischenzeitlich einmal eine gewisse Aufwertung des Verstaatlichtenausschusses zu erreichen, es müßt doch zwischenzeitlich einmal möglich sein, auch Vorstandsmitglieder aus dem verstaatlichten Bereich in den Ausschuß zu bekommen, um dort einmal mit diesen Herren die Probleme zu diskutieren.

Der Ausschußvorsitzende, der Herr Kollege Hellwagner, macht ja, glaube ich, bereits in diesem Sinne einen Schritt, indem er den Ausschuß zum Besuch eines der verstaatlichten Betriebe einlädt, um dort den Parlamentariern die Möglichkeit zu geben, mit den Vorstandsleitern zu diskutieren. Ich glaube, das sollte man weiterverfolgen, weil es sicher der Sache dienlich ist.

Es gäbe vielleicht noch die Möglichkeit, darüber hinaus bei Betrieben, wo es besonders heikel ist und wo sich besonders große Schwierigkeiten einstellen, unter Umständen einen Zwischenbericht zu geben und den im Ausschuß zu diskutieren.

Einen sehr wesentlichen Punkt gerade im Zusammenhang mit der frühen Diskussion mit den Herren aus dem Vorstandsbereich sehe ich in dem konkreten Fall, daß ja jetzt die Zusammenarbeit von Konsulenten, die aus dem Bereich des Bundesheeres kommen, mit der verstaatlichten Industrie im Anlaufen ist. Ich glaube, daß es höchste Zeit ist, diesen Bereich forciert in Angriff zu nehmen, denn es wird so viel, was das Bundesheer nötig hat - und hier geht es ja nicht, bitte, wie man allgemein immer wieder glaubt, nur um Waffen oder um Bewaffnung, sondern besonders um Ausrüstung -, für das Bundesheer aus dem Ausland importiert, obwohl man sehr viel in Österreich machen könnte. Man hat das in den verschiedensten Bereichen der verstaatlichten Industrie erkannt. Es dient sicher auch zur Arbeitsplatzsicherung beziehungsweise kann es, wenn jetzt die großen, geburtenstarken Jahrgänge kommen, zusätzlich Arbeitsplätze bringen.

Es geht also nicht darum - das möchte ich ausdrücklich festhalten, um hier kein Mißverständnis aufkommen zu lassen, weil sich eine Gruppe von Jugendlichen bemüht gefühlt hat, diese Zusammenarbeit zwischen dem Bundesheer und der verstaatlichten Industrie nicht nur

aufzugreifen, sondern auch anzugreifen -, daß wir uns jetzt bis an die Zähne bewaffnen wollen mit der verstaatlichten Industrie. Aber dort sitzen halt Fachleute, dort sitzt hochqualifiziertes Personal, das eine Menge machen kann, von der Elektronik angefangen bis - bitte halt auch - zu einer Bodenplatte von einem Granatwerfer. Schmerz, laß nach, es muß doch möglich sein, erlaubt ist es uns ja. Mir ist es daher unverständlich, daß es da eine Gruppe von Jugendlichen in Wien gegeben hat, die sich darüber in einer Pressemeldung aufgepudelt hat, daß es eine Zusammenarbeit Bundesheer-verstaatlichte Industrie gibt. Aber das sind dann immer wieder dieselben Leute, die ohnehin am liebsten das Bundesheer abgeschafft wissen wollen, und ich glaube, über die kann man hinweggehen.

Interessant ist, und ich glaube, man sollte diese Gespräche intensivieren: Was kann das Bundesheer an Fachleuten anbieten, welche Betriebe brauchen Experten aus diesem Bereich? Meines Wissens ist hier außer Aluminium-Ranshofen die Chemie, die ÖMV und auch die Simmering-Graz-Pauker interessiert, ins Gespräch zu kommen und unter Umständen mittels eines Konsulentenvertrags solche Berater aus dem Bundesheerbereich zu bekommen.

Gerade weil ich vorhin die Frage der Elektronik angeschnitten habe: Das ist ein technischer Bereich, der weit noch nicht erforscht ist, der weit noch nicht ausgeschöpft ist. Für mich selbst war es interessant zu erfahren, weil man immer glaubt, zum Beispiel die VÖEST in Oberösterreich kocht nur Stahl: In der VÖEST haben wir einen Arbeitsbereich, eine Forschungsgruppe, eine Projektgruppe mit hochqualifizierten Fachleuten, wie ich gehört habe, auch Leute, die schon in Amerika in dem Bereich tätig waren, die sich also mit Elektronik, mit Meßtechnik beschäftigen, die ja in der Industrie, in der Fertigung gebraucht wird, die aber - und sei es auch nur eine Nebenerscheinung, ein Nebenprodukt - natürlich auch für Rüstungsbereiche möglich ist.

Wenn hier von dieser Stelle aus über die Bewaffnung des Bundesheeres in den nächsten Jahrzehnten gesprochen wird, so ist doch klar, daß wir auch eine neue Panzergeneration brauchen. Es gibt Gespräche über Zusammenarbeit mit anderen neutralen Staaten. Da müßte es doch möglich sein, wenn wir unsere Leute hier entsprechend einsetzen, daß wir aus unserer Arbeit heraus gerade diese sehr teure Einrichtung der Elektronik für die Panzer der achtziger, neunziger Jahre dann schon erzeugen können. Dazu braucht man aber heute den Anlauf, heute den Ansatz, denn man kann nicht von heute auf morgen so etwas entwickeln, das dauert 10 bis 15 Jahre, bis man in die Produktion gehen kann.

**Dipl.-Vw. Josseck**

Ich spreche also hier ganz speziell noch einmal für eine Ausweitung der Zusammenarbeit der verstaatlichten Industrie mit Herren, die im Bereich Bundesheerausrüstung Kenntnisse haben.

Ich möchte es nicht versäumen, weil der Herr Bundeskanzler da ist, einige Fragen anzuschneiden, die nicht spezielle Fragen sind, aber doch allgemein interessant sind.

Bitte, man spricht so viel davon, und Sie selbst, Herr Bundeskanzler, haben gesagt: Die verstaatlichte Industrie bekommt 3 Milliarden. Dann hat man einmal etwas gehört von 5 Milliarden. Sie haben dann wieder gesagt: 3 Milliarden bekommt sie. De facto hat sie bis jetzt eine Milliarde bekommen.

So geht es nicht. Man kann hier nicht kleckern – das ist zwar ein Begriff aus der militärischen Sprache, das hört man nicht gern, aber er ist zutreffend –, sondern man muß in dem Fall klotzen. Man muß also wirklich hergehen und sagen: Jetzt hauen wir einmal dort etwas hinein. Denn wenn immer nur in kleinen Schritten vorwärtsgegangen werden kann bei der Neuorientierung, bei der Neuausrüstung, bei der Neuinvestition, bei neuen Entwicklungen, dann geht das halt zu langsam. Ich glaube, hier sollte man nicht kleine Schritte, sondern entsprechend große Schritte setzen.

Ihre Meinung dazu, Herr Bundeskanzler, daß die Situation der ÖIAG unbefriedigend ist, steht doch seit mehreren Jahren auch schon im Raum. Ohne Dividende – und der Herr Kollege Graf, der zwischenzeitlich, zwischen Kaugummi, einmal hier gesprochen hat, hat ... *(Abg. Graf: Was geht Sie denn mein Kaugummi an, zum Teufel! Das ist ja nicht unsittlich! Ich bohre ja nicht in der Nase! Das ist ja ungeheuerlich! Das steht in der Geschäftsordnung als nicht verboten!)* Aber mich wundert es ja, daß Sie beides zusammen können, nämlich daneben noch reden. Das ist es. *(Abg. Graf: Das kann ich auch, und Ihnen sogar auch zuhören!)* Das ist ja wunderbar. *(Zwischenruf bei der FPÖ.)* Na ja, am Rednerpult pickt noch keiner, bitte.

Er hat auch angeführt, welche Möglichkeiten der Finanzierung es hier gäbe. Ich glaube, man sollte wirklich in diesen Bereich hineingehen und sich nicht nur immer auf den Staat und die Mittel, die vom Staat kommen, verlassen, sondern auch die Möglichkeit einräumen, in den privaten Finanzierungsbereich einzusteigen.

Oder, Herr Bundeskanzler, man hört immer nur so vage Andeutungen am Rande. Wie schaut es aus, und dazu bedürfte es mehr Information in der Öffentlichkeit, wenn wir vom Energieproblem sprechen, nämlich das Kohleproblem, die Bergbauförderung für die WTK. Man verunsichert

die Leute in der WTK, in dem Kohlenbereich in Oberösterreich, indem es heißt, da gibt es schon einen Entschließungsantrag. Jetzt haben wir wieder vom Herrn Staatssekretär Nussbaumer gehört, es gibt ohnehin keinen Entschließungsantrag, denn mittlerweile ist man wieder fündig geworden.

Warum diese Diskussion, wenn man sich nicht gleich dahintermacht und sagt: Schaut zuerst einmal, ob ihr nicht noch etwas findet. – Nein, man ist den umgekehrten Weg gegangen. Man hat gesagt, es wäre am besten, einen Entschließungsantrag einzubringen. Aus der Not heraus ist man dann dort richtig „rennert“ geworden, wie man so schön sagt, und ist fündig geworden. Jetzt heißt es wieder, nein, es ist keine Rede vom Schließen, in den nächsten zehn Jahren werden wir dort fündig.

Bitte, wie schaut es aus? Die Öffentlichkeit bedarf und fordert auch mehr Information. Wie schaut es aus mit dem Kohleproblem im Grenzbereich Österreich-Ungarn? Wir haben vom Staatssekretär gehört, daß der größte Teil der Lagerung auf ungarischer Seite ist, daß man ständig im Gespräch ist, aber ich glaube, hier Geheimniskrämerei zu machen, hat auch keinen Sinn, sondern hier gehören die Karten auf den Tisch, was man sich von österreichischer Seite in dieser Frage vorstellt.

Auf Seite 9 dieses Berichtes ist die Rede von der Verbesserung der wirtschaftlichen Situation in der verstaatlichten Industrie. Man wird sich also hier bemühen. Ich muß sagen, da gefällt mir eine Formulierung nicht, weil die vielleicht irreführend ist. Ich bitte die Herren von der verstaatlichten Industrie, jetzt nicht wieder aufzuheulen, aber was ist damit gemeint, wenn es dort unter Punkt a) Intensivierung der Verkaufsbemühungen und unter Punkt b) sparsame Betriebsführung heißt? Ich meine, das muß man gar nicht erwähnen, denn was soll das heißen? Heißt das, daß wir bisher keine sparsame Betriebsführung gehabt haben? Das zu dieser Frage.

Und hinsichtlich sparsamer Betriebsführung sollte man sich gerade bei Ihnen, Herr Kollege, in der Alu-Ranshofen, glaube ich, wirklich an der Nase nehmen. *(Abg. Hellwagner: Konkret was?)*

Konkret: Es waren drei Vorstandsdirektoren und haben nichts weitergebracht. Und dann ist einer aus Amerika gekommen, der bringt jetzt was weiter, und die drei bleiben auch noch sitzen. Ich weiß, das ist ein Problem der großen Koalition, das wird zwar den Herrn Kollegen Graf auch wieder ärgern, aber das ist eine Frage der großen Koalition, und da traut man sich nicht drüber. Das nenne ich „sparsame Betriebsführung“.

**Dipl.-Vw. Josseck**

Eine Frage, die im Ausschuß von mir erwähnt wurde, möchte ich auch hier in diesem Rahmen vortragen, und zwar betrifft sie Intensivierung und Rationalisierung. Frage: Ist das Rationalisierung im Rahmen der verstaatlichten Industrie, wenn in drei Bereichen, in Ranshofen, bei der ÖMV und bei der Wiener Brückenbau völlig unabhängig voneinander Forschung und Entwicklung in Solarenergie betrieben wird? Da könnte man mir entgegenhalten, es kommt sicher das Beste heraus, wenn das mehrere machen. Aber ich frage mich: Wenn in einem Bereich, nämlich in der verstaatlichten Industrie – letztlich ist doch das eine Gruppe – geforscht wird, dann sollte man doch nicht die sündteure Forschung gleich in drei Bereichen, nämlich bei der ÖMV, bei der Alu-Ranshofen und bei der Wiener Brückenbau, gleichzeitig nebeneinander machen. Ich glaube, man könnte hier statt dreigleisig ruhig eingleisig fahren und die Projekte zusammenlegen.

Es wäre daher angebracht, Herr Bundeskanzler, sich nicht nur vor der Wahl mit dem weißen Sturzhelm photographierenderweise in der verstaatlichten Industrie direkt in dem Industriebereich zu bewegen, sondern ich glaube, es wäre ganz gut, öfters einmal dorthin zu gehen, denn erfahrungsgemäß: Führung ist gut, aber Kontrolle ist besser, Herr Bundeskanzler. Und wenn es heißt, der Bundeskanzler kommt wieder, dann hat jeder, von der Betriebsführung bis hinunter, das Gefühl, hier werden wir kontrolliert. Und wenn wir von Rationalisierung reden, von sparsamer Betriebsführung, trägt Ihre persönliche Anwesenheit sicher auch wesentlich dazu bei.

Eine Frage, die ich am Anfang schon einmal erwähnt habe, die ich aber jetzt aussprechen möchte, sie betrifft das Kärntner Grenzgebiet, das unseren Parteifreunden Sorge macht: die KESTAG. Wie sieht man dort die Zukunftschancen? Es ist eine Frage der Arbeitsplätze. Ich hätte von Ihnen dazu gerne Ihre Überlegungen gehört, Herr Bundeskanzler.

Zu General Motors. Ihre Antwort heute vormittag war, muß ich sagen, mehr als unbefriedigend. Sie haben auf die Frage: Ist es richtig, Herr Bundeskanzler, daß neben der direkten Förderung noch Nebenzusagen gegeben wurden, sprich hinsichtlich der steuerlichen Leistung dieser Betriebe?, gesagt: Es ist nichts gemacht, was nicht gesetzlich geregelt oder gedeckt wäre.

Das ist mir schon klar, daß Sie so etwas nicht machen. Sie haben gesagt, was nicht gegen Steuergesetze verstößt. Aber, Herr Bundeskanzler, Sie wissen doch auch, daß es durchaus möglich ist, einfach um Stundungen von Steuerbeträgen anzusuchen, und das stellt ja

auch einen fast zinsenlosen Kredit dar. Oder es ist doch durchaus auch möglich in Österreich, aus wirtschaftlichen Gründen, das ist ja auch gesetzlich gedeckt, um Nachsichten anzusuchen. Daher, Herr Bundeskanzler: Ihre Antwort war äußerst unbefriedigend, und für mich ist es der Beweis, daß hier noch etwas dahintersteckt. Bitte, die Karten auf den Tisch! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Man sollte, wenn ich jetzt zur VÖEST komme und einige kritische Worte anbringe, doch feststellen dürfen aus freiheitlicher Sicht, daß wir Freiheitlichen zur verstaatlichten Industrie stehen. Aber bitte erlauben Sie uns, daß wir natürlich auch dort kritische Anmerkungen anbringen, wo wir glauben, daß es notwendig ist. Ich möchte das ausdrücklich festhalten, denn unsere Parteifreunde in der VÖEST erklären uns auch immer wieder, daß alles getan wird und wie fleißig man dort arbeitet und erfolgreich versucht, auf zusätzliche Standbeine zu kommen. Aber es gibt so kleine Randerscheinungen und Nebendinge, die einem nicht passen und wo man merkt: O je, jetzt geht es schon wieder in das politische Fahrwasser hinein. Ich glaube, das ist überhaupt der Grund, warum immer wieder von Außenseitern auf die verstaatlichte Industrie hingepeckt wird: Weil man dort zu sehr auf Politik und Parteibuch schaut.

Wie ich der Zeitung entnommen habe – die VÖEST ist im Raume Linz ein sehr potenter Wirtschaftsfaktor, auch was den Einkauf zum Beispiel für den Kantinenbereich betrifft –, ist über Weisung des Vorstandes – ich weiß nicht, wie das vor sich geht – jedenfalls erreicht worden, daß ab sofort alles für den Kantinenbereich nur noch – und das geht in viele Millionen – beim Konsum eingekauft wird.

Die Antwort darauf – ich kann das bitte nur der Zeitung entnehmen, ich höre mir das gerne an, was Sie dagegen zu sagen haben –, bitte – und das bestätigt, daß das stimmen muß –, aus dem VÖEST-Bereich sagt, ja, wir müssen mit dem Konsum intensiver zusammenarbeiten, denn der Konsum nimmt uns den Kaffee ab, den wir im Kompensationsweg aus Brasilien für die Lieferung für das Atomkraftwerk bekommen.

Na bitteschön, das ist doch lächerlich. Das ist doch kein Argument: Weil der Konsum der VÖEST den Kaffee abnimmt, der im Kompensationsweg hereinkommt, und die nehmen diesen Posten zum Rösten ab. Das ist doch sicher kein Argument dafür, daß man in Hinkunft nur noch zentral, und das bei der Konsumzentrale in Wien, einkauft. Hier sollte man doch soviel Verständnis auch haben für den wirtschaftlichen Bereich Linz und Oberösterreich. *(Zwischenruf des Abg. Fauland.)* Herr Kollege, Sie können

**Dipl.-Vw. Josseck**

es mir ja dann widerlegen, ich kann Ihnen dann auch sagen, wer das aus dem VÖEST-Bereich gesagt hat. Aber man sollte doch hier bitte nicht alles und jedes immer wieder durch die Parteibrille sehen.

Mich würde auch interessieren, wie man sich bei der VÖEST die Vorgangsweise vorstellt. Ich habe gehört: Anlässlich einer Vorstandssitzung in der VÖEST am 4. September hat der Herr Generaldirektor Apfalter mit den Vorstandsleitern zukunftsweisende Gespräche hinsichtlich der Karriereplanung gehabt. Das heißt, er hat Weisung gegeben, daß in jedem Vorstandsbereich 10 bis 20 Jungmanagertypen herausgesucht werden, Nachwuchskräfte, die dann für ein Entwicklungsprogramm zusammengefaßt werden sollen, um die in Pension gehenden und ausscheidenden Herren des mittleren Managements aus eigenen Reihen ersetzen zu können. Wenn man ein bissl hellhörig ist, muß ich heute hier schon einen Anspruch anmelden, weil wir glauben, hier sollte nichts daneben laufen und man sollte gewisse Herren der VÖEST nicht unnötigerweise einem Angriff aussetzen, weil ich glaube und befürchte, daß unter Umständen die Koordinatoren der acht Vorstandsleitern, und die sind ja letztlich der verlängerte politische Arm, diese Sammlung der Kandidaten, die für den Bereich und für die weitere Führungsebene vorgesehen sind, vielleicht zu sehr auf das Parteibuch schauen und vielleicht qualifiziertere Kräfte, die zufälligerweise in dem Vorstandsbereich nicht gerade das richtige Parteibuch haben, links oder im anderen Fall rechts liegenlassen.

Ich stelle daher jetzt schon fest und erhebe auch hier den Anspruch, daß man auch aus dem Bereich unserer freiheitlichen Mitarbeiter in der VÖEST hier Leute sicherlich bekommt, die es verdienen würden, in diese Gruppe mit eingebaut zu werden.

Nach dem Schwanengesang vom Herrn Kollegen Graf in Richtung, das waren noch schöne Zeiten, als es eine große Koalition gegeben hat und wir in der Verstaatlichten alles miteinander gemacht haben, darf ich schon darauf hinweisen, daß bedauerlicherweise das heute noch immer in der verstaatlichten Industrie so ist: dein schwarzer Vorstandsdirektor – mein roter Vorstandsdirektor. Übertrieben gezeichnet: mein roter Portier – dein schwarzer Portier. Ich glaube, von dem sollte man sich in der verstaatlichten Industrie lösen, dann werden Sie sich in Hinkunft viel Kritik ersparen, die von außen unnötigerweise herangetragen wird. Ich glaube, das ist auf die Dauer nicht hinzunehmen. Fachleute und weniger auf Parteibuchüberlegungen Rücksicht nehmen! Wenn das in der Verstaatlichten gelingt, dann ist sicherlich auch ein sehr positiver Schritt getan.

Den Bericht selbst werden wir Freiheitlichen zur Kenntnis nehmen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Bundeskanzler. Ich erteile es ihm.

Bundeskanzler Dr. **Kreisky**: Herr Präsident! Hohes Haus! Zu den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Graf möchte ich sagen, daß es in den Intentionen der Bundesregierung liegt, daß sich die verstaatlichte Industrie streng an die Grundsätze hält, die auch für die private Wirtschaft gelten. Es ist keineswegs so, daß wir glauben, daß die Betriebe der verstaatlichten Industrie einem besseren Förderungsprinzip unterliegen sollen als die der Privatindustrie. Das ist sogar für einen entschlossenen Anhänger dieses Prinzips, wie ich es bin, deshalb selbstverständlich, weil es ja kein guter Dienst wäre, den man den Betrieben der verstaatlichten Industrie oder Firmen, die zu dem Komplex gehören, leistet, wenn sie in einem besonderen Klima der Förderung existieren würden. Sie sollen und sie müssen sich vielmehr durch den Umstand, daß sie in der Gesamtwirtschaft tätig sind, ihren Regeln und Gesetzen unterwerfen. Das ist auch in der Vergangenheit im allerhöchsten Maße geschehen, und es gehört mit zu den Erfolgen der verstaatlichten Industrie, daß sie in diesem Wettkampf bestanden hat und hervorragend bestanden hat. Ich will das Hohe Haus nicht aufhalten und hier Zahlen, die ja in der Regel bekannt sind, anführen, um das zu beweisen.

So ist es auch völlig falsch, daß Steuermittel der verstaatlichten Industrie zugeführt werden. Sondern die Mittel, die bisher der verstaatlichten Industrie zugeführt wurden, sind auch nach den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit zugeführt worden, sind von der ÖIAG aus den Dividendeneinnahmen finanziert worden.

Was nun die Förderung der privaten Wirtschaft betrifft, so möchte ich noch einmal sagen – vielleicht ist das nicht klar genug in der Fragestunde herausgekommen –: Was die Liste betrifft, die uns dieses große Unternehmen, das in Rede stand, gegeben hat, hat eine nähere Untersuchung ergeben, Herr Abgeordneter Graf, daß der allergrößte Teil der Maschinen, der für die Ausrüstung des Betriebes gebraucht wird, nur aus der Privatindustrie kommen kann, weil diese Produkte nur in der Privatindustrie erzeugt werden, was natürlich ist, weil ja viele dieser besonderen Maschinen eben nur in mittleren Betrieben sozusagen nach Maß angefertigt werden können. Also hier handelt es sich um eine Förderung, die nicht zuletzt in indirekter Weise der privaten Wirtschaft und den mittleren Unternehmungen in Österreich zugute kommen wird.

**Bundeskanzler Dr. Kreisky**

Zur Anregung des Herrn Abgeordneten Josseck möchte ich sagen, daß ich diese aufgreifen werde. Nur muß ich bitten, daß folgendes berücksichtigt wird, Herr Abgeordneter, nämlich wenn die Direktoren erscheinen sollen, dann muß es die Gewähr geben, daß bei ihren Angaben, weil es sich oft um Betriebsgeheimnisse handelt, die Vertraulichkeit gewährleistet ist. Ich würde dem Parlament die Anregung machen - es ist die Sache des Parlaments und des Ausschusses zu entscheiden -, ob das nicht innerhalb eines Unterausschusses geschehen könnte. Aber wir sind interessiert, und ich als Eigentümerversreter bin es in besonderem Maße, daß Sie ein Maximum an Informationen zur Verfügung haben, und ich werde mich gerne zu jeder Vermittlung bereithalten. Wir haben ein Interesse daran, daß sich der Ausschuß für verstaatlichte Betriebe noch besser über die Zusammenhänge informieren kann, als das vielleicht bisher der Fall ist.

Für den Komplex Ausrüstung des Bundesheeres und verstaatlichte Industrie gilt ein allgemeiner Grundsatz, der natürlich beachtet werden muß. Man kann nur insoweit in die industrielle Tätigkeit hineingehen, als sie wirtschaftlich vertretbar ist. Man muß sich klar darüber sein, daß dann ein sehr großer Teil dieser Produktion auch ins Ausland geliefert wird und daß es hier für einen neutralen Staat besondere Gesetze gibt, die er beachten muß. Wir sind nicht so frei im Export von solchen Geräten und Waren, wie das andere Staaten sind, und müssen daher zu einer gewissen Vorsicht mahnen, um Fehlinvestitionen, wo es geht, zu vermeiden. Auf neutrale Staaten paßt man ja diesbezüglich besonders auf, weil denen ja nur ein relativ schmaler geographischer Bereich für Lieferungen dieser Art zur Verfügung steht.

Was die 2 Milliarden betrifft - damit Klarheit besteht -: ich habe anlässlich der Verwirklichung der großen Lösung, der sogenannten Fusion, gesagt, daß ich mich dafür einsetzen werde, ich habe eine Verwendungszusage gegeben, daß 2 Milliarden diesem neuen Konzern zur Verfügung gestellt werden. Bisher ist es so gewesen, daß 1 Milliarde schon zur Verfügung gestellt wurde im Wege der ÖIAG, davon ist ein Drittel an die Tochter, die VEW, gegangen, und für die zweite Milliarde gibt es eine eindeutige Zusage, nur bedarf es einer Verständigung zwischen der VEW, also den Vereinigten Edelstahlwerken, und der Bundesregierung in diesem Fall, für welche Zwecke diese Mittel benötigt werden. Wir wollen sie nicht für Zwecke der Verlustabdeckung verwenden, sondern für Zwecke der Stärkung des Betriebes und für Investitionen.

Aber ich bin jederzeit bereit, Ihnen die Informationen hierüber zu geben, über die ich

selber verfüge. Nur ist es nicht ganz gut, wenn man jetzt schon von vornherein ankündigt, in welche Zweige man nun mittels dieser Investitionen eintreten will, weil man da eine Konkurrenz vorzeitig auf den Plan ruft und die Voraussetzungen für diese Investitionen verschlechtert.

Es gibt eine Reihe von Projekten, und ich wäre sehr froh, wenn man ihnen Gelegenheit gäbe, das näher kennenzulernen.

Was die Frage der Kohlenförderung betrifft, so muß ich den Herrn Abgeordneten Josseck doch auch bitten zu verstehen, daß sich dieses Problem vor fünf Jahren anders gestellt hat als heute. Was vor fünf Jahren noch der Inbegriff der mangelnden Rentabilität war, schaut heute angesichts der neuen Erdölpreise ganz anders aus.

Dann kommt noch dazu, daß die Aufsuchungsmöglichkeiten sich natürlich erst allmählich ergeben. Das trifft für Wolfsegg - Traunthal zu. Ein Schließungsbeschluß ist nie gefaßt worden. Ich will nicht leugnen, daß er von verschiedenen Seiten überlegt wurde. In der Zwischenzeit aber sind neue Kohlenvorkommen gefunden worden, und es scheint so zu sein, daß unter den gegebenen Bedingungen sogar die Kohleförderung weiterhin vertretbar und rentabel ist.

Was die österreichisch-ungarischen Verhandlungen betrifft, so sind diese noch nicht abgeschlossen. Hier gibt es Umweltprobleme, die sich vor allem stellen, weil dieses kalorische Kraftwerk Abgase verursachen würde, die vom Standpunkt des Umweltschutzes einer zusätzlichen Prüfung unterzogen werden müssen.

Ich werde in zehn Tagen, glaube ich, mit dem ungarischen Ministerpräsidenten im Burgenland zusammentreffen, so wie das halt bei diesen Arbeitsgesprächen üblich ist - einmal bei uns und einmal bei ihnen, diesseits und jenseits der Grenze -, und werde diese Frage neuerdings aufgreifen.

Mir liegt sehr an diesem Projekt. Nur bin ich mir dessen bewußt, daß es hier natürlich wieder Fragen, neue Probleme gibt, die geprüft werden müssen, Probleme, die sich in der Vergangenheit mit dieser Intensität nicht gestellt haben. Eines davon ist zum Beispiel das Umweltschutzproblem.

Besuche in den Betrieben durch den Verstaatlichungsausschuß kann ich nur begrüßen. Aber, Herr Abgeordneter, ich gehöre zu den Leuten, die mindestens zwei- oder dreimal im Monat Betriebe besuchen - allerdings nicht immer nur verstaatlichte Betriebe -, sodaß meine Umgebung manchmal sogar der Meinung ist, daß ich

**Bundeskanzler Dr. Kreisky**

mich viel zu lange in diesen Betrieben aufhalte, weil ich mich für zu viele Dinge interessiere. Außerdem sind die Betriebe immer dann, wenn sie Probleme haben oder wenn Probleme auftauchen, bei mir, und wir beraten. Mehr kann ich ja nicht tun, als mit den Herren zusammenzukommen und mich mit ihnen und sie sich mit mir beraten.

Bezüglich der KESTAG will ich Ihnen gern im Verlaufe der Debatte weitere Auskünfte geben. Ich bin im Moment dazu nicht in der Lage.

Was die Vereinbarung mit General Motors betrifft, so möchte ich noch einmal unterstreichen, was ich gesagt habe, wenn ich es auch nicht ganz wörtlich wiedergeben kann. Ich glaube aber, es ist dem Sinn nach sicher richtig. Ich habe erklärt, daß es meines Wissens keine Vereinbarungen gibt, die eine Änderung der gegenwärtigen Gesetzeslage erfordern.

Aber auf der anderen Seite möchte ich mit ebensolcher Deutlichkeit sagen, daß in den monatelangen Gesprächen die Herren von General Motors und ihre Steuersachverständigen über alle Möglichkeiten des österreichischen Steuerrechts informiert wurden. Sie werden also dieselben Rechte und Möglichkeiten haben wie jedes andere österreichische oder ausländische Unternehmen, das in Österreich domiziliert ist. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Bürger. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Bürger** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Ich möchte eingangs meiner Ausführungen zunächst dem Abgeordneten und Obmann des Ausschusses für verstaatlichte Betriebe, Abgeordneten Hellwagner, eine Antwort geben. Er hat seine Rede damit eröffnet, daß er sagte, die ÖVP habe die verstaatlichte Industrie als etwas Fremdes bezeichnet.

Ich persönlich habe es nicht gerne, wenn immer wieder solche Dinge hier behauptet werden. Denn wir sollen doch bedenken, daß es nach dem Zweiten Weltkrieg gerade die ÖVP war – sicherlich in der Koalitionszeit –, in deren Zeit das 1. und 2. Verstaatlichungsgesetz hier im Hohen Hause beschlossen wurden.

Ich bin hier auch der Meinung, daß es damals keinen anderen Ausweg gegeben hätte, denn die verstaatlichte Industrie war vom Krieg schwerst betroffen, sie war beschädigt, und es hat sich anscheinend niemand in dieser Welt um diese Ruinen gekümmert oder hat ein Interesse an diesen Betrieben gehabt.

Da war es dann ja wohl das Vernünftigste, daß man die Grundstoffindustrie verstaatlichte,

diese gemeinsam aufbaute, und heute haben wir die Aufgabe, diese Industrie gemeinsam zu erhalten. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Hohes Haus! Nach langen Jahren tiefster Sorge um die Auftragslage, vor allem im Bereich der Stahl- und Eisenerzeugung, ist nun – so auch der Inhalt des Berichtes – eine Besserung eingetreten, eine Besserung, die sich wahrscheinlich im Jahre 1979 fortgesetzt hat. Wir sind alle froh, daß es so ist.

Trotzdem besteht meiner Meinung nach kein Grund, die Situation vorzeitig zu bejubeln, denn der Bericht bringt wie immer keine Aussage über die Ertragslage, was ja der wichtigste Inhalt eines Berichtes wäre.

Gott sei Dank hat man Zutritt zu anderen Quellen, ja man bekommt auch Auskunft hier im Hause, damit man über die Ertragslage ebenso Bescheid weiß wie über die Auftragslage.

Ich sage hier nur, es besteht kein Grund zur Freude, denn die Ertragslage ist weiterhin angespannt wie in den Jahren zuvor, nur spreche ich hier im Hause über die Ertragslage jener Industrie, der ich selbst angehöre, nicht gerne, sondern ich bin eher bemüht, das Meinige dazu beizutragen, daß es besser wird.

In den vier Krisenjahren, die wir hinter uns haben, sind in der eisenschaffenden Industrie viele negative Maßnahmen beschlossen und ergriffen worden, wie sie – meine verehrten Damen und Herren, ich darf das hier sagen – in den früheren Zeiten der Koalitionsregierung oder während der ÖVP-Alleinregierung nicht möglich gewesen wären.

Ich kann als obersteirischer Abgeordneter nicht anders, als hiezu einige Beispiele zu bringen:

Herr Professor Horst Knapp hat im Jahre 1968 in einer Zeitung geschrieben, daß der Erzberg, welcher jahrhundertlang eine große Bedeutung für die heimische Eisenerzeugung hatte, eingemottet gehöre.

Betriebsräte aller Fraktionen standen gegenüber dieser Äußerung wie eine Mauer. Wir haben den Herrn Professor Horst Knapp nach Leoben-Donawitz und auf den Erzberg gebeten, und wir haben ihm dort unsere eindeutige Meinung über seine Äußerung gesagt. Es wurde damals am Abend in einer großangelegten Diskussion eben jener Erzberg verteidigt, der für uns Obersteirer eine so große Bedeutung hat.

Am Erzberg hatten wir 1968 noch einen Belegschaftsstand von 2 673 Arbeitern und 397 Angestellten. Mit diesem Belegschaftsstand wurden damals, noch ohne Radmer, über 2,5 Millionen Tonnen Eisenerz gefördert. Die Erz-

**Burger**

bergbaue Hüttenberg und Radmer sind inzwischen geschlossen, und am Erzberg sind nur noch 1 600 Mann beschäftigt. So vollzieht sich das, was Horst Knapp sagte, haarscharf und genau, obwohl wir damals dagegen wie ein Mann ankämpften.

Ich bin sehr traurig, daß die Frage des Abgeordneten Rechberger, die Frage Nr. 8, zurückgezogen worden ist. Diese Frage hatte den Text:

„Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung zur Umstrukturierung der zumeist veralteten industriellen Struktur im Raume Eisenerz im Interesse der Sicherung der Beschäftigung in diesem Gebiet getroffen?“

Hier möchte ich sagen: Schade, daß diese Anfrage zurückgezogen worden ist, denn ich hätte hier eine Zusatzfrage gehabt, die ich hier stellen muß. Ich frage einfach Sie, Herr Bundeskanzler, nachdem ich Ihnen bekanntgegeben habe, daß der Belegschaftsstand innerhalb von zehn Jahren von 2 673 auf 1 600 gesunken ist – das ist eine Belegschaftsverminderung von 1 073 Leuten, wobei ich keine Gewähr gebe für die Genauigkeit dieser Ziffer, weil hier tägliche Veränderungen eintreten, aber es sind um rund tausend Menschen weniger beschäftigt –: Sind die Maßnahmen, die die Bundesregierung ergriffen hat, ausreichend, um der Strukturveränderung in Eisenerz Rechnung zu tragen?

Eisenerz ist eine Stadt, in der bereits mehr Pensionisten wohnen als aktive Arbeiter, die Jugend zieht weg, und ich möchte hier mit Nachdruck zum Ausdruck bringen, daß die Region Eisenerz auf Grund der gegebenen Situation besonders betreut werden muß.

Man wird sich fragen, warum man eine solche Reduzierung am steirischen Erzberg vornimmt. Was heute möglich ist, wäre vor zehn Jahren eben nicht möglich gewesen. Heute scheint es notwendig, damit die Betriebe überleben. Man kauft Erzgruben im Ausland, man kauft Kohlengruben im Ausland, und ich muß hier sagen, daß anscheinend ein anderer Ausweg nicht gegeben ist, wieder aus den roten Ziffern herauszukommen, daß man billiger zukauf, als man die Produkte im eigenen Land erstellen kann. Nur sollte man diese Sache nicht so ohne weiteres zur Kenntnis nehmen. Hier werden doch Milliardenbeträge ins Ausland transferiert, Beträge, die der heimischen Wirtschaft sicherlich abgehen.

Fohnsdorf, der damalige Energieträger Nummer 1, wurde lautlos geschlossen. Ich komme, wenn ich hier spreche, immer wieder darauf zurück, weil ich es auch persönlich – persönliche Meinungen mögen nicht immer zählen – nicht

verstehen kann, daß dieser Bergbau, daß dieser Energieträger Nummer 1, kurz vor der zweiten Energiekrise, die wahrscheinlich anhalten wird, von der wir kein Ende absehen, zugesperrt wurde. Ich weiß nicht, ob wir recht getan haben, denn in der westlichen wie in der östlichen Welt werden die Kohlengruben und die Kohlenvorkommen ganz besonders gut behandelt, es wird ihnen ganz besonderes Augenmerk zugewendet, weil man nicht mehr abhängig sein will vom Öl, das uns nicht immer zur Verfügung stehen wird und bei dem man ja auch den Launen dieser Lieferstaaten ausgesetzt ist.

Wenn ich von Fohnsdorf spreche, dann darf ich heute einmal etwas aussagen. Ein damaliger Betriebsratsobmann von der Sozialistischen Partei – ich will den Namen nicht nennen; ich tue das nicht gerne – hat gesagt, und das war 1962, als das zweite Mal ein Schließungsantrag gestellt wurde: Dieser Bergbau wird nur über meine Leiche geschlossen! – Gott sei Dank hat es Selbstmorde von Betriebsratsobmännern wegen der Schließung nicht gegeben, aber man soll wenigstens dann nicht hergehen und die Schließung als das einzig Mögliche hier verteidigen.

Defizit war die Ursache dieser Schließung, und ich gebe zu, daß man es einem Konzern wie der VÖEST-Alpine nicht immer zumuten kann, ein Defizit von etwa 100 Millionen Schilling und mehr jährlich zu tragen. Man hat es getan, man hat es jahrelang getan, aber hier wäre ich der Meinung gewesen, daß schon allein wegen der Energieversorgung die öffentliche Hand für den Bergbau Fohnsdorf eingreifen hätte müssen.

Nun ist es vorbei, ein neuerlicher Zugang zur Kohle ist in Fohnsdorf sicherlich nicht mehr möglich. Und es ist dieser Bundesregierung sicherlich mehr als recht, daß man darüber nicht mehr spricht. Ich bin gegenüber den Kollegen verpflichtet, daß ich das immer wieder tue, wenn man auch – und das darf ja auch ich hier zugeben – im Raum Aichfeld-Murboden Ersatzarbeitsplätze geschaffen hat.

Ich kann nicht anders, als hier zu sagen, daß die Sorge der Landesregierung und der Bundesregierung gegenwärtig war, Arbeitsplätze zu schaffen. Was hätte man sonst tun sollen? Aber als Betriebsrat sage ich hier eben wieder, daß Ersatzarbeitsplätze, sosehr sie von den Betroffenen begrüßt werden, eben doch für den einzelnen Härten mitbringen, denn nur selten verdient man an einem Ersatzarbeitsplatz mehr. Man verliert zum Teil die Sozialleistungen, man verliert den Urlaubsanspruch, den man früher vielleicht durch lange Arbeit erworben hat, und so weiter und so weiter. Ich möchte hier nicht aufzählen, was es bedeutet, eine Arbeitsplatz zu verlieren und zu einer anderen Firma gehen zu müssen.

**Burger**

Kann man innerhalb der eigenen Firma verbleiben, dann ist es freilich anders, und ich sage, daß große Bemühungen diesbezüglich vorhanden sind, daß wir in Donawitz bei den Strukturveränderungen dafür sorgen, daß unsere Leute innerhalb des Betriebes unterkommen, und so kann man auch eine Befriedigung dieser betroffenen Kollegen erreichen.

Nun ist es nicht genug, daß Fohnsdorf zu ist. Die Schließung des Werkes Styria beziehungsweise der Hälfte des Werkes Styria steht vor der Haustüre. Herr Bundeskanzler, man hat der Belegschaft gesagt, man will nur das veraltete Stahlwerk schließen. Und nun sagt man, wenn das schon geschlossen werden soll, dann nehmen wir das Walzwerk mit. Uns Donawitzern ist es nicht einerlei, daß das Walzwerk geschlossen werden soll, welches wir mit Rohmaterial beliefern sollen.

Ich bin hier der Meinung, daß man sich das grundsätzlich noch einmal überlegen soll, einen so weitgehenden Eingriff zu machen. Bevor man diesen Schritt vollzieht, Herr Bundeskanzler, ordnen Sie an, daß noch einmal genaue Berechnungen durchgeführt werden! Ich kann bei bestem Willen nicht glauben, daß ein Betrieb so vergewaltigt werden soll, von dem die Belegschaft sagt, daß sie sogar kostengünstiger arbeitet, als es in anderen Betrieben des Konzerns der Fall ist. Ich kann es nicht überprüfen. Leute sagen es, wenn man diesen Betrieb besucht.

In einem Betrieb so einschneidende Maßnahmen zu treffen, wo der Auftragsstand außerordentlich gut ist, versteht die Belegschaft nicht, und ich meine auch, man soll nicht alles unter dem Deckmantel „Strukturveränderung“ tun, denn einen großen Betrieb, der über ein Jahrhundert besteht, zur Hälfte und dann etwa ganz zu schließen, das ist keine Strukturveränderung mehr, das ist etwas anderes.

Wir werden es sicherlich nicht verstehen, wenn die letzte Entscheidung gefällt wird. Ich ersuche die Kollegen, die von der verstaatlichten Industrie hier sind, mit jetzt nicht böse zu sein, wenn ich eine üble Vermutung habe. Meine Vermutung ist einfach die, daß die Judenburger niemanden haben, die sie echt vertreten. Es ist doch so, daß in Kapfenberg der Landesrat und Zentralbetriebsratsobmann zu Hause ist. Er wird dafür sorgen, daß dort im Detail nicht viel geschieht. Der Landeshauptmann Czettel ist ein Ternitzer. Er wird schon dafür sorgen, daß in Ternitz - bis auf kleine Regulierungen - nicht allzuviel passiert. Aber in Judenburg ist niemand. Dort muß geschlossen werden! (*Zustimmung bei der ÖVP. - Widerspruch bei der SPÖ.*)

Ich bin der Überzeugung, daß man mir in

dieser Frage widersprechen wird. Aber ich kann nicht anders, als das hier zu sagen, denn sonst könnte man einen Betrieb wie den in Judenburg nicht so unendlich im Stich lassen. (*Neuerliche Zustimmung bei der ÖVP.*)

Der Herr Bundeskanzler hat Anfang dieses Jahres bei einer Betriebsversammlung in Judenburg erklärt - wörtlich -, daß Ersatzarbeitsplätze, die mit der Automobilindustrie in Zusammenhang stehen, für Judenburg sehr erfolgversprechend erscheinen. Näheres könne er aber noch nicht sagen, erklärte der Herr Bundeskanzler.

Es ist aber anzunehmen, Herr Bundeskanzler, daß Sie damals die Firma General Motors gemeint haben. Wir alle waren froh, und es hätte für uns einen sicheren Lichtblick bedeutet - wenn es schon so einschneidende Maßnahmen gibt -, daß man einen echten Ersatzbetrieb hinbekommt. Das General Motors-Motorenwerk wäre ja geradezu ein idealer Betrieb auf einem idealen Platz, denn im obersteirischen Industriegebiet stünde dieser amerikanischen Firma Edelstahl für Kugellager direkt von der Styria her zur Verfügung. Spezialmaterial für Ventile wird dort an Ort und Stelle erzeugt. Es gibt Gießereien, die man zur Herstellung von Motorblöcken braucht. Und so weiter und so fort. Es wären vor allem die Menschen da gewesen. Arbeitsfreudige und pflichtbewußte Menschen mit einem background, wie man so sagt, in den Bezirk Murau hinauf, wo ein Menschenreservoir zur Verfügung gestanden wäre.

Ich gebe gerne zu, Herr Bundeskanzler, daß der Eigentümer in der Standortfrage viel mitzureden hat oder entscheidend mitspricht. Das wird von mir zugegeben. Das war so und wird nie anders sein. Wenn man aber eine Milliarde Schilling hergibt für eine ausländische Autofirma, dann hat man, glaube ich, auch in der Standortfrage ein entscheidendes Wort mitzureden. Wir werden und können es nicht verstehen, daß man im Raum von Wien für einen Arbeitsplatz eine Million Schilling opfert, während man andere Kollegen im Bereiche der verstaatlichten Unternehmen in Unklarheit läßt und sie möglicherweise freisetzt.

Mit der Entscheidung, daß das Motorenwerk nach Wien kommt, Herr Bundeskanzler, haben Sie, wie schon erwähnt, unseren Arbeitskollegen von Judenburg keinen guten Dienst erwiesen. Wehe, wenn eine andere Bundesregierung solche Standortentscheidungen und solche Schließungsentscheidungen getroffen hätte, wie es jetzt in Judenburg der Fall sein soll. Da hätte es einen Solidaritätsaufstand unter den Kollegen gegeben! Solidarität gibt es heute unter den Arbeitern noch, aber sie darf nicht mehr oder soll



**Bürger**

nicht mehr angewendet werden, um die Dinge zu verschleiern, die eben geschehen.

Die notwendigen Strukturbereinigungen hat es immer gegeben. Die notwendigen Strukturbereinigungen wird es immer geben. Gegenwärtig wie zukünftig. Wir wissen das. Aber ich glaube, daß es auch eine Führungskraft der Führungskräfte sein muß, Strukturveränderungen so einzuleiten, daß es nicht auf Kosten der Belegschaft und der Arbeiter geht. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Auf Seite 7 des Berichtes klagt die Nichteisen-Metallindustrie über den Umstand, daß sie betroffen ist von der Hartwährungspolitik. Auf Seite 22 steht es dann noch klarer. Ich darf wörtlich zitieren:

„Die stark exportorientierten Geschäftstätigkeit der VEW war den Währungsschwankungen voll ausgesetzt, was neuerlich negative Auswirkungen auf die Ertragslage hatte.“

Das war im Jahre 1978. Inzwischen ist der Schilling weiter zweimal mit der D-Mark nachgezogen und aufgewertet worden. Nun wird es unsere VEW, die besonders an der Ertragslage leidet und die 80 Prozent ihrer Güter exportiert, voll treffen.

In diesem Zusammenhang habe ich im Ausschuß zweimal gefragt, Herr Bundeskanzler, ob die Bundesregierung für die VEW flankierende Maßnahmen geplant hat. Und ich habe gefragt: Wenn ja, welche? Zweimal wurde diese Frage nicht beantwortet. Ich frage Sie hier im Hohen Haus: Hat man flankierende Maßnahmen für die VEW geplant, ja oder nein? Denn die neuerliche Aufwertung des österreichischen Schillings trifft besonders diese Firma hart.

Immer wieder bekommt man Unterlagen, woraus ersichtlich ist, daß die Belegschaftsstände zu hoch sind. Ich sage hier als Betriebsrat mit aller Deutlichkeit, daß wieder ein Papierchen gekommen ist: Erforderliche Personalstands-minderung zur Erzielung eines ausgeglichenen Ergebnisses. Man sagt: In der VÖEST-Alpine 4 500 Mann zuviel, in der VEW sind es 5 000.

Ich glaube nicht, Herr Bundeskanzler, daß bei allem und jedem die Belegschaft schuld ist. Die Ursachen der Defizite liegen nicht bei der Belegschaft. Diese Feststellung mache ich hier! Die Ursachen der Defizite liegen einerseits im teuren Zukauf von Vormaterialien und anderen Dingen. Ich will sie hier nicht aufzählen. Das Defizit verschuldet nicht die Belegschaft! *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Ich hätte eher gesagt - weil immer wieder von den zwei Milliarden Schilling hier die Rede ist, Herr Bundeskanzler -, von den versprochenen

zwei Milliarden Schilling; selbstverständlich werden sie gegeben: eine ist schon da, eine ist schon irgendwo versickert -: Wir haben damals bei der Fusionierung - und die Fusionierung war ja 1973 - gemeint, daß die zwei Milliarden Schilling als Fusionshilfe gegeben werden. Man hätte damals mit diesen zwei Milliarden Schilling die notwendigen Strukturmaßnahmen, die notwendigen Produktionsbereinigungen vornehmen können. Wir würden, wenn das geschehen wäre, nicht so ad hoc in die roten Zahlen gekommen sein. Diese zwei Milliarden Schilling waren als Starthilfe für die fusionierten Betriebe gedacht. Die hätten damals gegeben werden müssen. Wir hätten sie übrigens dringendst gebraucht. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Herr Bundeskanzler! Wenn von der Personalstands-minderung die Rede ist, dann verstehen Sie mich bitte, wenn ich meine alte Forderung hier noch einmal kundtue: Sagen wir nicht, daß zu viele Arbeiter in den Betrieben sind. Auch dann nicht, wenn modernisiert wird. Man braucht sie dann anderswo. Und sollte es wirklich so sein, daß der Belegschaftsstand auf Grund der Modernisierung in vielen Teilbereichen zu hoch ist, dann erfüllen Sie doch endlich unsere Forderung, daß man Schwerst- und Schichtarbeiter in Pension gibt, daß man sie herausnimmt. Diese Kollegen haben ja alle ihre 35 Versicherungsjahre schon beisammen, obwohl sie noch nicht das 60. Lebensjahr erreicht haben. Lösen Sie doch dieses Problem!

Herr Generaldirektor Dr. Apfalter hat ja ganz öffentlich gesagt, daß er der Meinung ist, daß man das Personalproblem auf diese Weise problemlos lösen könnte. Problemlos und gerecht lösen könnte. Problemlos, weil es einfach zu verkraften ist, den alten Menschen - ich will nicht „kranken Menschen“ noch dazu sagen - aus dem Arbeitsprozeß herauszunehmen. Gerecht deshalb, weil jene Staatsbürger, die Tag und Nacht für unser Gemeinwohl und für unsere Wirtschaft arbeiten, eine viel geringere Lebenserwartung haben als jene, die eine normale Tages-tätigkeit verrichten können. Für die Betroffenen wird die Nacht zum Tag und, wenn sie am Tag schlafen, der Tag zur Nacht. Über die gesundheitlichen Schäden dieser Kollegen gibt die Krankenkasse Auskunft, aber auch über die Todesfälle oder über das vorzeitige Ableben.

Ich habe dieses Problem deshalb zum Schluß meiner Ausführungen gewählt, weil ich der Meinung bin, daß man bei der Diskussion über den ÖIAG-Bericht nicht nur über die Lage der Betriebe, sondern auch über den Menschen, der in diesen Betrieben arbeitet, sprechen soll. *(Beifall bei der ÖVP.)*

**Burger**

Im Vordergrund jeder Diskussion – und vor allem bei dieser – steht der Mensch, der für uns alle in den Betrieben Schwerstarbeit leistet. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich der Abgeordnete Kokail gemeldet, den ich auf die 5-Minuten-Frist aufmerksam mache und hiemit das Wort erteile.

Abgeordneter **Kokail** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Ich muß mich zu einer tatsächlichen Berichtigung zum Wort melden, denn die Aussage des Abgeordneten Burger, daß ein Fohnsdorfer Betriebsratsobmann im Jahre 1962 – in der Zeit war ich der Betriebsratsobmann – erklärt hätte, nur über seine Leiche werde dieser Bergbau geschlossen, ist falsch. Diese Aussage wurde in Fohnsdorf weder von mir noch von einem anderen Betriebsratsobmann jemals gemacht. *(Abg. Wille: Vom Krainer!)*

Die Meinung der Fohnsdorfer Betriebsräte war seit dem Jahre 1960 immer dieselbe. Wenn es notwendig ist, den Betrieb zu schließen, so verschließen wir uns nicht wirtschaftlichen Notwendigkeiten, verlangen aber Ersatzarbeitsplätze in geeigneter und genügender Anzahl.

Wir haben deshalb diese Forderung in Fohnsdorf immer wieder aufgestellt, um zu vermeiden, in Schwierigkeiten zu kommen, wie zum Beispiel die Bergleute bei der LAKOG im Lavanttal, in St. Kathrein am Hauenstein oder im Burgenland der Bergbau Tauchen, die geschlossen wurden, ohne daß Ersatzbetriebe zur Verfügung gestellt worden wären.

Zum zweiten möchte ich den Vorwurf, daß sich um den Betrieb Judenburg niemand kümmert und daß die Judenburger von niemandem vertreten werden, schärfstens zurückweisen. *(Abg. Dr. Mock: Das ist doch keine tatsächliche Berichtigung!)* Fünf Minuten darf ich reden, bitte sehr. *(Abg. DDr. König: Sie können berichtigen, aber keine Behauptungen aufstellen!)*

Dann berichtige ich die Aussage des Abgeordneten Burger im Zusammenhang mit dem Werk Judenburg. Die Judenburger werden sehr wohl vertreten, werden sehr gut vertreten. Wir fühlen uns nur bei der Vertretung von der ÖVP etwas vernachlässigt, denn es gibt im gesamten Gebiet des oberen Murtales keinen ÖVP-Abgeordneten. *(Ruf bei der ÖVP: Das sind doch Polemiken!)*

Es hat sich in diesem Fall im VEW-Betrieb Judenburg im letzten Jahr zweimal unser Bundeskanzler zu Gesprächen eingefunden, wir sind ständig mit den Betriebsräten in Kontakt.

Momentan sieht die Lage so aus – und das ist der Standpunkt der sozialistischen Fraktion auch des Hauses –: Es wird in Judenburg zu keinen Betriebseinschränkungen kommen, dafür werden wir garantieren, solange nicht geeignete Ersatzproduktionen in dieses Gebiet verlegt werden. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Ruhaltinger. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter **Ruhaltinger** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es hat mir gestern sehr gut gefallen, als hier ein Korb mit landwirtschaftlichen Produkten aufgestellt wurde. Ich bin leider nicht in der Lage, weil es die Baulichkeiten nicht zulassen, die Produkte der VÖEST-Alpine hierher zu bringen und zu zeigen. Ich sehe aber hier einen Zusammenhang, weil wir eben Eisen gießen und die Pflugschare schmieden. Und dadurch kommt es zum Erntedank.

Nun, unser Erntedank in der Eisen- und Stahlindustrie, in der verstaatlichten Industrie, ist eben der Bericht, der hier für ein abgelaufenes Jahr vorgelegt wird. Wenn wir diesen Bericht vergleichen, vergleichen mit den Jahren vorher, aber auch mit der internationalen Situation, da wir doch sehr stark exportabhängig sind durch diese Stahlkrise, so müssen wir feststellen, daß es uns in Österreich ungleich besser gelungen ist, diese Krise zu bewältigen. Als Beweis dafür möchte ich anführen, daß die Stahlländer im EGKS-Bereich dem Umsatz entsprechend weit höhere Verluste in Kauf nehmen mußten als wir, im besonderen wieder in der Eisen- und Stahlindustrie.

Es stellt sich nun für uns die Frage: Wie ist dies gelungen? – Der soziale Friede in unseren Betrieben ist ein wesentlicher Faktor, der unsere Exportchancen auch in diesen schwierigen Zeiten erhöht hat.

Die österreichische verstaatlichte Industrie ist dadurch ein guter Partner für all jene ausländischen Kunden geworden, die nicht nur Wert auf österreichische Qualität, sondern auch auf die Einhaltung zugesagter Termine legen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Um die internationale Konkurrenzfähigkeit für den Export zu erhalten und zu verbessern, werden große Mittel in Form des mittelfristigen Investitionskonzeptes aufgewendet, die von Jahr zu Jahr eine ständige Steigerung erfahren: im ÖIAG-Konzern von 1977 auf 1978 bei 35 Prozent, im VÖEST-Alpine-Konzern von 36 Prozent.

Dies ist ein Beweis dafür, daß das mittelfristige Investitionskonzept des VÖEST-Alpine-

**Ruhaltinger**

Konzerns, das 1977 für den Zeitraum von 1978 bis 1982 in der Höhe von 19,8 Milliarden Schilling erstellt wurde, und für die VÖEST-Alpine AG 14 Milliarden Schilling, für die VEW 5,8 Milliarden Schilling vorsieht, programmgemäß durchgeführt wird. Diese wichtigen Vorhaben verteilen sich im wesentlichen auf jene Bereiche, die heute schon ein paarmal ins Gespräch gekommen sind.

Wir investieren in Kindberg 1,6 Milliarden Schilling. Mitte 1980 ist die Fertigstellung. Die Drahtstraße in Donawitz: 1,4 Milliarden, heuer wird diese Drahtstraße fertiggestellt. Der Ausbau in Zeltweg in zwei Etappen: 600 Millionen Schilling. Die vierte Brammen-Stranggußanlage in Linz: 540 Millionen Schilling, die Vorblock-Stranggußanlage in Donawitz: 475 Millionen Schilling und der Ausbau der Grobblechstraße in Linz: 445 Millionen Schilling; Fertigstellungstermin 1980 bzw. 1981.

Was diese Beträge bedeuten, meine sehr geehrten Damen und Herren, um die Sicherung der Arbeitsplätze in allen unseren Betrieben zu gewährleisten, brauche ich, glaube ich, hier nicht näher auszuführen. Unsere Beschäftigten in den Betrieben – an die 80 000 – werden dies jedenfalls zu schätzen wissen.

Die volkswirtschaftliche Bedeutung: Diese Investitionen bewirken aber auch die Sicherung von 5 500 Arbeitsplätzen in der österreichischen Investitionsindustrie, in der Güterindustrie in einem Zeitraum von vier bis fünf Jahren. Ich glaube, wir können mit Stolz sagen: So gesehen erfüllt die Eisen- und Stahlindustrie im Rahmen der gesamtverstaatlichten ÖIAG-Betriebe die ihr zugeordnete Aufgabe. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Dazu brauchen wir aber immer wieder wegen unserer Exportorientiertheit die Bundesregierung. Insbesondere ihre Unterstützung haben wir immer bekommen, und gerade hier haben sich große Exportmöglichkeiten im Anlagenbau für uns ergeben.

Es ist nicht irgendeine Schönfärberei, wenn ich heute behaupte, daß das persönliche Engagement des Herrn Bundeskanzlers uns so manche Möglichkeit gerade im Geschäft des Anlagenbaues ermöglicht hat und in manchen Dingen ausschlaggebend war. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Es ist für uns nicht entscheidend, ob der Herr Bundeskanzler mit dem weißen Helm in die Betriebe geht. Das ausschlaggebende ist, daß der Herr Bundeskanzler zur Stelle ist, wenn wir ihn für unsere Betriebe brauchen, und das hat er bisher jederzeit bewiesen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich ersuche aber auch bei dieser Gelegenheit, uns bei der noch offenen Strukturbereinigung

unseres Konzerns so wie bisher jene Unterstützung zu gewähren, die wir dazu brauchen.

Gerade in der VÖEST-Alpine ist es unser Stolz, auf eigenen Füßen zu stehen. Wir wollen kein Zuschußbetrieb sein, und wir werden auch in Zukunft kein Zuschußbetrieb werden, denn die Arbeit, der Fleiß und das Können unserer gesamten Belegschaft garantieren, daß es nicht dazu kommen wird. *(Beifall bei der SPÖ.)*

So gesehen, glaube ich, könnte man heute noch auf viele Diskussionsbeiträge eingehen. Wir, die Gesamtbelegschaft des VÖEST-Alpine-Konzerns, werden im Rahmen der gesamten österreichischen Volkswirtschaft unsere Verpflichtungen erfüllen.

Es ist allerdings bedauerlich, wenn hier Abgeordnete – leider sind sie jetzt nicht im Saal – die Krankenstände laut Statistik in die Diskussion werfen. Ich kenne die Statistik der Krankenstände sehr genau aus der Sozialversicherung gerade bei uns im oberösterreichischen Bereich.

Ich frage jene Herren Abgeordneten, die hier Zweifel hegen, ob sie überhaupt jemals an einem Hochofen, in einer Kokerei, in einem Stahlwerk oder in einem Walzwerk gearbeitet haben oder ob sie bei dieser Fragestellung vielleicht die Belastungen, denen diese Menschen ausgesetzt sind, einfach negieren.

Sicherlich ist die persönliche Belastung gerade im Hüttenbereich schwieriger. Wenn Krankenstände hier so dargestellt werden, als würden sich die Leute auf irgendeine Art drücken, wie es heute angeklungen ist, dann ist das sehr falsch, zeigt aber auch bei diesen Zwischenrufen, wo die Freunde der verstaatlichten Betriebe sind. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wenn der Herr Abgeordnete Josseck hier über den Einkauf der VÖEST-Alpine gesprochen hat, dann kann ich nur einen Satz dazu sagen: Das ist für uns eine Angelegenheit, die im Kantinen-Ausschuß besprochen wird. Erstens stimmt es nicht, was hier ausgeführt wird, und außerdem ist es doch mehr oder weniger nicht angebracht, im Hohen Haus über den Einkauf von Kantinen zu sprechen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn immer wieder von Führungskräften, wenn immer vom parteipolitischen Engagement und dergleichen gesprochen wird, dann muß ich auch sehr eindeutig die Feststellung treffen: Wir in der VÖEST-Alpine haben uns bisher bestens bewährt. Wir haben die Krise bestens überdauern können, weil wir nicht nach dem Parteibuch schauen, wenn wir jemandem eine Führungsposition geben, sondern weil in erster Linie für uns der Fachmann maßgebend ist, denn mit einem

**Ruhaltinger**

Parteibuch kann man keine Drehbank und nichts anderes bauen und produzieren. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Der Abgeordnete Burger hat hier über den Bereich Judenburg gesprochen, und ich darf dazu eines sagen: Ich glaube, alle Betriebsratsobmänner im Bereiche der VÖEST-Alpine bemühen sich ständig bis hinauf zum Herrn Bundeskanzler über dieses Problem zu sprechen. Wenn Kollege Kokail hier sagte, daß dort die Ersatzarbeitsplätze, die wir verlangen, im Vordergrund stehen müssen, dann ist es ein solidarischer Akt, wenn wir uns gemeinsam bemühen, dieses Problem zu lösen.

Wenn weiters auf gewisse Strukturprobleme hingewiesen wird, dann müssen wir diese Probleme im Interesse des Gesamtkonzerns so lösen, daß wir wieder aus den roten Zahlen herauskommen, daß wir wieder in die Lage kommen, die Betriebe auf dem Investitionssektor dorthin zu bringen, daß sie auf dem internationalen Stahlmarkt konkurrenzfähig sind.

Ich meine daher, meine sehr geehrten Damen und Herren, den Bericht über die Eisen- und Stahlindustrie, der hier vorgelegt wurde, kann man zur Kenntnis nehmen. Gerade dieser Belegschaft, die Enormes unter schwierigen Umständen leistet, ist es gelungen, durch Solidarität auch über Krisenzeiten für den Gesamtkonzern VÖEST-Alpine hinwegzukommen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Peter. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Peter** (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Gesamtwirtschaft und damit im besonderen auch die verstaatlichten Unternehmungen stehen vor besonderen Schwierigkeiten auf Grund der weltweiten Situation im allgemeinen und aus der Stahlsituation heraus im besonderen.

Nun wäre es meines Erachtens notwendig, die Frage zu prüfen, mit welchen Führungskonzepten die einzelnen Unternehmensleitungen den jeweiligen Schwierigkeiten zu begegnen versuchen. Prüft man diese Frage, dann kommt man zu dem zwingenden Schluß, daß die Unternehmensleitungen unterschiedlich reagieren, die einen erfolgreicher und die anderen weniger erfolgreich.

Hier muß man sich meines Erachtens an jener Meinung orientieren, die der Generaldirektor der ÖIAG im Juli dieses Jahres zum Ausdruck gebracht hat, wenn er meinte, der Kurs habe sich bewährt. Darunter ist zu verstehen, daß der

Strukturreformkurs der verstaatlichten Unternehmungen nach Meinung des Herrn Generaldirektors Dr. Grünwald in jeder Weise befriedigend sei.

Man muß die Gegenfrage stellen: Hat sich der Kurs der ÖIAG wirklich bewährt? Teilweise ja, teilweise nein. Niemand wird in Abrede stellen, daß sich die Erträge gebessert haben. Niemand wird in Abrede stellen, daß die Verluste kleiner geworden sind.

Allerdings muß man hinzufügen, daß die Konjunkturbelebung im Jahre 1978 jene Probleme überdeckt, mit denen wichtige Betriebe wie die Vereinigten Edelstahlwerke oder die Vereinigten Metallwerke und andere Betriebe noch immer schwerstens zu kämpfen haben.

Generaldirektor Dr. Grünwald stellte folgende Schwerpunkte in den Raum: Reorganisation der Buntmetallindustrie, Sanierung des defizitären Edelstahlbereiches und Kooperationen bei Chemie und Maschinenbau.

Diese Ankündigung des Generaldirektors der ÖIAG erfolgte im Juli dieses Jahres. Bis jetzt sind der Ankündigung des Generaldirektors der ÖIAG nach meiner Kenntnis der Dinge zu wenig Taten gefolgt. Am wenigsten überzeugend vermochte die Generaldirektion der ÖIAG bis jetzt im Edelstahlbereich zu wirken. Die Konzepte und Wege zur Erreichung der von der ÖIAG gesteckten Ziele sind nicht überzeugend und leider in weiten Bereichen weitgehend offen.

Weil der Stahlkonzern, weil die Buntmetallfirmen und weil die Chemie Verluste machten, stagnieren die Beteiligungserträge der ÖIAG, worunter jene Dividenden zu verstehen sind, welche die Töchter der Konzernmutter entrichten - ein betrüblicher Umstand, weil hier weitestgehend Investitionsmittel- und -möglichkeiten derzeit verlorengegangen sind.

Vorübergehend dürfte sich die Ertragslage der ÖIAG für das Bilanzjahr 1979 wohl verbessern, was aber nicht bedeutet, daß auf mittlere Sicht die Aussichten günstig genug erscheinen. Nicht nur, weil die Konzernfirmen allein für die Abfertigungsansprüche ihrer Arbeiter zusätzliche Reserven von rund 2 Milliarden Schilling in nächster Zeit ansammeln müssen. Natürlich fehlen diese 2 Milliarden Schilling, die auf Gesetzesantrag hin angesammelt werden müssen, für dringend notwendige Investitionen.

Somit ist nun eine Frage an den Eigentümer zu richten. Auf der einen Seite der Gesetzesauftrag zur Ansammlung der Reserven für die Arbeiterabfertigung. Ist in Ordnung. Aber auf der anderen Seite ist meines Erachtens nicht in

**Peter**

Ordnung, daß der Bund als Eigentümer noch immer nicht der Kapitalausstattung der verstaatlichten Unternehmungen das gebührende Augenmerk zugewendet hat. Hier ist der Eigentümerversorger Jahre hindurch in Verzug, und leider ist auch die sozialistische Alleinregierung in Verzug geblieben.

Nun zurück zur Situation in jenen Unternehmensbereichen, wo die Strukturreformkonzepte des Managements nicht überzeugend genug sind. Hier scheint sich der Generaldirektor der ÖIAG zu einer härteren Gangart gegenüber einigen Unternehmensleitungen entschlossen zu haben.

Dazu erklärte Generaldirektor Dr. Grünwald am 18. Juni dieses Jahres - ich zitiere den „Kurier“ -:

„ÖIAG-Chef Oskar Grünwald hat die Glacéhandschuhe, mit denen er - zumindest in der Öffentlichkeit - konzerninterne Schwierigkeiten bisher anzugreifen pflegte, mit Boxhandschuhen vertauscht. In völlig ungewohnter Härte hat Grünwald den Vorstand der maroden Edelstahlwerke attackiert und unmißverständlich seiner Verärgerung über das in der Versenkung verschwundene Sparprogramm Luft gemacht. Bevor hier nichts weitergegangen sei, sollten die Edelstahlbosse besser nicht die Hand um finanzielle Hilfen anhalten.“

Also eine härtere Gangart des Generaldirektors der ÖIAG gegenüber dem schwer maroden Vorstand der kranken Edelstahlindustrie.

Wie gesagt, diese Meinungsäußerungen des Generaldirektors der ÖIAG stammen aus dem Juli dieses Jahres. Daher ist die Frage, Herr Staatssekretär, an die ÖIAG zu richten: Was ist bezüglich der Strukturreformkonzepte, besonders im Hinblick auf den Edelstahlbereich, von Juli bis Oktober herausgekommen? Trotz härterer Gangart des Generaldirektors der ÖIAG war das Management nicht in der Lage, bis zur Stunde ein taugliches Reformkonzept vorzulegen.

Zu den düstersten Kapiteln der Management-schwäche in den verstaatlichten Unternehmungen, und hier vor allem im Edelstahlbereich, zählt Judenburg. Was Eigentümerversorger, ÖIAG und Management bisher im besonderen an Strukturreform im Edelstahlbereich geboten und bezüglich Judenburg vorgelegt haben, war alles andere als überzeugend und für die Arbeiter und Angestellten bedrückend bis deprimierend. Die Ankündigung von Finanzspritzen, 200 Millionen Schilling im Jahr, fünf Jahre hindurch, als Zuschuß über die Ertragsrechnung und nicht als Kapitalerhöhung, hat nicht zum Ziel geführt, weil hier berechtigterweise gesagt wird: Bevor diese Finanzhilfen

kommen, hat das Strukturreformkonzept vorgelegt zu werden. Es fehlt ein überzeugendes Einsparungsprogramm und es fehlt ein überzeugendes Strukturverbesserungskonzept. Also der marode Vorstand der Edelstahlwerke hat bis zur Stunde nichts Überzeugendes geboten.

Ich zitiere einige Presseauszüge.

Die „Presse“ am 9. September 1979: „Noch im September Beschlüsse über die Edelstahlsanierung.“

Die „Salzburger Nachrichten“ schrieben am gleichen Tag: „Edelstahl: Wenig Aussicht auf Sanierung. Die Gewerkschaften bremsen.“

Die „Kleine Zeitung“ berichtete am 11. September dieses Jahres: „Abtausch für Judenburg durch einen anderen Betrieb. Dagegen Abwehrfront der Betriebsräte.“

Die „Wiener Zeitung“ wieder meinte am 14. September dieses Jahres: „Hilfe für das VEW-Werk Judenburg. Beträchtlicher Einsatz der Bundesregierung soll Schließung dieser Fabrik verhindern.“ Konkrete Details dazu habe laut „Wiener Zeitung“ der Herr Bundeskanzler für die Zeit innerhalb eines Monats angekündigt.

Herr Staatssekretär! Dieser Monat ist abgelaufen. Heute wäre der geeignete Anlaß, um diese Ankündigung, um dieses Versprechen, das der Öffentlichkeit gegenüber, den Betrieben und den Belegschaften gegenüber gegeben wurde, im Nationalrat zu realisieren. (Beifall bei der FPÖ.) Kann man dazu also etwas Konkretes erfahren, oder wird heute wieder mit dem üblichen Blabla über die Realitäten hinweggegangen?

Man darf sicher eines nicht übersehen: Der bis zur EG-Assoziierung für die Alpine bestandene Zwang, und der war besonders betrüblich, den Inlandsmarkt zu den von der Paritätischen Kommission festgelegten Tiefpreisen beliefern zu müssen, fand in der Vernachlässigung notwendiger Investitionen einen bedauerlichen Niederschlag und ist eine der Ursachen für die hohen Verluste der steirischen Konzernbetriebe. Diese Ursache kann man allerdings dem Management der seinerzeitigen Alpine nicht anlasten; dafür sind andere Umstände maßgeblich gewesen.

Laut „Salzburger Nachrichten“ klaffen die Ansichten über das nunmehrige Sanierungskonzept zwischen Firmenvorstand und Belegschaftsvertretung bei den Vereinigten Edelstahlwerken weit auseinander. Wenn der Vorstand der Vereinigten Edelstahlwerke die Belegschaft und damit den Betriebsrat von der Richtigkeit seines Reformkonzeptes nicht überzeugen kann, dann wird dieses Konzept nie ein zielführendes

Peter

sein. Es gibt hier sogar divergierende Berechnungen zwischen dem Vorstand einerseits und den Gewerkschaften andererseits. Diese divergierenden Berechnungen zwischen Unternehmensleitung und Belegschaftsvertretung sollen sozusagen jetzt von einer eingesetzten Kommission geprüft, koordiniert und auf einen Nenner gebracht werden.

Herr Staatssekretär! Diese Kommission gibt es: Koordinator ist der Bundeskanzler, und sein erster Gehilfe ist der ÖIAG-Vorstandsdirektor Brauneis.

Nächste Frage: Was ist konkret bei dieser Koordination herausgekommen? Welche Berechnungen stimmen, die des Managements oder die der Gewerkschaft? Darauf eine Antwort zu bekommen, hat jeder in den Vereinigten Edelstahlwerken Beschäftigte ein Recht. Geben Sie bitte diese Antwort! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Nun hat der Generaldirektor der ÖIAG erklärt: Den Weg der Strukturverbesserung fortsetzen! Welchen Weg? Im Juli hat Generaldirektor Dr. Grünwald diese Ankündigungen gemacht, im Oktober dieses Jahres zeichnet sich nach wie vor kein Weg für die Strukturreform der Vereinigten Edelstahlwerke ab.

Die umstrittene Neufassung des Strukturprogramms des Vorstandes der Vereinigten Edelstahlwerke wird sogar von der Belegschaftsvertretung verworfen.

Wie werden also die weiteren Wege zu beschreiten sein? Welche Konzepte liegen in diesem Zusammenhang vor? Und für welche Konzepte entscheidet sich der Eigentümervertreter?

Allerdings gibt es verstaatlichte Unternehmungen - das muß der Ordnung und der Vollständigkeit halber festgehalten werden -, in denen das Management größte Anstrengungen unternimmt, mit den bestehenden Schwierigkeiten nicht nur fertig, sondern auch erfolgreich fertig zu werden.

10 Milliarden Schilling sind seit 1974, dem ersten Jahr nach der Fusion, bisher aufgewendet worden, um den Stahlbereich in Ordnung zu bringen. Ab 1981 soll die Stahlküche im VÖEST-Alpine-Bereich wieder einen entsprechenden Gewinn bringen. Dazu und zu allen anderen Anstrengungen kann man diesem Management nur ein herzliches „Glück auf“ sagen.

Die VÖEST beliefert in einer überaus harten Konkurrenzsituation 18 Automobilwerke mit Blechen.

Meine Damen und Herren! Jede zweite Mercedes-Karosserie wird aus VÖEST-Blech erzeugt.

Bei BMW-Karosserien beträgt der Anteil des VÖEST-Blech nach wie vor 40 Prozent.

Das bedeutet in dieser unerhörten Konkurrenzsituation eine außerordentliche Leistung von Management und Belegschaft, die nicht hoch genug zu Buche geschlagen werden kann.

Deutsche Stahlwerke kommen, man müßte sagen, Gott sei Dank, für Mercedes- und BMW-Karosserien deshalb nicht in Frage, weil ihre Bleche den Anforderungen der Besteller nicht entsprechen.

In dieser Tatsache ist weiter ein großes Lob für unsere VÖEST-Alpine Ingenieure und Arbeiter enthalten, dem auch Ausdruck verliehen werden muß, gerade dann, wenn man andere Bereiche der verstaatlichten Unternehmungen einer berechtigten Kritik unterzieht.

Das VÖEST-Alpine-Management hat eben ein überzeugendes Strukturreformprogramm vorgelegt. Es zeichnet sich aus durch größtmögliche Flexibilität, durch größte Wachsamkeit gegenüber Rohstoff- und Energiekosten, durch Erhöhung des Finalanteiles, was von entscheidender Bedeutung ist, durch eine entsprechende Kostensenkung, durch eine rationalisierende Qualitätsverbesserung und nicht zuletzt durch neue Technologien. Mit Hilfe dieses Konzepts soll der Weg bis 1981 wieder in die schwarzen Zahlen führen.

Eine wohlüberlegte Führung und eine weit-sichtige Planung stärken die Partnerschaft zwischen Unternehmensleitung und Belegschaft. Ein nicht überzeugendes Reformkonzept des Managements wie in den Vereinigten Edelstahlwerken schwächt die Partnerschaft zwischen Unternehmensführung und Belegschaft.

Diese Dinge, Herr Staatssekretär, hätte der Eigentümervertreter meines Erachtens längst zu bedenken gehabt.

Die Belegschaft begegnet hier mit Mißtrauen und Vorbehalten dem Management, und die Belegschaft begegnet dort mit Vertrauen der Unternehmensführung.

Über das Betriebsklima, das sich daraus ergibt, brauchen wir keine weiteren Worte zu verlieren.

Aber wir haben halt jüngst auch erlebt, daß der Generaldirektor der VÖEST-Alpine AG, Dipl.-Kfm. Apfalter, für den Konzern eine entsprechende Anweisung erteilt hat, nämlich aus allen Abteilungen 10 bis 20 tüchtige Nachwuchskräfte zu nominieren und sie einer besonderen Förderung und Ausbildung zu unterwerfen.

Wie schaut es mit diesen Dingen in anderen

**Peter**

Bereichen der verstaatlichten Unternehmungen aus? Das ist Vorbereitung auf die Zukunft, das ist Vorbereitung auf einen noch härter werdenden wirtschaftlichen Konkurrenzkampf.

Und das, Herr Staatssekretär, vermißt man eben in weiten Bereichen verschiedener Betriebe. Hier Führungsvorsorge, dort Führungsverhältnisse!

Jetzt setzen wir uns einmal mit den Führungsverhältnissen im Bereich der verstaatlichten Unternehmungen auseinander! Wenn ein Privatwirtschaftstreibender Führungsverhältnisse begeht, dann treibt er in den Ausgleich oder in den Konkurs. Wenn ein Manager in den verstaatlichten Unternehmungen Führungsverhältnisse begeht, wird er in Pension geschickt, mit einer entsprechenden Abfertigung.

Das ist eben ein Unterschied, an dem man nicht vorbeigehen kann.

Daraus müßte es jetzt endlich eine Konsequenz geben. Dort, wo das Management in den verstaatlichten Unternehmungen versagt – dies ist leider da und dort der Fall –, müßten endlich daraus die personellen Konsequenzen gezogen werden. Und daß in einigen Betrieben diese Konsequenzen noch immer nicht gezogen worden sind, das, Herr Staatssekretär, ist ein schwerer Vorwurf, den wir Freiheitlichen an die Eigentümervertreter zu erheben haben. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Hier stehen klare Entscheidungen und klare Konsequenzen der ÖIAG aus. Wie steht es hier mit der härteren Gangart des Herrn Generaldirektors Dr. Grünwald gegenüber jenem Management, das versagt hat?

Die Gegenfrage lautet, Herr Staatssekretär: Werden jene Betriebe, in denen das Management tauglich und vorzüglich ist, entsprechend gefördert und unterstützt, was ihre Investitionstätigkeit anbelangt?

Meine Damen und Herren! Die freiheitlichen Abgeordneten nehmen diesen ÖIAG-Bericht zur Kenntnis. Die Zurkenntnisnahme ist aber kein Freibrief und kein Blankoscheck für jene negativen Zustände, die in einigen Betrieben bedauerlicherweise gegeben sind.

Unsere Zurkenntnisnahme ist ein Ja zu den Leistungen jener im verstaatlichten Bereich höchst leistungsfähigen Unternehmensführungen.

Unsere Zurkenntnisnahme ist ein Ja zur Qualitätsarbeit der Ingenieure, Kaufleute, Arbeiter und Angestellten in den verstaatlichten Unternehmungen.

Unsere Zurkenntnisnahme ist weiter ein Ja zu

den bestehenden verstaatlichten Unternehmungen in unserem Lande im allgemeinen.

Aber wir setzen als Freiheitliche ein Nein zum noch immer vorhandenen rot-schwarzen Führungsproporz in den verstaatlichten Unternehmungen, und wenn im Management verschiedener Bereiche die Dinge nicht in Ordnung sind, dann ist das auf die Wurzeln des schwarz-roten Führungsproporzes von einst zurückzuführen. *(Neuerlicher Beifall bei der FPÖ.)*

Wir Freiheitlichen sagen nein dazu, daß die verantwortlichen Eigentümervertreter diesen Führungsschwächen jahrelang tatenlos zugesehen haben, daß Schwächen im Management jahrelang mitgeschleppt wurden und werden und daß damit entscheidende Probleme der verstaatlichten Unternehmungen ungelöst geblieben sind.

Wir Freiheitlichen sagen weiter nein dazu, daß ihrer Aufgabe nicht gewachsene Manager die Tatsache verursachen, daß Arbeitsplätze in den verstaatlichten Betrieben gefährdet werden. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Dipl.-Kfm. Gorton. Ich erteile es ihm. *(Abg. Peter, der beim Verlassen des Rednerpultes ausrutschte, jedoch durch eine geschickte Gegenbewegung einen Sturz verhindern konnte: Ich weiß nicht, ob mir die Roten oder die Schwarzen diese Rutschen gestellt haben! – Heiterkeit. – Abg. Dipl.-Vw. Jossack: Es kann der Kaugummi von Graf gewesen sein! – Neuerliche Heiterkeit.)*

Abgeordneter Dkfm. **Gorton** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Um eingangs auf die tatsächliche Berichtigung des Abgeordneten Kokail zurückzukommen, wo er gesagt hat, in Fohnsdorf dürfen keine Schließungsmaßnahmen erfolgen, bevor nicht Ersatzarbeitsplätze gefunden wurden, beziehungsweise dann in diesem Zusammenhang auch den Vergleich gebracht hat, wie anders es bei der LAKOG seinerzeit gewesen wäre, möchte ich doch den Herrn Abgeordneten Kokail – der im Augenblick nicht hier ist – daran erinnern – und das möchte ich keinem anderen Betrieb wünschen –, wie es damals bei der LAKOG war. Wir hatten damals unter der Regierung Klaus eine Grubenbrandkatastrophe bei der LAKOG, wie sie nirgends, in keinem anderen Betrieb, bisher vorgekommen ist, und nur unter dem Druck dieses furchtbaren Ereignisses und der damaligen besonders schwierigen Situation, des Preisverfalls am Braunkohlesektor, war die Regierung gezwungen, abzuwägen, was kurzfristig zu geschehen hat.

**Dkfm. Gorton**

Ich war selbst damals im LAKOG-Aufsichtsrat. Wir hatten uns bemüht, hier andere Wege zu finden. Es war nicht möglich, und letzten Endes ist diese Schließung damals auch im Einvernehmen mit den Gewerkschaftsvertretern erfolgt. Ich darf daran erinnern, daß damals das sogenannte Rehor-Gesetz geschaffen wurde, alles Maßnahmen, die für die Mitarbeiter in diesem Betrieb von der damaligen Regierung Klaus gesetzt wurden. Und ich finde es mehr als unfair, wenn bei den schwierigen Verhältnissen, wie sie damals geherrscht haben, Herr Abgeordneter Kokail hier Vergleiche anziehen will. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Wenn Kokail sich weiters dagegen verwahrt hat, daß Judenburg mindestens gleich vertreten wäre wie die anderen VEW-Teilbetriebe, und hier angeführt hat, daß der Herr Bundeskanzler sich auch ab und zu in Judenburg einfindet, um die Probleme zu studieren – das wollen wir ihm gar nicht abstreiten. Aber, Herr Abgeordneter Kokail, ich kann Ihnen nur eines sagen: Unser Betriebsrat Abgeordneter Burger ist häufig in Judenburg, um sich um die Fragen und um die Probleme der dortigen Mitarbeiter zu kümmern, und Burger hat in seinen Ausführungen immer wieder auf die Situation in Judenburg hingewiesen. Ich glaube, daß die ÖVP-Vertreter zweifellos die Interessen auch des Werkes Judenburg auf politischer Ebene zu vertreten wissen, und ich möchte dafür dem Abgeordneten Burger auch hier sehr herzlich danken. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Ich möchte aber, bevor ich mit meinen eigentlichen Ausführungen dann fortfahre, weil ich gerade auch beim Werk Judenburg bin, doch auch zu der harten Kritik, durch die vorigen Wortmeldungen hervorgerufen, dem Herrn Abgeordneten Peter eines sagen. Ich glaube, daß bei Beurteilung des Managements der Vereinigten Edelstahlwerke doch auch Berücksichtigung finden müßte – und das wurde von meinem Kollegen Burger hier auch schon gesagt –, daß sich die VEW auf der einen Seite in völliger Abhängigkeit vom Mutterkonzern VÖEST-Alpine befinden und zweifellos in den VEW nichts geschieht, was nicht mit dem Mutterkonzern abgesprochen ist, und andererseits, daß in keinem anderen verstaatlichten Betrieb eine so starke politische Regionalvertretung im Betriebsrat ist wie gerade bei den Vereinigten Edelstahlwerken. Wenn Burger darauf hingewiesen hat, daß in Niederösterreich der Landeshauptmannstellvertreter im Betriebsrat sitzt und in der Steiermark sich ein sozialistischer Landesrat im VEW-Betriebsrat befindet, so glaube ich, daß sicherlich die politische Potenz dieser Betriebsräte sich auf das ganze Manage-

ment irgendwo auch mit auswirkt und daß letzten Endes – und das möchte ich auch ganz besonders hervorstreichen – die Vereinigten Edelstahlwerke ganz besonders unter der Wirtschaftspolitik der Bundesregierung zu leiden haben, daß kein anderer verstaatlichte Betrieb so exportorientiert ist wie die Vereinigten Edelstahlwerke, daß kein Betrieb durch die übertriebene Hartwährungspolitik dieser Bundesregierung in den vergangenen Jahren in seiner Erlössituation so beeinträchtigt war wie die Vereinigten Edelstahlwerke. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Daß unter dieser Belastungspolitik der Bundesregierung auf allen Steuern- und Abgabensektoren – und ich habe gestern in der Fragestunde an den Herrn Bundeskanzler eine diesbezügliche Zusatzfrage gerichtet – sicherlich die Vereinigten Edelstahlwerke ganz besonders zu leiden haben, das soll auch hier nicht ungesagt bleiben.

Und wenn der Herr Abgeordnete Peter hier eine derartige Kritik am Management der Vereinigten Edelstahlwerke hier immer wieder zum Ausdruck gebracht hat, so glaube ich, daß bei objektiver Betrachtung eben all diese Momente auch ins Kalkül zu ziehen sind.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bei Behandlung des Verstaatlichten-Berichtes 1978 heute vor einer Woche im Ausschuß war der Herr Bundeskanzler verhindert, persönlich anwesend zu sein. Ich möchte es nicht verhehlen, auch hier im Plenum das zu bedauern. Ich weiß, daß er auch heute nachmittag durch Verpflichtungen, ich glaube, gegenüber Auslandsbesuchen, verhindert ist, hier anwesend zu sein; es war anscheinend heute vor einer Woche auch so. Ich kann mir sehr gut vorstellen, daß der Herr Bundeskanzler sehr rasch in den vergangenen Jahren seine Meinung über die Staatssekretäre geändert hat, daß das unnötige Beihilfen für die Minister wären. Denn man muß sich wirklich fragen, wo er heute hinkäme, wenn er keine Staatssekretäre im Amt hätte, um die Verstaatlichten-Fragen im Ausschuß oder im Plenum behandelt zu sehen.

Wir haben das zur Kenntnis zu nehmen, es ist natürlich verfassungsmäßig gedeckt, daß er sich durch einen seiner Staatssekretäre vertreten läßt. Es war einmal ja sogar die Frau Staatssekretär Karl, die ihn, glaube ich, voriges Jahr im Ausschuß vertreten hat. In der vergangenen Woche war es in einer Art Stafettenlauf der Herr Staatssekretär Löschnak, weil auch der Herr Staatssekretär Dr. Nussbaumer verhindert war; er hat sich entschuldigt und das sicherlich auch begründet. Aber, meine sehr geschätzten Damen und Herren, ich glaube doch mit Berechtigung hier sagen zu können, daß wir zumindest im



**Dkfm. Gorton**

Ausschuß den Anspruch haben, daß kontinuierlich ein Staatssekretär vertreten ist, denn es ergeben sich dann immer wieder Informationsschwierigkeiten und der später hinzukommende Staatssekretär weiß nicht, was vorher gesprochen wurde. Wir möchten feststellen, daß zumindest der Sektionschef durchgehend vom siebziger Jahr bis jetzt immer der gleiche geblieben ist, und ich glaube, wenn Sie den nicht hätten, dann wäre es wirklich schwierig, hier die richtigen Informationen laufend an uns weiterzugeben. Aber bitte, wenn es so ist, dann soll von mir aus gleich der Sektionschef im Ausschuß sitzen, dann wissen wir wenigstens, wen wir zu befragen haben und wer uns die direkten Antworten geben kann. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Befriedigend scheint mir diese Vorgangsweise im Ausschuß jedenfalls nicht, Herr Staatssekretär Dr. Nussbaumer, und wenn Sie nächstes Mal den Herrn Bundeskanzler vertreten, so möchte ich trotz Ihrer Auslandsverpflichtungen bitten - es muß ja genügen, wenn der Herr Bundeskanzler während einer Ausschußsitzung Verpflichtungen gegenüber ausländischen Gästen hat -, daß wenigstens ein Staatssekretär durchgehend diese Ausschußsitzung besucht und für unsere Fragen zur Verfügung steht. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Das zu dem Wunsch, den wir hinsichtlich der ressortmäßigen Kontinuität der Behandlung von Sitzungen und Fragestellungsmöglichkeiten auch hier vorbringen wollten.

Es mag hier zum Teil vielleicht etwas sarkastisch klingen: Wenn ich zurückdenke, daß sich Anfang der siebziger Jahre der Herr Bundeskanzler keine Gelegenheit entgehen ließ, wenn Verstaatlichten-Fragen behandelt wurden, selbst auch persönlich hier anwesend zu sein! Seine Schwergewichtigkeit in der Betrachtungsweise der ihm obliegenden politischen Aufgaben hat sich scheinbar in diesen letzten acht oder neun Jahren seiner Regierungstätigkeit sehr verlagert: von der Verstaatlichten mehr zur Orientpolitik oder anderem.

Das bleibt sicherlich ihm überlassen, aber er muß es sich dann auch letzten Endes gefallen lassen, daß wir dies hier in irgendeiner Art und Weise feststellen und bei dieser Feststellung sicherlich auch hinzufügen, daß sich unserer Meinung nach die Probleme der verstaatlichten Unternehmungen seit Anfang der siebziger Jahre, als Sie sehr gute Verhältnisse noch aus der Zeit der ÖVP-Regierung im Vergleich zu den heutigen Problemen auf dem Sektor der verstaatlichten Unternehmungen vorfinden konnten, keineswegs verringert haben. Sie wissen wie wir alle in diesem Hause - jene, die sich mit diesen Fragen befassen, können das

auch bestätigen -, daß sich diese Probleme sehr erschwert haben und viel größer geworden sind, als sie es zu Anfang der siebziger Jahre waren. Hier liegt eben die Unterschiedlichkeit in der Gewichtung, die ich auch hier feststellen möchte, und zwar einerseits beim Herrn Bundeskanzler und andererseits bei unserer Betrachtungsweise und unserer Behandlung dieser ganzen Fragen.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Ich möchte aber hinsichtlich des gesamten Bereiches der verstaatlichten Unternehmungen feststellen - das hat unser Hauptsprecher heute ja auch getan -, daß zweifellos die verstaatlichten Unternehmungen eingebettet in die Gesamtwirtschaft zu betrachten sind und daß auch in der Einleitung des Berichtes für das Jahr 1978 zunächst sehr ausführlich die gesamtwirtschaftliche Lage und Situation dargestellt wird. Ich möchte aus diesem Bericht und auch aus der Einleitung doch zwei Fakten herausgreifen, die ich zum Teil schon angedeutet habe.

Zunächst einmal ist auf Seite 2 im Bericht verankert, daß die Wechselkursverschiebungen der letzten Jahre zweifellos die USA, Kanada, Italien, Schweden und Norwegen hinsichtlich ihrer Exportmöglichkeiten im Jahre 1978 sehr begünstigt haben beziehungsweise daß diese Länder ihre Exportsituation auf Grund dieser Wechselkursverschiebungen sehr verbessern konnten.

Österreich hat wohl auch mit größten Anstrengungen seine Exporte halten und zum Teil vielleicht sogar etwas ausbauen können, aber gerade der von mir bereits zitierte Edelstahlbereich hat gegenüber den internationalen Konkurrenten ganz besonders unter dieser übertriebenen Hartwährungspolitik, die in den letzten Wochen nicht nur bestätigt, sondern, ich möchte sagen, sogar noch verschärft wurde, zu leiden gehabt. Die Auftragslage ist im heurigen Jahr jetzt besser geworden. Auch das haben wir im Ausschuß gehört und wissen wir. Aber gerade in dem von mir zitierten Bereich sind die Preise nach wie vor völlig unbefriedigend, und hier ist zweifellos diese Wechselkurspolitik der Bundesregierung nicht unmaßgeblich negativ an dieser Entwicklung beteiligt.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Die zum Großteil schlechten Betriebsergebnisse - das möchte ich als zweites Faktum heranziehen -, die im Jahre 1978 sicherlich zum Teil mit durch die internationale Lage auf den Hauptgebieten der verstaatlichten Unternehmungen hervorgerufen wurden, diese letzten Endes doch nicht befriedigenden Exportergebnisse, die eben am Exportpreisverfallsektor durch die Hartwährungspolitik verschärft wurden, haben schließlich auch eine Schrumpfung des Eigen-

**Dkfm. Gorton**

kapitals mit herbeigeführt. Ich möchte sagen, daß die Finanzierungsfragen heute nach wie vor im Vordergrund stehen, und zwar die Finanzierungsfragen für die verstaatlichten Unternehmungen.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Trotz aller Einzelmaßnahmen, trotz aller Anfragebeantwortungen, die wir bekommen, möchte ich feststellen, daß die neue Bundesregierung, also jene nach den Wahlen vom Mai 1979, unserer Auffassung und unserer Beobachtung nach kein Konzept für die langfristige Lösung dieser Aufgaben vorgelegt hat.

Wir vom Parlamentsklub der Österreichischen Volkspartei haben eine Druckschrift über die Materialien zur verstaatlichten Industrie herausgegeben. Ich glaube, wir haben hier sehr ausführlich und zum Teil auch sehr ins Detail gehend unsere Vorschläge und Anschauungen gebracht, und zwar auch über die Finanzierungsfragen. Ich möchte also nur sehr empfehlen, daß sich auch die Herren von der Bundesregierung und der sozialistischen Fraktion mit diesen unseren Überlegungen sehr ernst und eingehend befassen und mit uns auch über diese Vorschläge zu diskutieren bereit sind.

Meine Damen und Herren! Diese Finanzierungsfragen hängen natürlich auch mit den Möglichkeiten der Eigenkapitalbildung in Österreich überhaupt zusammen. Wir betonen immer - das wurde auch heute schon mehrfach sehr unterstrichen -, daß natürlich unsere verstaatlichten Unternehmungen keine Privilegierung gegenüber der anderen Industrie haben können, daß wir nur eine gemeinsame Industrie in Österreich haben, die unter denselben Bedingungen mit den Marktgeschehnissen fertig zu werden und die Markt Voraussetzungen auszunützen hat.

Die Eigenkapitalbildung bei uns in Österreich hat sicherlich durch die Steuer- und Belastungspolitik der Bundesregierung sehr zu leiden gehabt, und zwar auch in der verstaatlichten Industrie. Daher hat sie ja auch sehr wenig Eigenkapital. Sie hat durch diese grundsätzlich von uns abgelehnte Politik der Bundesregierung in den letzten Jahren besonders zu leiden gehabt. Ich erinnere an die Erhöhung der Vermögensteuer, ich erinnere an die Belastungswelle des 2. Abgabenänderungsgesetzes, ich erinnere an die Lkw-Steuer. Das ließe sich hier noch weiter aufzählen. Ich könnte also eine Reihe von Zahlen für die verstaatlichte Industrie und für diesen Bereich bringen, aber das würde sicherlich hier zu weit führen.

Ich möchte also in diesem Zusammenhang bei Betrachtung des Verstaatlichtenberichtes nochmals unsere Forderungen und unsere Wünsche

wiederholen, nämlich daß diese Bundesregierung nicht nur endlich einen Steuerbelastungsstopp herbeiführen soll, sondern auch mit gezielten Steuer- und Belastungsreformen dahin gehend zu wirken hat, daß die Unternehmungen in der Lage sind, durch Eigenkapitalbildung auch einen höheren Anteil ihrer Investitionen mitzufinanzieren.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Wir haben voriges Jahr gerade zu den Finanzierungsfragen auch vom Herrn Bundeskanzler Gedanken oder Überlegungen gehört, daß die ÖIAG, die ja auf Grund der budgetären Lage vom Bund höchstens die Dividendenrückführung, die sie selbst an den Bund ausschüttet, wieder als Mittelzuführung für Eigenkapitalaufstockungen erwarten kann und der die Finanzierung und Eigenkapitalausstattung ihrer Tochterbetriebe obliegt, für weitere Fremdmittelaufnahmen aus dem Budget allenfalls Zinsstützungen erhalten soll, die sie später dann wieder einmal durch Dividendenleistungen zurückzahlen könnte oder zurückzahlen soll. Es war voriges Jahr ein Gedanke des Herrn Bundeskanzlers, den er auch im Plenum, glaube ich, dargebracht hat, die ÖIAG solle, ich möchte sagen, einen zinsenlosen Zinsstützungskredit auf unbestimmte Zeit bekommen. (*Präsident Thalhammer übernimmt den Vorsitz.*)

Ich möchte also heute an den Herrn Staatssekretär in Vertretung des Herrn Bundeskanzlers die Frage stellen, wieweit diese Überlegungen beziehungsweise solche Pläne gediehen sind. Es ist zwischenzeitlich ein Jahr vergangen, und man hat jetzt nichts mehr gehört davon. Wenn es sich dabei auch wieder nur um eine zusätzliche Verschuldung der ÖIAG handeln sollte, so ist es doch eine Fremdkapitalkrücke, möchte ich sagen, die hier der ÖIAG in Aussicht gestellt wurde. Ich möchte nur wissen, ob man sich damit weiter befaßt hat. Vielleicht weiß es der Herr Sektionschef, damit wir vielleicht irgendwie eine Antwort bekommen, was hier weiter geplant ist.

Ich möchte aber hier sagen - und das habe ich auch voriges Jahr gesagt -: Wenn der Staat seiner Aufgabe als Monopolkapitalist der ÖIAG, aus welchen Gründen auch immer, nicht mehr nachkommen kann, dann wird er andere Finanzierungsquellen zu suchen haben, die nicht gleichzeitig eine totale Verschuldung bedeuten; darüber ist ja auch heute schon gesprochen worden. Ich möchte also sagen, daß zur Verbreiterung des Eigenkapitals Wege zu finden sein werden, die bei Wachstumsmöglichkeiten auch inländischen interessierten Anlegern, vor allem aber auch den Mitarbeitern der Unternehmen, eine Beteiligungsmöglichkeit bieten sollen.

**Dkfm. Gorton**

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Das ist kein Ausverkauf der verstaatlichten Industrie, sondern das wäre nur eine Ausschöpfung aller marktwirtschaftlichen Möglichkeiten, von denen wir glauben – und auch solche sind in unserem Programm und in unseren Materialien zur verstaatlichten Industrie enthalten –, daß man sich mit solchen Überlegungen und solchen Möglichkeiten auch ernstlich befassen sollte.

Ich möchte jetzt doch noch auf eine Frage zu sprechen kommen, die heute in der Fragestunde bereits behandelt wurde und die mir im Zusammenhang mit den verstaatlichten Unternehmungen von nicht zu übersehender Bedeutung erscheint. Das sind die sicherlich zu überlegenden Bedenklichkeiten bezüglich der Superförderung an den General Motors-Konzern aus österreichischen Steuermitteln in Höhe von zirka 1,5 Milliarden Schilling, was einer Million Schilling pro Arbeitsplatz entspricht. Und dies insbesondere – und das soll keineswegs gegen unsere Wiener Freunde oder die Wiener Bevölkerung gerichtet sein – hinsichtlich des Standortes Wien. Man gibt und entschließt sich zu solchen Superförderungen und leitet sie nicht in dringend anstehende Umstrukturierungsgebiete oder strukturschwache Gebiete.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Aus der Beantwortung des Bundeskanzlers in der heutigen Fragestunde und jener des Herrn Staatssekretärs Dr. Nussbaumer vor einer Woche im Ausschuß möchte ich zunächst einmal einen sehr eklatanten Widerspruch feststellen, der heute, Herr Staatssekretär, aus der Beantwortung des Herrn Bundeskanzlers hervorgetreten ist.

Man kann sicher keinen präsumtiven Investor und schon gar nicht einen ausländischen zwingen, einen vom Staat gewünschten Standort für eine Investition zu wählen. Wie gesagt, einen ausländischen Investor wahrscheinlich am allerwenigsten. Ich glaube aber doch, daß man durch die Möglichkeit differenzierter – sprich: höherer – Förderungsmaßnahmen versuchen kann, zusätzliche Anreize für Neugründungsniederlassungen in strukturschwachen Gebieten oder in zur Umstrukturierung dringend anstehenden Gebieten zu schaffen. Ein strukturschwaches Gebiet ist sicherlich Kärnten und ein an eine Strukturänderung heranstehendes Gebiet ist zweifellos das Gebiet Aichfeld-Murboden. Solche Gebiete sind zweifellos bei uns in Kärnten und im Raum Judenburg und Fohnsdorf. Ich glaube, daß es berechtigt wäre, für dringend notwendige Betriebsansiedlungen – es gibt solche in anderen Gebieten auch, und das Sonderprogramm für die Grenzgebiete beinhaltet ja letzten Endes diese Überlegung –

differenzierte Förderungen zur Ausschüttung zu bringen.

Herr Staatssekretär Nussbaumer hat vor einer Woche im Ausschuß mitgeteilt, daß General Motors bei Ansiedlung in der Steiermark oder in Kärnten von seiten der Bundesregierung höhere Förderungen angeboten worden seien; das heißt, ich habe ihn direkt konkret nach solchen differenzierten Förderungsabsichten gefragt. Er hat zwar nicht sehr klar gesagt, wo die Differenzen waren, ich weiß nicht, ob er sie heute hier sehr genau darlegen kann, aber wir glauben, daß dort, wo echte Arbeitsplatzmängel vorhanden sind oder wo – ich möchte den Ausdruck Notstandsgebiet nicht in den Mund nehmen – strukturschwache Gebiete sind, sicherlich eine Berechtigung besteht, mit einer erhöhten Förderung diese Gebiete in neue Strukturen hinüberzuführen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Der Herr Staatssekretär Nussbaumer hat vor einer Woche gesagt, die Bundesregierung hat das angeboten. Heute hat der Herr Bundeskanzler nichts davon gewußt. Er hat das keineswegs bestätigt, sondern ganz im Gegenteil, er hat gesagt, hier wurde dieses Angebot gemacht, und es war überhaupt kein Gleichklang in den Aussagen des Herrn Staatssekretärs vor einer Woche und der Fragebeantwortung des Herrn Bundeskanzlers heute. Ich bedauere es, daß er nicht hier ist, um in Konfrontation diese Differenzierung der Aussagen hier aufzuklären, aber vielleicht wird der Herr Staatssekretär zumindest versuchen, diese aufzuklären.

Meine Damen und Herren! Die enorme staatliche Förderung, die dem weltgrößten Konzern General Motors für seine Ansiedlung in Wien zugesagt wurde, also zirka 1 Million Schilling pro Arbeitsplatz, sei sozusagen eine einmalige Ausnahme. Auch das hat der Herr Staatssekretär Nussbaumer vor einer Woche im Ausschuß gesagt. Ich möchte diese Aussage nicht einer unbedingten Wertigkeit unterziehen, aber ich möchte doch hier feststellen, daß unser Landesparteiobmann und Landesrat Knafl in Kärnten gesagt hat, man möge die Neuschaffung eines Arbeitsplatzes bei uns in Kärnten mit nur 60 000 Schilling prämiieren, und daß – die Herren von der sozialistischen Kärntner Fraktion werden es sicherlich bestätigen, ich sehe zwar im Augenblick keinen hier – Herr Landeshauptmann Wagner das mehr oder weniger abgelehnt hat.

Dieser Vorschlag, dieser Gedanke wurde überhaupt nicht aufgegriffen, aber die Bundesregierung fördert einen Arbeitsplatz mit 1 Million Schilling – allerdings nicht in Kärnten, sondern im Gebiet von Wien. Wir gönnen es den

**Dkfm. Gorton**

Wienern herzlich, daß sie von der Bundesregierung die Förderung des U-Bahn-Baues, die UNO-City und so weiter alles bekommen haben. Ich sage noch einmal, wir gönnen es den Wienern, aber ich glaube, daß eine solch differenzierte Förderung mit einer Strukturpolitik und einer Regionalpolitik in dieser Art und Weise sicherlich nicht in Einklang zu bringen ist.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Ich möchte noch einmal sagen: Ich will nicht die unbedingte Schlußfolgerung ziehen – auch jetzt im Zusammenhang mit General Motors –, daß, je größer das Unternehmen ist, das gefördert wird, desto höher auch die Förderung pro Arbeitsplatz durch die Regierung sein soll. Aber zwei Erkenntnisse seien doch hier angebracht: Bei den zwei widersprüchlichen Aussagen des Herrn Bundeskanzlers und seines Staatssekretärs glaube ich mehr dem Kanzler. Das heißt, ich habe den schweren Verdacht, Herr Staatssekretär, daß General Motors für die Ansiedlung im Raum Aichfeld-Murboden oder in Kärnten keine höhere Förderung als in Wien angeboten wurde, sondern daß man dieselbe Förderung da wie dort gegeben hat, daß man also in bezug auf die Struktur- und Regionalpolitik von der Regierung nicht die richtigen Akzente gesetzt hat und es dadurch der Bundesregierung nicht gelungen ist, das heißt, sie hat meiner Meinung nach keineswegs alle Möglichkeiten ausgeschöpft, mit diesem enormen Förderungsprojekt auch die notwendige regionale Strukturpolitik im richtigen Maße durchzuführen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Die Sonderförderungen in den Grenzgebieten und die Strukturförderungen, glaube ich, sind doch ein sehr wesentlicher Aspekt, der auch mit der Behandlung der Fragen der verstaatlichten Industrie zusammenhängt. Mit enormer Förderung ist meiner Meinung nach hier eine weitere industrielle Konzentrationspolitik verfolgt worden, die letzten Endes Steuermittel aus ganz Österreich für Förderungen in den zentralen Raum lenkt, wo das Arbeitskräftepotential doch wesentlich mehr ausgeschöpft erscheint als in den strukturschwachen Gebieten oder zumindest die Umstrukturierungsnotwendigkeiten keineswegs so anstehen wie im Judenburg oder im Kärntner Raum.

Ich möchte also zweitens auch noch die Tatsache hier nicht unerwähnt lassen, daß für die Schaffung neuer Arbeitsplätze unterschiedliche Förderungen in derartigem Ausmaß aus Steuermitteln gewährt werden und daß hier doch der Herr Bundeskanzler auch gestern bei Beantwortung der Anfrage 7 in der Begründung der Förderung hier mit eingeflochten hat, daß man sich besonders bemüht, die internationalen

Unternehmungen hier nach Österreich hereinzubringen.

Meine Damen und Herren! Ich glaube also doch, daß in den Förderungsmaßnahmen der Bundesregierung auch sehr strenge und gerechte Maßstäbe anzusetzen wären und daß hier doch eine weitgehende Diskriminierung unter Umständen von inländischen investitionsbereiten und neu arbeitsplatzschaffenden Firmen entstehen kann oder zweifellos auch entstehen wird, die mir keineswegs unbedenklich erscheint. Man wird sich sehr genau überlegen müssen, wie man in Zukunft vorzugehen hat, und wir werden noch zu prüfen haben, welche Folgerungen und welche Folgen diese Maßnahme auch setzen wird.

Herr Staatssekretär! Der Herr Bundeskanzler hat gesagt, daß mit diesen Mitteln ja Maschinen und Zulieferungen österreichischer Firmen mit bezahlt werden. Ja, meine sehr geehrten Damen und Herren, das wäre ja noch trauriger, wenn wir aus Steuermitteln einen internationalen Konzern zu einem Drittel die gesamten Investitionen mitfinanzieren und wenn dann noch diese aus Steuermitteln aufgebrachtten Förderungen für Importgüter oder zur Bezahlung von Importgütern verwendet werden sollten. Also wenn wir schon so weit wären, dann würde man sich ja wirklich an den Kopf greifen, welche Maßnahmen hier gesetzt werden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich möchte die Frage anders stellen, Herr Staatssekretär: Was wird mit den zwei Dritteln der anderen Investitionsmittel, die aus dem Ausland kommen, bezahlt werden? Aus den Ausführungen geht ja hervor, ein Drittel der Gesamtinvestitionen wird vom Bund und der Gemeinde Wien bezahlt und zwei Drittel werden doch Kapitalien sein oder Mittel, die die Unternehmung aus dem Ausland hereinbringt. Mich würde mehr der Anteil interessieren, der aus den hereinkommenden Investitionsmitteln für inländische Aufträge verwendet wird. Daß unsere eigenen Mittel für inländische Firmen zur Bezahlung solcher Aufträge verwendet werden, ist wohl selbstverständlich. Aber was wird von den anderen Mitteln an inländischen Lieferungen bezahlt werden? Das wäre also hier interessanter.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Ich möchte doch auch noch eine persönliche Bitte hier einflechten. Wir haben vorige Woche gehört, und heute ist das ja letzten Endes auch bestätigt worden, daß hinsichtlich der Sonderförderungsgebiete gleichgeschaltet mit den Grenzgebieten das Gebiet Aichfeld-Murboden einbezogen wurde. Das Gebiet in Hüttenberg und die anderen Seitentäler, die strukturschwachen Täler in Kärnten oder auch im Lungau und

**Dkfm. Gorton**

so weiter sind hier nicht mit drinnen. Es ist auch gar kein Antrag vom Landeshauptmann Wagner gestellt worden, auch das haben wir heute bestätigt gefunden. Aber wenn ich Hüttenberg als von der VÖEST-Alpine aufgelassenen Betrieb nehme: Hier sind überhaupt keine Ersatzarbeitsplätze geschaffen worden, sondern die Leute, die noch da oben Arbeit suchen wollen, müssen weithin auspendeln. Aber in Hüttenberg soll ein Geozentrum geschaffen werden. Herr Staatssekretär! Sie konnten mir vorige Woche auch nicht sagen, daß dieses Geozentrum gefördert wird. Wenn ihr etwas Gutes an dem verarmten Hüttenberg tun wollt, dann kümmert euch um diese Frage und um diese Pläne und seid auch so gut, daß vielleicht aus dem Milliardenregen der Förderungen irgendein Brosamen für dieses Projekt Hüttenberg abfällt.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Ich komme zum Schluß und darf feststellen: Auch diese neue Bundesregierung hat für die verstaatlichten Unternehmungen nach wie vor kein mittel- oder langfristiges Finanzierungs-konzept, nach dem zielbewußt vorgegangen werden kann. Ich möchte auch weiter feststellen, daß diese Bundesregierung gerade jetzt bei diesen enormen Förderungen, die gegeben werden, keine Strukturpolitik betrieben hat, keine Regionalpolitik im guten Sinne des Wortes, und daß letzten Endes doch eine durch die Aussagen des Herrn Bundeskanzlers und des Herrn Staatssekretärs bedenkliche Förderungsdiskriminierung hinsichtlich Schaffung neuer Arbeitsplätze für Mittel- und Kleinbetriebe gegenüber den internationalen Großbetrieben hier kreierte wurde.

Herr Staatssekretär, ich möchte einen Wunsch hier abschließend zum Ausdruck bringen: Wenn wir, die Österreichische Volkspartei, wiederum unseren Antrag für ein Mittelstandsgesetz hier einbringen werden, das gerade die mittleren und kleinen Unternehmungen in Zukunft besserstellen soll, daß sich die Bundesregierung wenigstens diesem unseren Initiativantrag entsprechend aufgeschlossen erweisen möge. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident **Thalhammer**: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Erich Schmidt. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. **Schmidt** (SPÖ): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Niemand möchte die großen Leistungen der privaten Unternehmer in Österreich schmälern, die sie gebracht haben, um die Vollbeschäftigung aufrechtzuerhalten. Aber es ist zweifellos so – und davon kann ich von meinen gestrigen Äußerungen nichts zurücknehmen,

Herr Abgeordneter Graf –, daß der gemeinwirtschaftliche Sektor und im besonderen die verstaatlichte Industrie eben einen – und das ist empirisch nachweisbar – natürlich relativ höheren Anteil an dieser Vollbeschäftigungspolitik hatte und hat.

So schlecht war ja auch die Wirtschaftspolitik offensichtlich nicht, nachdem wir eine Vollbeschäftigung haben, die es in keinem anderen Land gibt, bei gleichzeitiger Stabilität und maximalem Wachstum, einem Wachstum, das 1979 über jenem Japans liegt.

Meine Damen und Herren! Ich möchte, bevor ich zum Thema, nämlich über den Bericht der verstaatlichten Industrie, spreche, vielleicht eines klarstellen und beantworten, damit also das, was in Zeitungen falsch zitiert wurde, dann hier aufgegriffen wird, nicht immer weitergetragen wird. Es geht bei der Frage der Reform oder der Überlegungen der Reform der Struktur der Konzernbetriebe der Banken nicht um eine formale Frage, Holding ja oder Holding nein, Herr Kollege Graf. Das hat ja auch in Wirklichkeit keine Organisation in irgendwelchen Beschlüssen verlangt. Sondern das, was in Frage gestellt werden muß und in Frage gestellt wurde, ist, wie weit industriepolitische Zielsetzungen mit bankpolitischen Zielsetzungen vereinbar sind, und man kann es sich nicht so einfach machen und sagen: Hier geht es um nicht nichts anderes als um Verstaatlichungs-ideen neuer Natur. Die Holdingvariante für branchenverschiedene oder branchenverwandte Betriebe haben ja gar nicht die sozialistischen Abgeordneten aufgebracht, sondern Sie haben sogar im Jahr 1966 mit einem Beharrungsbeschuß die Holding für die verstaatlichte Industrie durchgesetzt. Wie weit diese Vorstellungen von interner politischer Beeinflussung getragen waren oder nicht, lassen wir zunächst einmal dahingestellt. Mir scheint es aber notwendig, meine sehr geehrten Damen und Herren, das hier einmal klarzustellen. Es geht darum, daß man über sinnvolle Industrie- und Entscheidungsstrukturen diskutiert. Das hat überhaupt nichts mit Verstaatlichung zu tun, sondern das hat etwas damit zu tun, daß wir eben großes Interesse haben, daß Betriebe möglichst lebensfähig erhalten werden und Arbeitsplätze gesichert, aber nicht verringert werden.

Zum dritten. Bevor ich zu meinen Ausführungen komme, möchte ich mich auch mit der Frage der Hartwährungspolitik hier klar und deutlich befassen.

Alle jene, die glauben, daß mit einer anderen Währungspolitik einer VEW geholfen worden wäre – hätte man zum Beispiel eine Entwicklung eingeleitet, um mit deren wichtigstem Handels-

**Dr. Schmidt**

land, in diesem Fall war das Italien, und seiner Währung Schritt halten zu können -, alle jene, die glauben, daß wir den Schilling so hätten abwerten können, liegen völlig im Irrtum. Es ist ein Irrtum, wenn man glaubt, dann noch Stabilitätspolitik machen zu können.

Alle jene Länder, die Abwertungspolitik gemacht haben, mußten das sehr, sehr teuer mit einer relativ hohen Inflationsrate bezahlen. Denn die kurzfristigen Vorteile, die vielleicht für die Exportwirtschaft bestehen, sind mittelfristig keine Vorteile, sondern Nachteile, weil sehr rasch durch eine Veränderung der Kostenstruktur Nachteile entstehen.

Außerdem hat noch niemand, der die Politik so angegriffen hat, wirklich versucht, eine Art Kosten-Nutzen-Rechnung aufzustellen. Eines muß man schon sagen: daß die meisten Unternehmen auf Grund der Hartwährungspolitik natürlich Rohstoffe und Halbfertigwaren billiger importieren.

Ich möchte noch einmal sagen: Stabilitätspolitik und Hartwährungspolitik sind sicherlich sehr eng miteinander verbunden. Daß wir eine Stabilitätspolitik unter Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung in Österreich erreichen konnten, das hat sich ja schon herumgesprochen, ist allgemein bekannt und eine wichtige und fast einmalige Entwicklung in den westeuropäischen Industrieländern.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! In der Eisen- und Stahlindustrie war die internationale Entwicklung im Jahre 1978 von sozialen Spannungen und schweren Branchenkrisen gekennzeichnet. Es gab Verschärfungen, langanhaltende Streik- und Aussperrungsaktionen in der deutschen Stahlindustrie und um die Jahreswende die explosive Situation in den französischen Stahlrevieren.

Staatliche Interventionen in fast unbekanntem Ausmaß waren dafür notwendig. In Frankreich und in Belgien kam es zu einer De-facto-Verstaatlichung der Stahlhütten, und in der Bundesrepublik Deutschland gab es mit staatlicher Unterstützung eine Zusammenfassung der Saalhütten im ARBED-Konzern.

In Schweden gab es eine Konzernierung der Massenstahlhersteller unter fünfzigprozentiger Staatsbeteiligung, eine Reorganisation der Edeltahlerzeugung mit staatlicher Hilfe.

Im Ausland reagierte man also auf die Strukturkrise, die ja auf diesem Sektor eine weltweite ist, mit der Stilllegung von Kapazitäten und Entlassungen.

Der Beschäftigtenstand im EG-Raum sank in diesem Sektor von 1975 bis 1980 - das hat also einen gewissen Prognosewert, der aber stimmen

wird - um rund 140 000 Beschäftigte, und das bei massivster staatlicher Unterstützung.

So wurden zum Beispiel die Verluste in der französischen Stahlindustrie ab 1975 mit 12 Milliarden französischen Francs bei einer Gesamtverschuldung von 50 Milliarden französischen Francs und bei einem Jahresumsatz von 30 Milliarden französischen Francs beziffert.

Wenn man also sieht, daß es in Österreich gelungen ist, daß die verstaatlichte Industrie - ihrer gesamtwirtschaftlichen Verantwortung bewußt - die negativen Auswirkungen dieser Krise nicht auf die Beschäftigung durchschlagen lassen hat, so sieht man auch, daß diese Politik in einigen Unternehmen trotz Unterstützung durch die Arbeitsmarktpolitik zu einem beträchtlichen Verzehr der betrieblichen Substanzen geführt hat. Am stärksten betroffen sind dabei sicherlich die Vereinigten Edelstahlwerke.

Die Schaffung der organisatorischen Voraussetzungen, die Schritte zur Zusammenlegung von Produktionen, die Bereinigung der Produktions- und Erzeugungsstruktur und der Ausbau im Finalsektor werden daher wesentlich unterstützt werden müssen.

Wenn auch der Spielraum der verstaatlichten Unternehmen und der ÖIAG-Gruppe als ganzes für die Übernahme von Lasten aus gesamtwirtschaftlichen Verpflichtungen, um die beschäftigungs- und die regionalpolitischen Zielsetzungen zu erfüllen, eng begrenzt ist, so ist es trotzdem gelungen, daß die verstaatlichte Industrie wesentlich gesamtwirtschaftliche Verantwortung in ihren Bemühungen getragen hat.

Wir wissen alle, daß die Stahlindustrie auch in Österreich von der Strukturkrise nicht verschont geblieben ist, aber die expansive Strategie, die eingeschlagen wurde, um eine betriebliche Verlustminimierung zu erreichen, war erfolgreich und hat volkswirtschaftlich positive Effekte ausgelöst.

Dabei sind, meine Damen und Herren, die stabilisierenden Effekte auf dem Arbeitsmarkt nicht hoch genug zu werten. Denn einmal wurde nicht nur die Beschäftigung im verstaatlichten Sektor stabil gehalten - im Unterschied, wie ich schon gesagt habe, zum Ausland -, sondern es wurde dadurch zweifellos auch die Beschäftigung in anderen Bereichen stabilisiert.

Zudem darf nicht vergessen werden, daß die konsequente Durchführung der Investitionspläne viele Arbeitsplätze in den Zulieferbetrieben sicherte.

Außerdem wurde dadurch bewirkt, daß die Stahlindustrie heute mit modernen Anlagen ausgerüstet ist, die sie auf dem Weltmarkt konkurrenzfähiger macht.

**Dr. Schmidt**

Meine Damen und Herren! Der positive Beitrag der verstaatlichten Unternehmungen beschäftigungspolitischer Natur in Österreich ist eindeutig empirisch nachweisbar. Der stabilisierende Effekt besteht vor allem darin, daß im Krisenjahr 1975 durch weitgehendes Halten der Beschäftigtenzahlen die Rasanz und die Intensität des Einbruches wesentlich abgeschwächt werden konnten.

In den Folgejahren wurde dann vornehmlich im Ausmaß des natürlichen Abganges meist eine Reduktion der Beschäftigtenzahlen vorgenommen, die jedoch in ihrer Intensität, wie ich schon sagte, deutlich geringer war als in wichtigen westeuropäischen Industrieländern.

Wir hatten also für die Beschäftigungspolitik durch das Verhalten der verstaatlichten Industrie einen Niveaueffekt und auch einen Verzögerungseffekt. Das bedeutet konjunkturpolitisch, daß positiv die psychologischen Stabilisierungswirkungen und insbesondere ein abruptes Umkippen der Erwartungen mit der Gefahr von Überreaktionen verhindert werden konnten.

Besonders bedeutend ist dabei, daß auch damit einmal das Entstehen von Arbeitslosigkeit in größerem Ausmaß verhindert werden konnte, da es nämlich klar ist, daß alle Staaten, die in der jüngsten Rezession einmal das Absinken ihrer Arbeitslosenraten zuließen, sich seither nicht mehr aus dieser Situation befreien konnten. Offensichtlich löst dieses einmalige Zulassen hoher Arbeitslosenzahlen negative Selbstverstärkungseffekte aus, die dagegen in der österreichischen Beschäftigungspolitik vermieden werden konnten.

Dazu trug neben der direkten Beschäftigungspolitik auch eben die Weiterführung der hohen Investitionspolitik in der verstaatlichten Industrie bei.

Wenn man nun die Beschäftigungsentwicklung in Österreich mit jener der Industrie einerseits und andererseits im Bereich der verstaatlichten Industrie, im Bereich der ÖIAG vergleicht, so zeigt sich, daß im Jahre 1978 die Industrie um 7,9 Prozent weniger Menschen als 1973 beschäftigt hat.

Rechnet man die Beschäftigungsentwicklung für die Industrie ohne die ÖIAG, so waren es sogar um 9,5 Prozent, das sind rund 54 000 Beschäftigte, weniger.

Hätte die ÖIAG die gleiche Politik betrieben, so wären im Jahre 1978 um ca. 10 600 Arbeitskräfte weniger beschäftigt gewesen, und das hätte eine Veränderung der Arbeitslosenrate im Jahre 1978 von 2,1 Prozent auf 2,5 Prozent betragen.

Meine Damen und Herren! Es zeigt sich ja

auch, daß der Anteil der Industriebeschäftigten der verstaatlichten Industrie im Jahre 1973 16,4 Prozent war und im Jahre 1978 17,9 Prozent.

Ähnliches, wenn auch unterschiedlich, ist auch bei der Veränderung der Lehrlingsbeschäftigung festzustellen. In der Periode 1973 zu 1978 hatten wir eine Zuwachsrate der Lehrlingsbeschäftigten im Bereich der ÖIAG von 49 Prozent und bei der Industrie von 13,4 Prozent. Das zeigt sehr, sehr deutlich, wie stark die Leistung der ÖIAG dazu beigetragen hat, daß es in Österreich keine Jugendarbeitslosigkeit gegeben hat.

Meine Damen und Herren! Die verstaatlichte Industrie hat sich in dieser Situation bestens bewährt, die schwere weltweite Krise der Jahre 1974 und 1975 und die in ihrem Gefolge auftretenden Strukturschwierigkeiten in einzelnen Wirtschaftszweigen, vor allem bei Stahl, Edelstahl, Kunstfaser, Massenkunststoffen und Teilen der Nichteisen-Metallindustrie, stellten die verstaatlichte Industrie vor ihre bisher schwerste Belastungsprobe.

Die internationalen Veränderungen brachten generelle Strukturveränderungen, die sich besonders in Verschiebungen der Austauschrelationen zwischen der Industrie und den erdölreichen Entwicklungsländern auswirkten. Diese Veränderung, die sich durch ein Auftauchen der neuen Konkurrenz auf den Weltmärkten, durch den raschen Ausbau der Grundstoffkapazitäten in einigen Ländern der dritten Welt, durch den Kursverfall des Dollars und durch die entstandenen Zahlungsbilanzungleichgewichte auswirkte, führte dadurch zu einer protektionistischen Stimmung und zum Aufbau neuer Handelsschranken. Die inflationäre Entwicklung führte zu einer Erhöhung der Arbeitskosten und daraufhin zur Verlagerung ganzer Produktionszweige hoher Arbeitsintensität in Niedriglohnländer und zu beschleunigter Einführung arbeitssparender Technologien in den hochentwickelten Ländern.

Das ist einer der wesentlichen Gründe dafür, daß durch restriktive Wirtschaftskonzepte die Arbeitslosigkeit in Westeuropa nicht verhindert werden konnte.

Wurde auch die verstaatlichte Industrie in einigen wichtigen Produktionsbereichen von dieser Anpassungskrise hart betroffen, so wurden doch wesentliche erfolgreiche Schritte zur Bewältigung des Strukturwandels gesetzt, nämlich vor allem die Rationalisierung der Grundstoffproduktion und der hohe Verarbeitungsgrad durch den Ausbau bestehender Finalerzeugnisse und die Entwicklung neuer Fertigprodukte bis zur Marktreife.

An der Veränderung der Produktstatistik der verstaatlichten Industrie in den letzten Jahren

**Dr. Schmidt**

zeigt sich, daß dieser Zielsetzung tatsächlich Rechnung getragen wurde. Bei insgesamt steigenden Umsätzen stagniert derzeit die Erzeugung von Grundstoffen, während sich der Verarbeitungsanteil laufend erhöht.

Diese Tendenz der Strukturanpassung zeigt sich auch in der Beteiligungspolitik der verstaatlichten Unternehmungen, so zum Beispiel die Beteiligungen an Engineering-Firmen, der Kauf der Leiterplattenerzeugung durch die Firma Elin, der Erwerb von Firmen im Pharmabereich durch die Chemie Linz, um nur einige Beispiele zu nennen.

Wesentlich jedoch, meine Damen und Herren, um die Krise des Jahres 1975 und ihre Folgeerscheinung in den folgenden Jahren überhaupt überstehen zu können, war die Neuordnung der Unternehmensstruktur durch Konzentration einerseits und durch Zusammenschlüsse auf Branchenebene andererseits. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß die Krise der letzten Jahre von einigen Firmen, wären sie selbständige Einheiten geblieben, im verstaatlichten Sektor nicht überwunden worden wäre.

Auch die international zu beobachtende Entwicklung zu weiterer Konzernierung, der Zusammenschluß der Stahlindustrie in Schweden, Saarland und die Umgruppierung in der französischen Stahlindustrie zeigen die Richtigkeit der getroffenen Maßnahmen.

Aber es wäre sicherlich auch notwendig, organisatorische Vorkehrungen in Zukunft zu treffen, um die Kombination der Vorteile von Großbetrieben mit der Flexibilität kleinerer wirtschaftlicher Einheiten erreichen zu können. Dies könnte durch einen Übergang zum divisionalen Organisationsbetrieb, durch eine Teilung des Unternehmens in überschaubare, gewinnverantwortliche Bereiche in bestimmten Sektoren vollzogen werden.

Wenn hier heute in der Debatte vielfach gefragt wurde, wo bleibt denn die regionale Strukturpolitik, und immer wieder nur ein politisches Musterbeispiel, nämlich Aichfeld-Murboden genannt wurde, so wissen Sie ja ganz genau, meine Damen und Herren, daß es auf dem Sektor der regionalen Strukturpolitik vielfach Beispiele gibt, wo erfolgreich gewirkt wurde.

Ich möchte nur die Errichtung der Wolframhütte Pöfing Bergla, den Ausbau von Obendorf Voitsberg 3, die Entwicklungsgesellschaft Hausruck Ges. m. b. H. für das WTK-Revier, die Vorbereitung für die Zulieferungen für die Kfz-Industrie in den strukturschwachen Industrieorten wie Möllersdorf, Gleisdorf und so weiter erwähnen.

Wichtig, meine Damen und Herren, war auch die Investitionspolitik der ÖIAG in den letzten Jahren, denn diese Investitionspolitik hatte auch eine günstigere Entwicklung der Gesamtinvestitionssumme zu verzeichnen als die gesamte Industrie.

Der Anteil der ÖIAG-Investitionen in Prozenten zu den Gesamtindustrieeinvestitionen erhöhte sich von 22,9 auf 31,4 Prozent.

Wenn man auch annehmen würde, daß das eine zufällige Entwicklung wäre und der langfristige Schnitt anders ausschauen würde, dann irrt man. In den Jahren 1967 bis 1970 war der Anteil der Industrieinvestitionen, der ÖIAG-Investitionen am Gesamtvolumen der Industrieinvestitionen 24,1 Prozent, in den Jahren 1975 bis 1978 29,8 Prozent.

Meine Damen und Herren! Diese Investitionspolitik war ein wesentlicher Beitrag, um eine weitere Industrialisierung, um eine weitere Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der ÖIAG-Gruppe zu erreichen und dadurch vor allem eine qualitative Erneuerung und Verbesserung der Produktionspalette, den Zugang zu neuen Technologien und die Erschließung neuer Märkte erreichen zu können.

Wenn hier in der Diskussion auch immer wieder gesagt wurde, wo gibt es denn mittelfristige Konzeptionen, so erlaube ich mir doch, auf das Investitionsprogramm für die Jahre 1979 bis 1983, das zwar heute nicht zur Diskussion steht, weil ja der Verstaatlichungsbericht aus dem Jahre 1978 hier zur Diskussion steht, hinzuweisen, wo klar zu ersehen ist – das ist jederzeit für jeden Abgeordneten zugänglich –, daß in diesen fünf Jahren 36 Milliarden Schilling investiert werden sollen: vor allem in Richtung der Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit im Grundstoff- und Halbzeuggbereich durch Rationalisierung und Straffung der Produktion, durch eine Erhöhung der Finalproduktion und des Fertigwarenanteils und durch Erschließung neuer Märkte durch modernste und innovationsintensivste Produktion.

Aber nicht nur auf diesem Sektor, meine Damen und Herren, liegt die verstaatlichte Industrie äußerst günstig, sondern auch im Bereich der Forschungs- und Entwicklungstätigkeit hat die ÖIAG zweifellos bedeutende Fortschritte gemacht. Die Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen betragen zirka 2 Prozent des Umsatzes, der österreichische Durchschnitt liegt bei 1,3 Prozent.

Das zeigt, daß hier doch wesentliche Leistungen seitens der verstaatlichten Industrie erbracht wurden, die man entsprechend feststellen muß und die vielfach weit über das hinausgehen, was in anderen Sektoren der Industrie gemacht wurde.



**Dr. Schmidt**

Wenn dann weiters bei der heutigen Diskussion hinzugefügt wurde, der Staat würde zu wenig Mittel für die verstaatlichte Industrie zur Verfügung stellen, aber gleichzeitig beklagt wird, daß von den Förderungseinrichtungen der Anteil jener Mittel, die die verstaatlichte Industrie bekommt, ein viel höherer wäre, dann würde ich sagen: Hier gibt es eine Inkonsequenz der Argumentation, denn entweder beklagt man das eine oder man beklagt das andere. Beides gleichzeitig scheint doch zu widersprüchlich zu sein.

Tatsache ist, daß der Haftungsrahmen für die ÖIAG von 6 auf 10 Milliarden Schilling aufgestockt wurde, Tatsache ist, daß die Investitionszahlen wesentlich besser sind als jene der privaten Industrie, Tatsache ist, daß Unternehmen, die wirtschaftlich selbständig agieren sollen, die sich weitgehend selbst finanzieren sollen, dann, wenn es eben nicht geht, durch staatliche Hilfen nach entsprechenden Strukturplänen und Vorstellungen unterstützt werden sollen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die gesellschaftspolitischen Effekte der verstaatlichten Industrie zeigen sich insbesondere in der Einordnung dieser in das spezifisch österreichische System der Wirtschaftspartnerschaft. Eine erfolgreiche Vollbeschäftigungspolitik ist Voraussetzung und zum Teil Gegenleistung für eine den gesamtwirtschaftlichen Erfordernissen entsprechende Einkommenspolitik der Wirtschaftspartner. Diese Konzeption konnte auch weitgehend im Jahre 1978 verwirklicht werden und hat sich auch entsprechend positiv in bezug auf Preis- und Kostenentwicklung und die Sicherung des sozialen Friedens ausgewirkt.

Lassen Sie mich im Anhang zu meiner Wortmeldung, meine Damen und Herren, noch auf den Entschließungsantrag antworten, der seitens der ÖVP eingebracht wurde. Es wurde in der 103. Sitzung ein Entschließungsantrag seitens der sozialistischen Abgeordneten eingebracht. Dieser Entschließungsantrag, der sich wesentlich mit den Fragen der verstaatlichten Industrie und der ÖIAG beschäftigt, steht zur Diskussion. Die sozialistischen Abgeordneten werden daher Ihrem Antrag nicht zustimmen können. - Ich danke schön. *(Beifall bei der SPÖ.)*

**Präsident Thalhammer:** Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Wimmersberger. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter **Wimmersberger** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich möchte zuerst, bevor ich auf den ÖIAG-Bericht näher eingehe, zu den Ausführun-

gen einiger meiner Vorredner ein paar Feststellungen treffen.

Unter anderem hat der Kollege Hellwagner gesagt, daß die Steuerzahlungen der verstaatlichten Industrie besonders pünktlich seien. Nun, Kollege Hellwagner, ich glaube, wir sollten jetzt nicht darüber streiten, wer die Steuern pünktlicher zahlt. Ich glaube, alle versuchen, die Steuern pünktlich zu zahlen. Eines steht fest: Die österreichischen Arbeitnehmer sind sicherlich die pünktlichsten Steuerzahler, denn denen wird ja die Steuer abgezogen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und nun zu den Presseaussendungen, die auch Kollege Hellwagner zitiert hat. Ich habe nur einige hier und ich möchte Ihnen daraus einige Passagen zur Kenntnis bringen, denn ich kann mir nicht vorstellen, was da drin so besonders schlecht ist.

Eine Meldung vom 13. 9.: „Die leichte konjunkturelle Erholung auf dem Eisen- und Stahlsektor darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß in der verstaatlichten Industrie Strukturänderungen dringend notwendig sind. Wenn diese Strukturänderungen jedoch derzeit nur schleppend vorangehen, dann ist das nicht zuletzt auf das mangelnde Eigenkapital in der verstaatlichten Industrie zurückzuführen.“ Bitte, eine Erklärung, glaube ich, der man doch von jeder Seite zustimmen könnte.

Oder des weiteren: „Es fehlt den Betrieben zuerst jeweils an den Mitteln für Investitionen zur Sicherung der Arbeitsplätze, und wenn sie aus den roten Zahlen nicht herauskommen, auch an den Mitteln für die Erhaltung der Arbeitsplätze in der Gegenwart. Den ÖIAG-Konzernbetrieben bleibt schließlich nur noch das Betteln um Geld beim Eigentümer der Republik Österreich übrig.“ Wobei ich das Betteln hier gar nicht so schlecht meine. Es ist nur tragisch, daß man es in einer derartigen Form so oft wiederholen muß, denn eigentlich wäre es ja die Aufgabe des Eigentümers, des österreichischen Staates, hier die nötigen Mittel zur Verfügung zu stellen.

Oder eine weitere Meldung: „Belastet durch die Beschneidung des betrieblichen Sozialkapitals und überhöhte steuerliche Abschöpfung sowie durch den Mangel an Eigenkapital geht die verstaatlichte Industrie in das kritische Wirtschaftsjahr 1980“. Dies war im Zusammenhang mit der Veröffentlichung der Konjunkturprognosen des Wirtschaftsforschungsinstitutes für 1979/80. „Die Kritik der ÖVP an der Politik der sozialistischen Bundesregierung gegenüber der verstaatlichten Industrie, die zuerst die finanzielle Basis dieser Betriebe ausgehöhlt und dann die jüngste Phase der konjunkturellen

**Wimmersberger**

Erholung nicht zur Vorbereitung der Betriebe auf künftige Konjunkturreinbrüche genutzt hat, wird durch den Wifo-Bericht nunmehr unterstrichen, sagte Wimmersberger. Dort heißt es nämlich wörtlich: „Die Konjunkturabflachung ab dem Winter 1979/80 wird nach Sektoren unterschiedlich sein. Vor allem könnte sie die Grundstoff- und Vorproduzenten betreffen, die heuer zum erstenmal seit längerem eine befriedigende Konjunktur verzeichnet.“ Bitte, ebenfalls etwas, worüber man sich nicht weiter zu verbreitern braucht.

Also diese Pressemeldungen der ÖVP sind immer und in jeder Hinsicht positiv.

Kollege Kokail hat davon gesprochen, daß der Bundeskanzler mehrmals bei der VEW in Judenburg war. Nun, ich habe da eine Zeitungsmeldung: „VEW-Judenburg: „Kreisky muß erst überlegen.““

Sehen Sie, und alle diese Meldungen, die immer wieder über die VEW-Judenburg kommen, dienen doch dazu, daß die Belegschaft dort wirklich verunsichert wird.

Ich darf noch weiter hier zitieren aus dieser Meldung: „Ehe Kreisky in medias res ging, blockte eine allzu lange nachfolgende Diskussion ab: „Ich muß gleich nach Oberösterreich weiter.““

Sehen Sie, von derartigen Besuchen, glaube ich, haben auch die Kolleginnen und Kollegen in Judenburg nichts. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Zum Kollegen Ruhaltinger, der heute seine Jungferrede gehalten hat, die mir eigentlich recht gut gefallen hat, möchte ich nur eines feststellen: Der Kollege Ruhaltinger soll nicht so sehr den Herrn Bundeskanzler loben, daß er uns Aufträge bringt, denn eines ist doch klar: daß das schon lang vorbereitete Dinge sind, von unseren Ingenieuren, von unseren Leuten aus den einzelnen Abteilungen, und daß halt dann ein Bundeskanzler meistens zum Unterzeichnen hinkommt. Also bitte hier die Verdienste unserer Leute nicht zu schmälern, der Herr Bundeskanzler macht ja höchstens einen spektakulären Auftritt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Im Regierungsprogramm steht: „Dort, wo es zu Strukturverbesserungen notwendig ist, wird die Bundesregierung auch in Zukunft ihre Hilfestellung nicht versagen.“ Nun, meine Damen und Herren, auf diese Hilfestellung werde ich noch näher eingehen.

Ich möchte aber doch noch zum Kollegen Dr. Schmidt einiges sagen. Er hat gemeint: gemeinwirtschaftlicher Sektor. Bitte, ich glaube, wir alle, die wir aus der verstaatlichten Industrie kommen, lehnen diesen Begriff „gemeinwirtschaftlicher Sektor“ ab. Wir zählen uns nämlich

nicht zur Müllabfuhr und sind auch keine Pompfüneberer. Wir gehören zur verstaatlichten Industrie und sind ein Teil der österreichischen Wirtschaft, haben aber bitte mit der Gemeinwirtschaft nichts zu tun. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Bezüglich der Hartwährungspolitik darf ich bitte auch einiges sagen. Ich weiß schon, man kann hier sehr lange darüber diskutieren, aber eines steht sicherlich fest und steht im Raum, das sind die Äußerungen zum Beispiel des Generaldirektors der VEW, laut „Abendjournal“ vom 6. Juli 1978, wo wörtlich festgestellt wurde:

„Ich würde sagen, daß das Wechselkursproblem für uns als besonders exportorientiertes Unternehmen überhaupt das Problem Nummer eins ist. Wir haben uns errechnet, daß wir beim Gleichbleiben dieses Wechselkurses mit Stichtag 1.1. 1976 allein im Jahre 1977 einen Mehrerlös von 517 Millionen gehabt hätten. Das heißt, wenn die Wechselkurse im Jahre 1976/77 gleichgeblieben wären, hätten wir im vergangenen Jahr keine Verluste, sondern einen beträchtlichen Gewinn erzielt.“ Bitte.

Ich darf aber des weiteren noch feststellen, daß zum Beispiel die Chemie-Linz ebenfalls im Jahre 1978 nach den Aussagen der Chemie-Linz zirka 150 bis 200 Millionen Schilling durch diese Hartwährungspolitik verloren hat.

Ich muß natürlich sagen, daß hier sicherlich verschiedene Ansichten vorherrschen, aber das sind die Aussagen aus den Betrieben, die kann man nicht so mir nichts, dir nichts wegwischen.

Nun, ich muß aber auch noch sagen, daß über Professor Nowotny, der hier im Hohen Hause ist, eindeutig in der „Kronen-Zeitung“ vom 3. August 1979 steht: „SP-Experte und Industrie sind gegen Schillingaufwertung.“ Das ist vom 3. August 1979. Also es gibt letzten Endes auch unter Ihren Fachleuten hier sehr geteilte Meinungen.

Und nun, meine Damen und Herren, noch zu den Ausführungen, die Kollege Dr. Schmidt hier gemacht hat.

Zuerst vielleicht ganz kurz: Auf den Begriff der gemeinwirtschaftlichen Seite bin ich schon eingegangen, daß wir damit keine Freude haben.

Ich möchte aber noch etwas anderes sagen. Wenn er festgestellt hat, daß sehr viele Betriebe, wären sie allein geblieben, es nicht überlebt hätten, kann ich dem ohneweiters beipflichten. Ganz besonders Oberösterreich wurde ja hier von der Bundesregierung belastet.

Ich will in keiner Weise mehr alte Wunden aufreißen, aber das war eben die Methode der sozialistischen Regierung, so die Probleme vom

**Wimmersberger**

Tisch zu wischen und eben den guten Betrieben die Probleme beziehungsweise die Erhaltung der anderen oder den Ausbau der anderen Betriebe zu überlassen. Und besonders Oberösterreich ist davon betroffen worden.

Ich darf noch ganz kurz feststellen: Hätte es zum Beispiel eine Holding-Lösung gegeben, wobei ich noch einmal so wie einmal unser Generaldirektor Koller feststelle, daß die Fusion unauflöslicher ist als die katholische Ehe – aber bitte, man kann ja wohl darüber theoretisieren –, dann hätte das Bilanzergebnis bei einer ÖVP-Holding 1975 bei der VÖEST in Linz zwar auch 390 Millionen minus ausgeschaut, aber schon 1976 820 Millionen plus, 1977 600 Millionen plus und 1978 ebenfalls 800 Millionen plus.

Meine Damen und Herren! So hat eben die Regierung diese Probleme gelöst. Wir werden nunmehr, nachdem wir zusammengeschweißt sind, sicherlich diese Probleme gemeinsam lösen. Aber aus der historischen Tatsache, daß die Regierung hier nichts getan hat, sondern es anderen überlassen hat, kann man sie natürlich nicht entlassen.

Dasselbe gilt auch für das Werk Ranshofen, das ebenfalls durch die Fusion schwer getroffen wurde und, wenn es allein geblieben wäre, auch heute noch positiv dastehen würde.

Am 12. Oktober 1978 hat der Nationalrat die Bundesregierung in einer Entschließung aufgefordert, über die bisher der VÖEST-Alpine von der ÖIAG zugeführten Mittel von 2,016 Milliarden hinaus diesem Unternehmen weitere Mittel zuzuführen.

Meine Damen und Herren! Ich darf daran erinnern, daß zum Beispiel schon der sozialistische Generaldirektor der ÖIAG Kothbauer vom Finanzminister zwecks Eigenmittelfinanzierung der notwendigen Umstrukturierungsinvestitionen jährliche Zuführung an Budgetmitteln an die ÖIAG von mindestens 500 Millionen Schilling gefordert hat. Und ich darf auch feststellen, daß die Österreichische Volkspartei bei ihrer Enquete über die verstaatlichte Industrie eindeutig Aussagen gemacht hat, daß sie für eine Mittelzuführung aus Budgetmitteln von 100 bis 200 Millionen jährlich wäre und sie durchführen würde.

Nun, der Bund hat der ÖIAG im Jahre 1970 52 Millionen, 1971 nichts, 1972 120 Millionen, 1973 96 Millionen, 1974 80 Millionen, 1975 80 Millionen, 1976 86 plus 7,5 Millionen, 1977 86 Millionen und 1978 111 Millionen zugeführt. Aber bitte: Alles „Schütt aus, hol zurück!“, alles Dividendenrückführungen, also alles Dividendenleistungen, die die ÖIAG an den Bund geleistet hat.

In dem Zusammenhang will ich mich jetzt nicht mehr über die anlässlich der Fusion versprochenen 2 Milliarden verbreitern. Es steht nur eines fest: Wären sie damals rechtzeitig gegeben worden, dann wären sicherlich manche Schwierigkeiten besonders im steirischen Raum heute nicht so spürbar.

Ich habe das schon einmal ausgeführt in diesem Hohen Haus. Die eine Milliarde, die zugeführt wurde, wurde ebenfalls in ein, zwei drei Etappen zugeführt, 1978 die letzte Milliarde, womit es dann 2 Milliarden sind. Ich muß aber zur historischen Entwicklung sagen: Die 2 Milliarden sind als Fusionsstarthilfe bei der Fusion VÖEST-Alpine versprochen worden!

Darüber hinaus aber wurden anlässlich des Strukturkonzepts des Konzerns 4,1 Milliarden von der Unternehmensleitung vom Eigentümer verlangt. Darauf wurde eine Zusage gegeben im Laufe des Jahres 1976. 2,5 Milliarden wurden damals zu Recht anerkannt. Also wo man jetzt die Milliarde, die 1978 gegeben wurde, dazu rechnet, ob zu den ersten versprochenen 2 – dann wären die 2 erledigt – oder dann zu den 2,5, die man anerkannt hat als zu Recht, das überlasse ich Ihnen. Eines steht fest: daß alle diese Versprechungen nie hundertprozentig oder überhaupt nur sehr, sehr schleppend gehalten werden. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Ich möchte im Zusammenhang mit der Kapitalzuführung noch ganz kurz auf eine Aussage im Ausschuß kommen. Staatssekretär Nussbaumer war noch nicht anwesend, da hat Staatssekretär Löschnak erklärt, daß im Jahre 1979 540 Millionen der ÖIAG zugeführt werden. Dann detailliert auf unsere Fragen: an die VEW 200 Millionen, an die VMW 100 Millionen und 240 Millionen an die Chemie Linz, an die WTU und WTK.

Aber das Interessante bei dieser Aussage war dann auch die Frage, daß 1980 keine weiteren konkreten Beschlüsse vorliegen und Zuführungen vorgesehen sind.

Ich darf auch wieder an ein Versprechen erinnern, das nicht gehalten wurde und wird, nämlich das Versprechen der einen Milliarde für die VEW, das sicherlich an die Vorlage eines Sanierungskonzeptes geknüpft wurde. Aber es wurde eindeutig versprochen, diese Milliarde in fünf Jahresraten zu je 200 Millionen zuzuführen. Wenn also hier die Aussagen des Herrn Staatssekretärs stimmen, dann werden auch diese für 1980 vorgesehenen 200 Millionen Schilling nicht zugeführt.

Noch etwas Interessantes war im Zusammenhang mit dem Sanierungskonzept, von dem Herr Staatssekretär Nussbaumer erklärt hat, man könne doch kein Geld geben ohne Konzept, das

**Wimmersberger**

würde doch höchstens eine Hausbank tun. Ich möchte schon sagen: Und die Hausbank auch nur dann, wenn sie nicht befürchten würde, noch weitere Verluste zu erleiden. Ich muß schon sagen: Den Eigentümer, den österreichischen Staat, mit einer Hausbank zu vergleichen, das finde ich als ein sehr, sehr schlechtes Beispiel. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Ich glaube, meine Damen und Herren, ich brauche mich nicht weiter zu verbreitern. Ich möchte nur feststellen, daß auch in der Vergangenheit ja die verstaatlichte Industrie wie die gesamte Industrie unter den Belastungswellen und unter dem Steuerdruck gelitten hat. Das ist ja auch schon aus den Zitaten, aus den Pressemeldungen hervorgegangen. Ich will daher nicht näher darauf eingehen, möchte aber nur noch eines feststellen:

Zum Beispiel wird die Pensionsbeitragsversicherungserhöhung mit 1. Jänner den Konzern bei 80 000 Beschäftigten in etwa pro Jahr 50 Millionen Schilling kosten, weil ja nicht nur die Arbeitnehmer, sondern auch die Arbeitgeber letzten Endes einen Anteil zu tragen haben. Also wiederum eine neue Belastung von 50 Millionen Schilling durch diese Pensionsbeitragsversicherungserhöhung.

Ich möchte aber noch feststellen – und das immer wieder im Zusammenhang mit den nicht zugeführten Mitteln –, was zum Beispiel die VÖEST-Alpine im Jahre 1978 an Lohnsummensteuer gezahlt hat: 126 Millionen Schilling. Und die heute so oft zitierte VEW 1978 54 Millionen Schilling. Die gesamte Verstaatlichte hat 1978 338 Millionen Schilling an Lohnsummensteuer gezahlt, also an einer Steuer, die letzten Endes Arbeitsplätze besteuert.

Dasselbe hatte auch für die Investitionssteuer gegolten. Das war doch eine Besteuerung zukünftiger Arbeitsplätze. Auch hier war die Belastung 1973 325 Millionen, 1974 415 Millionen, 1975 489 Millionen, 1976 107 Millionen und 1979 91 Millionen.

Meine Damen und Herren! Wenn ich dann auch noch nehme, was an Vermögensteuer zum Beispiel von den gesamtverstaatlichten Betrieben gezahlt wurde: 1975 346 Millionen, 1976 389 Millionen, 1977 428 Millionen, 1978 461 Millionen, und wenn ich dann noch daran denke, daß ja letzten Endes in den Jahren 1973 und 1974 die Regierung durch die Indexkosmetik die VÖEST-Alpine ebenfalls rund um 1,5 Milliarden Schilling geschädigt hat, dann sind wohl die Forderungen von unserer Seite nach Kapitalzuführungen für die verstaatlichte Industrie völlig berechtigt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und nun, meine Damen und Herren, ganz kurz zum ÖIAG-Bericht. Ich habe seinerzeit bei

der Vorlage des letzten ÖIAG-Berichtes in wenigen Worten festgestellt, daß man die Kritik mit dem Satz zusammenfassen kann: Viele Worte, wenig Aussagen. Es hat sich daran, meine Damen und Herren, nichts geändert! Der ÖIAG-Bericht ist nach wie vor sehr nichtssagend.

Wie dem Bericht zu entnehmen ist, erlebten wir 1978 eine schwache konjunkturelle Belebung bei günstiger Preisentwicklung. Man spricht zwar von einer unbefriedigenden Lage auf dem Arbeitsmarkt, sieht jedoch mehr oder weniger alles durch die rosarote Brille.

Ich darf nur dazu zum Beispiel aus der Montanunion Dr. Ing. Hans Georg Rosenstock, Vorstandssprecher der Krupp Stahlwerke Südwestfalen AG, zitieren:

„Die europäische Stahlindustrie, noch vor wenigen Jahren auf den Stahlmärkten der Welt tonangebend, muß sich damit abfinden, daß die neuen Stahlländer – Japan allen voran – die Märkte der Welt erobern und Europa aus dem Stahlgeschäft mit Drittländern immer mehr zurückdrängen.“

Derartige Äußerungen sind hier nicht vorhanden.

Abgesehen von diesen überregionalen Darstellungen beweisen die Betrachtungen über die österreichische Wirtschaft im Jahr 1978, daß es den Sozialisten grundsätzlich nicht gelungen ist, die industrielle Beschäftigung in Österreich zu halten. Aber darüber ist heute schon mehrmals letzten Endes gesprochen worden.

Ein Zitat – Seite 17, dritter Absatz –:

„Die Edelstahlindustrie ist in den letzten Jahren unter besonderem Druck zur Strukturpassung gestanden. Einerseits hat die schlechte Konjunkturlage der Abnehmer wie zum Beispiel der Investitionsgüterindustrie die Nachfrage gebremst; auf der anderen Seite haben die Massenstahlerzeuger zur Verbesserung der eigenen Ertragslage immer mehr Edelstahl-Standardqualitäten produziert und auf diese Weise der Edelstahlindustrie vielfach die so wichtige Basisauslastung entzogen.“

Meine Damen und Herren! So eine naive Aussage in einem Bericht, der letzten Endes vom Bundeskanzleramt kommt beziehungsweise von der ÖIAG erstellt wurde, ist erschütternd.

Nur wenn man den Bericht aufmerksam liest, muß man mit Freude feststellen, daß sich doch einiges gebessert hat und daß die vielen von mir im seinerzeitigen Bericht kritisierten Widersprüche hier nicht mehr vorkommen. Aber es steht fest, daß bei der Beurteilung der Lage der verstaatlichten Industrie – besonders der Eisen-

**Wimmersberger**

und Stahlindustrie – in den Jahren 1977/78 wie folgt formuliert wurde – Zitat Seite 19 –:

„Die Hauptkriterien für die Beurteilung der Lage in der verstaatlichten Eisen- und Stahlindustrie im Jahre 1977/78.“ Es ist, meine Damen und Herren, wieder so, daß die „Anzahl der Beschäftigten“ – das ist ja sehr interessant –, die „Eisenerzförderung“, der „Ausstoß von Roheisen, Rohstahl, Walzware“ und viele andere Dinge aufgezählt sind. Es zeigt sich deutlich der Unterschied zur Österreichischen Volkspartei. Für die ÖVP kann es nur ein Ziel geben: Eine starke, ertragsreiche verstaatlichte Industrie mit sicheren Arbeitsplätzen. Aber mit derartigen Gemeinplätzen und derartigen Aussagen, die eindeutig bestenfalls nur das Mengen- und Umsatzdenken der Sozialisten dokumentieren, ist nicht viel anzufangen.

Als einen Stilbruch würde ich sodann die Eskapade von 6½ Zeilen über die Ergebnissituation der VÖEST-Alpine betrachten – Zitat Seite 21, vierter Absatz –:

„Weiterhin anhaltend hohe Verluste im Bereich der Hütte, aber auch unbefriedigende Ergebnisse der Verarbeitungs- und Finalbetriebe, die nicht durch die Gewinne des Industrieanlagenbaus kompensiert werden können, brachten neuerlich ein negatives Bilanzergebnis. Nach Auflösung freier Rücklagen in Höhe von 684 Millionen Schilling wird noch ein Verlust von 14 Millionen Schilling für das Berichtsjahr ausgewiesen.“

Meine Damen und Herren! 6½ Zeilen für diese Situation sind sehr bedenklich. Ich darf mich aber hier und heute besonders darüber freuen, daß besonders die Ergebnissituation im Walzwerk beziehungsweise in der Hütte im Bereich Linz eine sehr, sehr erfreuliche ist und daß hier praktisch die Hütte Linz, das Walzwerk, der einzig wirklich positive Betrieb im gesamten Konzern ist.

Meine Damen und Herren! Ich komme damit schon zum Schluß. Diese Aussagen zeigen auf jeden Fall die innovatorischen Qualitäten der Bundesregierung. Ich kann nur hoffen – um mit Dr. Kreisky zu sprechen –, daß die innovatorische Umstrukturierung – Seite 22, vierter Absatz – in der Bundesregierung genauso klaglos über die Bühne geht. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident **Thalhammer**: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Staatssekretär Dr. Nussbaumer. Ich erteile es ihm.

Staatssekretär im Bundeskanzleramt **DDr. Nussbaumer**: Herr Präsident! Hohes Haus! Die bisherige Diskussion hat einen sehr guten Überblick über die Lage und die Probleme der

verstaatlichten Industrie in Österreich geboten. Besonders die Ausführungen des Abgeordneten Schmidt haben die allgemeinen Fragen und Erfolge der österreichischen verstaatlichten Industrie bereits sehr ausführlich beleuchtet. Ich darf mir deshalb gestatten, jetzt nur noch auf Einzelprobleme einzugehen und einzelne konkret gestellte Fragen zu beantworten.

Ich darf zuerst auf die Anfragen des Herrn Abgeordneten Burger eingehen, dem ja vor allem im Bereich der Eisen- und Stahlindustrie die schwächeren Betriebe besonders am Herzen gelegen sind.

Zu seinen Ausführungen den Erzberg betreffend darf ich sagen, daß sicherlich der Rückgang der Zahl der Gesamtbeschäftigten in zehn Jahren um etwa 1 000 Beschäftigte für diese Gegend eine nicht sehr erfreuliche Entwicklung dargestellt hat, eine Entwicklung, die allerdings nicht sosehr durch die Politik der österreichischen Bundesregierung gegenüber der VÖEST-Alpine ausgelöst worden ist, sondern durch die bergmännischen Gegebenheiten und vor allem auch durch die Qualität des am Erzberg geförderten Erzes. Wir alle wissen, daß die beiden Betriebsstillegungen sowohl in Hüttenberg als auch in Radmer durch die Erschöpfung der Vorräte im wesentlichen ausgelöst worden sind.

Man hat sich aber sehr darum bemüht, in beiden Fällen Arbeitsplätze zu finden. In Hüttenberg war dies besonders schwierig, weil der Standort Hüttenberg für Betriebe, die nicht gerade den Vorteil erfordern, daß dort in der Erde etwas zu finden ist, ein außerordentlich schwieriger Standort ist, sodaß die Lösung, die hier angestrebt wurde, die war, daß man dafür sorgte, daß bei den Treibacher Chemischen Werken mit staatlicher Förderung entsprechende Ersatzarbeitsplätze für die Belegschaft von Hüttenberg geboten worden sind.

Abgeordneter Gorton hat auch auf dieses Problem hingewiesen. Ich darf ihm versichern: Wenn sich Betriebe finden sollten, die nach Hüttenberg oder in andere geographisch, räumlich benachteiligte Gebiete gehen wollen, so werden wir diese Betriebe nach Kräften und in jeder Hinsicht fördern. Es kommt hierbei nicht darauf an, ob diese Regionen nun konkret als Sonderförderungsgebiete nach den ERP-Richtlinien einbezogen sind. Denn der Hinweis auf Sonderförderungsgebiet bedeutet ja nur, daß man in diesem Raum besonders günstigen ERP-Kredite erhalten kann. In bezug auf alle anderen Förderungsmaßnahmen sind sämtliche Möglichkeiten geboten.

Ich kann Ihnen versichern: Wann immer ein Betrieb namhaft gemacht wird, der bereit ist,

**Staatssekretär DDr. Nussbaumer**

sich in diesen Räumen anzusiedeln, werden wir alles unternehmen, diesem Betrieb die Betriebsansiedlung zu erleichtern. (*Abg. Dkfm. Gorton: 1 Million Schilling pro Arbeitsplatz!*)

Sie denken an die Sonderförderungsaktion der Bundesregierung. Es ist eine unter vielen Maßnahmen, die im wesentlichen Selbsthilfeförderungen einzelner fördern sollen, Selbsthilfemaßnahmen, die dann in Frage kommen, wenn sich einzelne Interessenten in genossenschaftlicher Weise zusammenschließen wollen, denen es wirklich auch an Eigenmitteln fehlt. Aber Sie sollten solche zusätzliche Einzelmaßnahmen nicht verwechseln mit dem großen Bukett von Förderungsmöglichkeiten, die es ja gibt. (*Abg. Deutschmann: Herr Staatssekretär, à la Longo Mai!*)

Longo Mai steht hier überhaupt nicht zur Diskussion. Es hat weder Longo Mai – das darf ich hier ausdrücklich betonen – im Rahmen der Sonderförderungsmaßnahmen für Berggebiete bisher eine Förderung erhalten noch ist daran gedacht, Longo Mai im Rahmen dieser Maßnahme eine Förderung zu geben. Es sind immer nur bestimmte Abgeordnete, die es offensichtlich in ihrem Vorteil sehen, auf Longo Mai hinzuweisen, die Bundesregierung hat jedoch keinerlei besonderes Naheverhältnis zu Longo Mai, ja ich kann sagen, es gibt überhaupt keine Beziehung zu Longo Mai, wie Sie sie vielleicht gerne sehen wollen. (*Abg. Deutschmann: Herr Staatssekretär, in Zwettl waren Sie dabei, Sie und Staatssekretär Schober! Sie haben sie eingeladen! – Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Präsident **Thalhammer** (*das Glockenzeichen gebend*): Der Herr Staatssekretär hat das Wort. Bitte, es kann sich im übrigen jeder zu Wort melden. (*Abg. Deutschmann: Schober und Sie waren in Zwettl!*) Bitte, Herr Staatssekretär, fortzufahren.

Staatssekretär DDr. **Nussbaumer** (*fortsetzend*): Es kann zu einer öffentlichen Veranstaltung in Österreich jeder hingehen, der will. Ich habe lediglich behauptet und wiederhole dies nochmals, daß Longo Mai von uns bisher keine Förderung erhalten hat und daß auch seitens der Bundesregierung nicht beabsichtigt ist, Longo Mai zu fördern. Das habe ich jetzt zweimal gesagt, das muß Ihnen wohl genügen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Zur Situation in Radmer. In Radmer haben wir uns angesichts der Auskohlung bemüht, Ersatzarbeitsplätze zu schaffen. Es war nicht ganz leicht, vor allem weil es um diese Arbeitsplätze auch seitens anderer Standorte in Österreich erheblichen Wettbewerb gegeben hat, aber es

ist dann doch geglückt, die Firma Assmann Metallindustrie GesmbH, Radmer, dazu zu bewegen, sich mit einer Munitionsproduktion in Radmer niederzulassen, einer Munitionsproduktion, die allerdings nur den Anfang einer industriellen Erneuerung dort bietet. Denn wie ich von der Firma Assmann Metallindustrie GesmbH höre, ist sie eben dabei zu überlegen, zusätzlich zu dieser Munitionsproduktion nun auch zivile Fertigungen nach Radmer zu legen, sodaß wir hoffen, daß wir das besondere Beschäftigungsproblem in Radmer auf diese Weise lösen können.

Die Situation in Eisenerz selbst ist erheblich schwieriger, und zwar wegen des Umfanges des dortigen Problems, weil wir ja in Eisenerz nicht nur Arbeitsplätze für Bergarbeiter brauchen und für die Jugendlichen, die dort die Schulungseinrichtungen verlassen, sondern weil es in Eisenerz auch darum geht, daß man vor allem Arbeitsplätze für weibliche Arbeitskräfte schaffen muß.

Leider hat Eisenerz durch die lange Tradition des Bergbaues einen eher einseitigen Ruf, und außerdem sind alle Arbeitskräfte an die VÖEST-Alpine als Arbeitgeber derart gewöhnt, daß es nicht immer ganz leicht ist, andere Betriebe zu finden. Aber in Zusammenarbeit mit der VÖEST-Alpine haben wir doch immerhin eine ganze Reihe von Versuchen bisher unternommen. Die VÖEST-Alpine hat im übrigen ein altes Werkgelände freigemacht und für neue Betriebe frisch aufgeschlossen. Wir sind mit einer Reihe von Interessenten in Diskussion.

Wir wollen nicht nur den allgemeinen industriellen Wert dieser Gegend wieder heben, sondern wir wollen auch schlechthin die anderen Möglichkeiten, die die Gegend bietet, nutzen. Also etwa versuchen wir in Kombination mit betrieblichen Interessenten, um das allgemein zu fassen, auch die Voraussetzung für die Auslastung von Fremdenverkehrsbetrieben zu schaffen, die ja notwendig sind, wenn man etwa daran denkt, am Leopoldsteinersee ein neues Hotel hinzustellen, das angesichts der kurzen Saison dort rein kommerziell und nur auf einen Durchgangsfremdenverkehr abgestellt nicht leben könnte, sodaß wir uns hier überlegen, ob wir in Kooperation mit Betrieben oder aber auch in Kooperation mit der Unterrichtsverwaltung kombiniert Fremdenverkehrsprojekte schaffen könnten, durch die Arbeitsplätze außerhalb des rein bergmännischen Bereiches geschaffen werden können.

Sie haben, Herr Abgeordneter Burger, weiter darauf hingewiesen, daß die Schließung des Bergwerks in Fohnsdorf vor allem angesichts der Energiesituation bedauernswert ist. Dazu darf ich sagen, daß gerade die Schließung des

**Staatssekretär DDR. Nussbaumer**

Bergwerks in Fohnsdorf ja für uns der Anlaß war, ein großangelegtes Strukturenerneuerungsprogramm für den Raum Aichfeld-Murboden ins Leben zu rufen.

Wenn der Herr Abgeordnete Gorton darauf hinweist, daß man nunmehr das gesamte Gebiet einschließlich Judenburg in die Sonderförderung einbezieht, so sehe ich darin eine zusätzliche gezielte Förderung, weil nämlich Judenburg selbst in dem Sonderförderungsprogramm, wie es bestanden hatte als altes Kohlenbergbaugesamt, nicht drinnen war.

Dadurch, daß wir nunmehr durch Beschluß der Bundesregierung die Sonderförderung auf das Förderungsgebiet Aichfeld-Murboden neu ausgedehnt haben, ist auch Judenburg in dieses Sonderförderungsgebiet einbezogen worden; angesichts der Tatsache selbstverständlich, daß die Schaffung von Dauerarbeitsplätzen in diesem Raum uns auch weiterhin vor sehr große Aufgaben stellen wird.

Zurück zur Energie. Wenn wir uns die Energiesituation in Europa heute ansehen, so scheint das Problem Energie nicht nur ein Problem der Energieknappheit, sondern auch ein solches der Energiepreise zu sein. Natürlich kann man sagen, daß jede Knappheit auch zu Preissteigerungen führt beziehungsweise daß massive Preiserhöhungen nicht möglich sind, ohne daß man eine Verknappung herbeiführt. Ein Teil der Energieknappheit, die wir heute sehen, ist ja auch künstlich herbeigeführt.

Aber wir sollten doch die Energiepreissteigerungen nicht so sehr überschätzen, daß nämlich sämtliche Energiekosten dadurch abdeckbar werden. Wenn wir uns vor Augen halten, daß das Braunkohlenbergwerk in Fohnsdorf mit Abstand das weitaus tiefste Bergwerk dieser Art überhaupt in Europa war, so muß auch angesichts künftiger Energiesituationen sehr wohl die Frage gestellt werden, ob man in Fohnsdorf zu vertretbaren Kosten Kohle hätte produzieren können. Wir waren uns also hier durchaus dieses Problems bewußt. Man hat aus Kostengründen Fohnsdorf geschlossen; man hat sich im Raum Aichfeld-Murboden bemüht, und diese Bemühungen waren im wesentlichen erfolgreich, Ersatzarbeitsplätze zu schaffen.

Wir sind jetzt dabei, dort, wo man kostengünstig oder zu vertretbaren Kosten Braunkohle produzieren kann zu Energiegewinnungszwecken, diese Produktion voranzutreiben. Ich darf hier erwähnen die Erschließung neuer Braunkohlevorkommen im Raum Voitsberg, die Arbeiten zur Prospektierung nach Braunkohle im Lavanttal, gefördert aus Mitteln der Bergbauförderung.

Die Tatsache, daß es bei der WTK noch immer

zu keinem endgültigen Stillelegungsbeschluß gekommen ist, ist auch darauf zurückzuführen, daß man die allenfalls im Boden noch vorhandenen Kohlenreserven erheben will und daß bei dieser Suche nach Kohlenreserven eben neue Vorkommen gefunden worden sind, die es ermöglichen werden, wenngleich in einem etwas eingeschränkten Umfang, den Betrieb bei der WTK über 1982 hinaus aufrechtzuerhalten und sicherlich bis zum Jahre 1985 Kohle zu fördern.

Es wurde vielfach kritisiert, daß ein solcher Stillelegungsbeschluß nicht da ist. Aber ich glaube, man sollte einen endgültigen Schließungsbeschluß weder seitens der WTK noch in weiterer Folge seitens der ÖIAG fassen, solange die Möglichkeit besteht, dort neue abbauwürdige Vorkommen zu finden.

Ich darf auch darauf hinweisen, daß im Rahmen der privaten Kohlengruben, also bei der SAKOG, nun weiterhin prospektiert wird, sodaß man auch dort hoffen kann, weiter fündig zu werden und die Braunkohlenvorräte in Österreich weiter auszunützen.

Nur müssen eben, auch wenn wir an die Energiesituation der Zukunft denken, abbauwürdige Vorkommen in Österreich vorhanden sein. Nach dem Urteil aller Bergingenieure waren die Vorkommen in Fohnsdorf kostenmäßig betrachtet, auch im internationalen Vergleich und auf die Zukunft bezogen, nicht als abbauwürdig zu betrachten.

Ich darf kurz zum nächsten Punkt übergehen: Schillingaufwertung. Sicherlich beeinträchtigt die Schillingaufwertung die Ertragslage einzelner österreichischer Industriebetriebe. Aber, Hohes Haus, man kann ja den Wechselkurs einer Währung nur an gesamtwirtschaftlichen Erfordernissen beurteilen. Man kann die Wechselkurspolitik in bezug auf eine Währung nicht an den Erfordernissen einzelner Betriebe orientieren. Und da entnehme ich etwa dem letzten Konjunkturbericht des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung, daß die Schillingaufwertung, die nun tatsächlich hier Platz gegriffen hat, eher an der Untergrenze der Erwartungen unserer Wirtschaftsforscher gelegen ist. Man kann dort schwarz auf weiß lesen, daß die geringere Inflationsrate in Österreich gegenüber der internationalen, daß vor allem aber auch ein Vergleich der europäischen Entwicklung und der Entwicklung der Lohnkosten in Österreich zeigt, daß diese ebenfalls hinter der Entwicklung der Lohnkosten in vergleichbaren europäischen Staaten zurückgeblieben ist, diese beiden günstigen Entwicklungen nach Meinung der Wirtschaftsforscher eine noch größere Schillingaufwertung gerechtfertigt hätten und die österreichische Aufwertungs politik daher

**Staatssekretär DDr. Nussbaumer**

eigentlich, gemessen an den Kosten und Preisentwicklungen in den uns umgebenden Ländern, sogar als eine relative Abwertung des Schillings anzusprechen war, obwohl wir rein monetär, wenn Sie die isolierte Aufwertung gegenüber der D-Mark und die neuerliche Aufwertung im Gefolge der D-Mark zusammenzählen, etwa um 3,5 Prozent insgesamt aufgewertet haben.

Warum ist man hier vorsichtiger vorgegangen, als es die Wirtschaftsforscher wollten? Ja gerade in bezug auf die Erfordernisse der österreichischen Industrie! Und ich frage: Wurde hiedurch die österreichische Industrie nur belastet, hat sie nicht auch Vorteile gehabt? Ich glaube, Hohes Haus, man muß auch in Betracht ziehen, daß durch die Schillingaufwertung auch Kostenersparnisse eingetreten sind. Wir wissen, wie energieintensiv gerade große Industriebetriebe heute arbeiten, nicht nur im Eisen- und Stahlsektor, sondern etwa auch im Buntmetallsektor. Hier spielt der billigere Energiebezug eine sehr große Rolle, und für viele andere österreichische Industriebetriebe spielt auch der billigere Bezug von Vorprodukten eine sehr erhebliche Rolle. Auch für den österreichischen Konsumenten ist es außerordentlich wichtig, daß die Produkte aus der Bundesrepublik oder aus der Schweiz nicht teurer werden und daß wir durch Import von Inflation nicht eine stärkere Preissteigerungswelle haben. Da der österreichische Arbeitnehmer und sicherlich auch der österreichische Selbständige, wenn er daran denkt, wo er sein Geld ausgibt, sich auch überlegt, wieviel er für den Schilling im Ausland erhält, ob er also etwa nach Italien billig oder teuer auf Urlaub fahren kann, schlagen sich alle diese Überlegungen letztlich ja auch im Kostendruck nieder.

Wenn wir heute eine Hartwährungspolitik machen, tragen wir dadurch wesentlich dazu bei, den Kostendruck vor allem bei den Lohnkosten einzubremsen. Wenn wir alle diese Argumente gegeneinander abwägen und außerdem noch sehen, daß alle jene Länder, die ihre Währung relativ abgewertet haben, keine Dauererfolge erzielen konnten, sondern damit nur höhere Kostensteigerungen und wieder verstärkte Inflationsraten produziert haben, so glaube ich, daß per Saldo unsere Währungspolitik richtig war.

Wenn man uns gelegentlich vorwirft, daß wir mit Förderungsmaßnahmen der österreichischen Regierung eine strukturversteinende Politik betreiben, obwohl wir ja sehr wohl unsere Förderungsmaßnahmen bewußt an die Investitionen binden und nicht etwa schlechthin Geld hergeben, mit der einzigen Ausnahme im Bereich der Arbeitsmarktverwaltung, wo es

darum geht, kurzfristig Schwierigkeiten zu überwinden, so glaube ich, daß die derzeitige Wechselkurspolitik sehr wohl der Strukturverbesserung dient, weil sie die Betriebe geradezu zwingt, nach neuen Produktionsmethoden, nach besseren Produkten zu suchen. Gleichzeitig ist die Wirtschaftspolitik bemüht, den Betrieben die finanziellen Möglichkeiten zu geben, diese Investitionen auch tatsächlich durchzuführen beziehungsweise diese neuen Produkte kostengünstig auf den Markt zu bringen.

Letzte Frage - und hier darf ich zu den Anfragen von Herrn Abgeordneten Peter übergehen -: Wie steht es mit den Förderungen, die nun tatsächlich die VEW konkret erhalten hat? Darauf darf ich antworten: Es wurde der VEW zugesichert, daß sie über fünf Jahre hinweg insgesamt 1 Milliarde Schilling Mittel von der öffentlichen Hand erhalten soll, daß diese Mittel in fünf Jahrestanchen zu je 200 Millionen Schilling gegeben werden, und die VEW wird diese Mittel auch erhalten. Die erste Tranche ist nur deshalb noch nicht ausbezahlt, weil zuerst ein Strukturverbesserungsprogramm für die VEW vom Vorstand vorgelegt werden muß und weil zwischen dem Vorstand der VEW und den Belegschaftsvertretern bisher noch keine Einigung hinsichtlich aller Details dieses Programms erzielt werden konnte. Man soll aber öffentliche Gelder nicht zur Verlustabdeckung für die Vergangenheit geben, sondern man soll öffentliche Gelder zur Strukturverbesserung für die Zukunft bereitstellen. Und solange hierüber kein detailliertes Programm da ist, können die Gelder nicht ausbezahlt werden. Es wird aber in den jeweiligen Bundesbudgets für diese 200 Millionen Schilling Vorsorge getroffen.

Herr Abgeordneter Gorton! Ich sehe dadurch auch den Widerspruch zu dem, was Herr Staatssekretär Löschnak gesehen hat, aufgeklärt. Löschnak hat sich natürlich darauf bezogen, daß in keiner gesetzlich verbindlichen Form bisher für diese 1 Milliarde Schilling Vorsorge getroffen wurde, weil diese Vorsorge eben in den jeweiligen Bundesfinanzgesetzen getroffen werden wird. Aber die Zusage den VEW gegenüber steht jedenfalls fest.

Bitte, was ist weiter geschehen für die Arbeitsplatzsicherung, vor allem in Judenburg: In Judenburg sind derzeit zirka 1 700 Arbeiter und Angestellte und 115 Lehrlinge beschäftigt. Das Sanierungsprogramm - und das wurde ja vielfach bedauert - sieht eine schrittweise Schließung vor allem des Stahlwerkes vor, sobald die Lieferungsmöglichkeit von Rohstahl aus Donawitz besteht, und dann auch des Walzwerkes, wenn gewalzter Federstahl aus Donawitz zugeliefert werden kann. Das ist im wesentlichen der Kern des Schließungsprogramms.



**Staatssekretär DDR. Nussbaumer**

Wenn dieses Programm durchgeführt wird, würden bis Ende 1981 zirka 940 Arbeitsplätze frei, wobei 400 Ersatzarbeitsplätze bei der VEW selbst geschaffen werden sollen, und zwar durch den Ausbau des Federnwerkes, der Blankstahlbetriebe sowie durch kleinere Neuproduktionen. Das bedeutet, daß zusätzlich Arbeitsplätze außerhalb der VEW zu schaffen sind. 160 Arbeitskräfte werden durch normalen Abgang bis 1981 abgehen, sodaß etwa 380 Arbeitsplätze entweder durch zusätzliche Fertigungen im Rahmen der VEW geschaffen oder andere Betriebe angesiedelt werden müssen, die möglichst im Bereich der Eisen- und Stahlindustrie diese 380 Arbeitsplätze bereitstellen können.

Wir verhandeln derzeit mit ausländischen Interessenten, die bereit wären, bei konkreten Projekten entweder Aufträge und Lizenzen an die VEW zu geben oder allenfalls auch selbst für eigene Regie zu arbeiten. Wie gesagt, hier gibt es Projekte, hier verfolgt die Bundesregierung konkrete Möglichkeiten, die allerdings noch nicht so weit gediehen sind, daß man sie in allen Details klarlegen kann, ohne die laufenden Verhandlungen zu gefährden.

Wie steht es im übrigen jetzt, haben Sie gefragt, mit den Investitionen? - Dazu darf ich sagen: Das Strukturbereinigungsprogramm innerhalb der VEW sieht ja nicht nur Schließungen von einzelnen Werken vor, sondern es sieht auch einen erheblichen Ausbau von Fertigungsanlagen vor. In Ternitz ist die Rohrlagerhalle fertiggestellt, das Schleudergußluppenprojekt ist in Bestellung und die Ausweitung des Finalsektors in Bau.

In Mürrzuschlag ist die Medizintechnik teilweise bereits fertiggestellt, die Ausweitung auf dem Blechsektor ist in Bau.

In Kapfenberg ist das CO<sub>2</sub>-Draht-Projekt freigegeben, das Projekt Stahlwerk wird weitergeführt, das Hartmetallprojekt steht vor der Freigabe.

In Waidhofen ist das Projekt Bimetall in Bau, die Elektronenstrahlschweißanlage steht vor der Bestellung.

In Judenburg - das ist zugegebenermaßen das schwächste Gebiet in dieser Kette - ist das Federnprojekt und die Ausweitung des Blankstahlbetriebes in Bau, weil wir uns ja bemühen, im Rahmen der VEW eben zusätzliche Arbeitsplätze als Ersatz für diejenigen, die jetzt verlorengehen werden, in absehbarer Zukunft zu finden. Weitere Möglichkeiten werden verhandelt.

Aber Sie alle wissen, daß die Bundesregierung gerade für Judenburg auch eine Garantie

abgegeben hat, daß wir bei allen Maßnahmen, die dort getroffen werden, der Beschäftigung, der Erhaltung der Beschäftigung, absolute Priorität einräumen werden.

Zur Zinsstützung für Investitionen der ÖIAG darf ich folgendes ausführen:

Der Bund hat früher bei der ÖIAG 25 Millionen Schilling Nettodividende einbehalten. Diese 25 Millionen Schilling stellt er derzeit der ÖIAG zur Erleichterung der Kapitalzuführung zur Verfügung, weil die ÖIAG für die einzelnen ÖIAG-Betriebe auf dem Kapitalmarkt das Kapital, das zugeführt werden soll, zuerst einmal aufnimmt und hierfür der Zinsendienst von der ÖIAG zu leisten ist. Dieser Zinsendienst wird durch den Verzicht auf diese Nettodividende erleichtert.

Darüber hinaus aber gibt es auch noch eine direkte Kapitalzuführung in den Fällen, in denen die Kapitalzuführung über die ÖIAG nicht ausreichen würde, und der wichtigste Fall ist hier diese 1 Milliarde Schilling, die der VEW zugeführt wird.

Herr Abgeordneter Gorton! Sie haben mich dann im Detail nochmals in bezug auf die Förderung für General Motors gefragt. Ich sehe bitte hier zwischen meinen Ausführungen im Ausschuß, auf die Sie hingewiesen haben, und den Ausführungen des Herrn Bundeskanzlers keinen Widerspruch. Die Verhandlungen mit General Motors haben sich vielmehr so gestaltet, daß General Motors an mehreren Standorten in Österreich grundsätzlich interessiert war, daß jeweils vom Bund gemeinsam mit den jeweiligen Stellen in den Ländern verhandelt wurde, sodaß man für jedes räumliche Projekt ein gesondertes Förderungspaket zu erstellen hatte. Dabei hat der Bund eine einheitliche Förderung, eine einheitliche Basisförderung, in Aussicht gestellt, unabhängig davon, wo das Projekt verwirklicht wird, wobei diese Basisförderung durch die Sonderförderungsmöglichkeiten, die nach Region und Gegend möglich sind, zu ergänzen war, zum Beispiel also Sonderförderungsmöglichkeiten im Raum Judenburg dadurch, daß es dort die besonders günstigen ERP-Kredite gibt, die es etwa in der Umgebung von Klagenfurt beziehungsweise auch in Wien natürlich nicht geben konnte, weil das ja nicht Sonderförderungsgebiete sind. Daneben gibt es verschiedene sonstige Möglichkeiten, etwa über die Arbeitsmarktverwaltung, über Ausbildungshilfen, durch Zurverfügungstellung von Grund und Boden die Verwirklichung der Projekte zu fördern. (*Abg. Dkfm. Gorton: In Kärnten und Wien waren die gleichen Förderungsvoraussetzungen!*) Nur in bezug auf den verlorenen Kapitalzuschuß, den der Bund gibt, gibt es gleiche Voraussetzungen, in bezug auf die

**Staatssekretär DDr. Nussbaumer**

flankierenden Maßnahmen, Zuschuß durch das Land, Zurverfügungstellung von Boden, Infrastrukturaufschließung, Schulungsmaßnahmen gibt es keine gleichen Förderungen.

Ich kann Ihnen dafür nur deswegen keine detaillierten Zahlen nennen, weil wir die Projekte in Klagenfurt und in Judenburg gar nicht im Detail ausdiskutiert haben. Denn sobald General Motors sich selbst klargeworden war, daß sie vorerst nur ein Projekt verwirklichen wollen, sind sie im vergangenen Frühjahr nur noch an einem Standort interessiert gewesen, obwohl die Diskussion über die anderen Standorte nicht endgültig abgeschlossen ist.

Den Standort in Wien hat General Motors nicht nach Förderungsgesichtspunkten gewählt, den Standort in Wien haben sie vor allem im Hinblick darauf gewählt, daß er genügend Raum und genügend Arbeitsplätze bietet, um in ihrer späteren Expansion nicht behindert zu sein. Denn General Motors schwebt ja hier nicht nur ein Motorenwerk, sondern ein weiterer Ausbau der Fertigung schlechthin vor. Das war auch der Grund, warum das Projekt für uns so interessant ist. Für eine Erweiterung braucht man eben nicht bloß die 1 500 Arbeitsplätze und nicht nur etwa 30 Hektar Grundfläche, sondern dazu braucht man erheblich mehr, sowohl mehr Grund als auch mehr Arbeitsplätze. Diese waren weder in Judenburg noch in Klagenfurt anzubieten, deshalb wurden die Detailverhandlungen nur für Wien geführt. *(Abg. Deutschmann: Bei uns in Kärnten waren 40 Hektar bereitgestellt! - Weitere Zwischenrufe.)*

Auf Ihren Hinweis, daß in Wien diese Gegebenheiten nicht vorhanden sind, darf vielleicht nur entgegnet werden, daß sich jedermann von der Größe des ehemaligen Flugplatzes in Aspern überzeugen kann, der als Industriegrund erheblich größer ist, als alles andere, was an den beiden anderen Standorten gegeben ist. Die Arbeitskraftreserven in Wien sind nicht nur in bezug auf die Stadt Wien, sondern in bezug auf das gesamte Einzugsgebiet zu sehen. Sicherlich werden unsere Freunde in Niederösterreich außerordentlich dankbar sein, wenn für ein Grenzgebiet, wo es ja wenig industrielle Arbeitsplätze gibt, für ein Grenzgebiet allerdings, von dem aus man sehr leicht Wien erreichen kann, entsprechende Arbeitsmöglichkeiten geboten werden.

Wir betreiben, wenn Sie so wollen, in Wien genauso Arbeitsplatzsicherung für entlegene und schlecht entwickelte Gebiete, wenn wir etwa nach Aspern ein größeres Werk stellen können, wie wir es etwa in Judenburg und in der Gegend von Klagenfurt tun würden. *(Abg. Dkfm. Löffler: Gastarbeiter werden Sie importieren, Herr Staatssekretär!)*

Zu den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Wimmersberger darf ich abschließend folgendes sagen: Er hat, wie mir scheint, ein wenig die Fusion bedauert, weil man hypothetische Gewinne bei der VÖEST in Linz hätte errechnen können, wenn die Fusion zur heutigen VÖEST-Alpine nicht stattgefunden hätte.

Ich glaube, es ist außerordentlich gefährlich, Berechnungen anzustellen, die auf der Frage beruhen: Was wäre geschehen, wenn . . . ?, weil ja niemand die Begleitumstände kennt.

Trotzdem, glaube ich, sollte man hier entgegen und darauf hinweisen, daß sich so gut wie alle Fachleute darüber einig sind, daß die Zukunft gerade auf dem Eisen- und Stahlsektor international und in ganz Europa den Großunternehmungen gehören wird. Vielleicht hätten sich in einer kurzfristigen Übergangsperiode die Gewinne bei der VÖEST isoliert gesehen günstiger entwickelt, als wenn man VÖEST und Alpine kombiniert. Dies wäre allerdings dann zu Lasten aller steirischen Betriebe gegangen, und man kann nicht die Fusion als schlecht bezeichnen, wenn man gleichzeitig auch die ungenügende Beschäftigung in den steirischen Betrieben bedauert. Ich möchte aber darüber hinaus sagen, daß langfristig auch der Linzer Standort durch den Zusammenschluß der gesamten Massenstahlbetriebe in Österreich in seiner internationalen Konkurrenzfähigkeit eindeutig profitiert. Außerdem sagen uns ja die Fachleute wiederholt, daß auch die Situation bei den VEW vielleicht etwas günstiger wäre, wenn der Zusammenschluß der einzelnen Edelstahlwerke zeitlich etwas früher erfolgt wäre, sodaß die Bemühungen um die Strukturbereinigung in eine konjunkturell etwas günstigere Zeit gefallen wären. Danke schön! *(Beifall bei der SPÖ.)*

**Präsident Thalhammer:** Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Rechberger. Ich erteile ihm das Wort.

**Abgeordneter Rechberger (SPÖ):** Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Bevor ich mit meinen Ausführungen über die verstaatlichten Betriebe beginne, möchte ich einige Bemerkungen zu Vorrednern der anderen Fraktionen machen.

Wenn der Herr Abgeordnete Grabher-Meyer in einem Zwischenruf den Eindruck erweckt, daß es in der verstaatlichten Industrie einen erheblichen Teil von „Krankenschwindlern“ gibt, dann möchte ich das namens der Beschäftigten in der verstaatlichten Industrie schärfstens zurückweisen! *(Beifall bei der SPÖ.)* Ich kann mir nur vorstellen, daß er diesen Zwischenruf in Unkenntnis der Probleme und der Leistungen dieser Arbeitnehmer gemacht hat. Ich kann das

**Rechberger**

verstehen, als Strickereikaufmann muß man nicht unbedingt von der Verstaatlichten Eisen- und Stahlindustrie etwas verstehen. Das nur als eine Bemerkung dazu.

Kollege Burger, ich kann mir bei dir nicht gut vorstellen, daß du behauptest, daß es keine Vertretung für Judenburg gäbe. Ich kann als Mitglied des Zentralbetriebsrates der VEW durchaus bestätigen, daß die Belegschaftsvertreter Judenburgs bei jeder Besprechung, bei jeder Diskussion und bei allen Problemkreisen, die die VEW betreffen, dabei sind und ihre Mitsprache voll beinhaltet ist und daß das Strukturkonzept vom Februar 1978 in einer großen Betriebsräteversammlung von über 200 Betriebsräten diskutiert und abgestimmt wurde, das ja die Grundlage der jetzigen Diskussionen und Formulierungen in der Frage der Strukturvereinbarungen ist.

Wir sollten die Probleme der Betriebe und der in diesen Betrieben beschäftigten Menschen in den Vordergrund stellen und nicht unbedingt eine kurzfristige politische Erfolgshascherei. Ich würde dafür dankbar sein. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine sehr verehrten Damen und Herren! In einer Zeit, in der es seit 1974 weltweit eine Stahlkrise gibt, wie noch niemals vorher, eine Krise, die von 1974 bis 1978 im EWG-Bereich 120 000 Arbeitnehmern den Arbeitsplatz gekostet hat – das sind 15,5 Prozent der Arbeitsplätze in der Stahlindustrie – und wo prognostiziert ist, daß bis 1985 neuerlich mit einem Verlust von nahezu 80 000 Arbeitsplätzen in der Stahlindustrie der EWG zu rechnen ist, kann man durchaus behaupten, daß die österreichische verstaatlichte Eisen- und Stahlindustrie in dieser weltweiten Krise relativ gut weggekommen ist und die Probleme besser als alle anderen gemeistert hat, dank der Mithilfe und Unterstützung der Bundesregierung und der persönlichen Unterstützung des Herrn Bundeskanzlers. *(Beifall bei der SPÖ.)* Der Herr Bundeskanzler ist sehr viel in den Betrieben und wird dort mit den Problemen befaßt, und bei jeder Gelegenheit, wenn er ersucht wird, bei einer Betriebsversammlung oder einem Betriebsdurchgang, ist er bereit, diese Konfrontation auf sich zu nehmen, um die Probleme an Ort und Stelle kennenzulernen.

Wenn es also in dieser schwierigen, weltweiten Stahlkrise möglich war, daß die österreichische verstaatlichte Industrie seit 1976 eine Umsatzentwicklung in der Plusposition von 96 Milliarden Schilling auf 1978 rund 108 Milliarden Schilling erreichte, davon eine sehr wesentliche Steigerung der Exportquote und darüber hinaus noch eine verstärkte Investitionstätigkeit durchgeführt wird, die allein im Jahre 1978 nahezu neun Milliarden Schilling erreichen

wird, so kann man durchaus feststellen, daß auch in den Vereinigten Edelstahlwerken an allen Standorten Investitionen getätigt werden, die zur Strukturverbesserung unserer Betriebe und damit zur Erhaltung der Arbeitsplätze für die Zukunft erheblich beitragen.

Und wenn man dazu noch weiß, daß dieses Strukturverbesserungs-Investitionsprogramm über zwei Milliarden Schilling ausmacht, die im Detail von neuen Stahlwerken bis zu Turbinenschaufelfertigungsbetrieben, von Hartmetall bis zu Rohrlupen von der Erstellung neuer Betriebsstätten für die Blankstahlerzeugung reicht, so sieht man, daß hier ein aktiver Beitrag zur Erhaltung der Arbeitsplätze und zur Sicherung der Arbeitsplätze vom Bund und von der ÖIAG geleistet wird. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich möchte aber in diesem Bereich auch nicht unerwähnt lassen und das durchaus auch als ein Verdienst der Arbeitnehmer dokumentieren, daß es ja im Jahre 1978 möglich gewesen ist, durch Verhandlungen mit den Firmenvorstehern und den betroffenen Arbeitnehmern ein sogenanntes einmaliges Sparprogramm zu erstellen, das die Belegschaft auf sich genommen hat und das im Jahre 1978 eine Verbesserung des Betriebsergebnisses von 230 Millionen Schilling innerhalb der VEW erbrachte. Das war eine einmalige und großartige Leistung der Arbeitnehmer in den Vereinigten Edelstahlwerken, und ich glaube, es gibt in diesem Rahmen und in diesen Bereichen in ganz Österreich nichts Gleichwertiges.

Darüber hinaus behandelt man in den verstaatlichten Betrieben die Probleme der Jugendarbeitslosigkeit und leistet damit einen aktiven Beitrag zur Verhinderung der Jugendarbeitslosigkeit. Man kann durchaus feststellen, daß in den verstaatlichten Betrieben in den letzten Jahren die Lehrlingszahlen immer erhöht wurden und immer mehr junge Menschen in Ausbildung genommen wurden, sicherlich auch im Hinblick darauf, daß wir in einigen Jahren diese hochqualifizierten Facharbeiter brauchen werden.

Waren im Jahre 1974 4 800 Lehrlinge im Bereich der verstaatlichten Industrie tätig, so sind es im Jahre 1978 5 700 Lehrlinge, ein aktiver Beitrag dazu, um der Jugendarbeitslosigkeit Einhalt zu gebieten und sie zu verhindern. *(Beifall bei der SPÖ.)*

In den letzten Wochen und Monaten sahen wir aber auch ein neuerliches Problem in unseren Betriebsbereichen auf uns zukommen und können heute noch nicht abschätzen, was sich hier an Belastungen ergeben wird. In den letzten Wochen und Monaten sind die Legierungsmetalle in einer Preissteigerung begriffen, die für

**Rechberger**

uns enorme Belastungen beinhaltet. Es ist durchaus erlaubt, das auch hier kundzutun: Allein die zusätzlichen Belastungen beim Molybdän, das für die Legierung hochwertigster Stahle gebraucht wird, betragen 200 Millionen Schilling, die wir durchaus einigermaßen auf den Preis umwälzen können, aber das kommt erst Monate, vielleicht sogar erst ein Jahr später zum Tragen, und dadurch entstehen also wieder große Schwierigkeiten in der Bilanz.

Die Bemühungen werden fortgesetzt, es greifen hier entscheidende Bemühungen des Bundeskanzlers und der sozialistischen Bundesregierung Platz, haben in der Vergangenheit Platz gegriffen, um die Probleme, die Strukturprobleme in den verstaatlichten Betrieben zu bewältigen, um für die Zukunft Arbeitsplätze zu sichern und bestehende Arbeitsplätze zu erhalten.

Ich möchte auch von dieser Stelle aus sehr offen erklären: Wir als sozialistische Fraktion nehmen gerne den Bericht des Herrn Bundeskanzlers zur österreichischen verstaatlichten Industrie zur Kenntnis und wollen uns von dieser Stelle aus auch für die enormen Leistungen, das Verständnis und die hohe Qualitätsarbeit aller Arbeitnehmer in der verstaatlichten Industrie bedanken. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident **Thalhammer**: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Neumann. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter **Neumann** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geschätzte Damen und Herren! Mein Vorredner, der Herr Abgeordnete Rechberger, hat soeben in seinen Ausführungen wieder über Gebühr betont und hat dafür auch verschiedene, allerdings oft nicht stichhaltige Beweise angeführt, welcher hoher Stellenwert der verstaatlichten Industrie von dieser Regierung und der Regierungsfraktion beigemessen wird.

Hohes Haus! Verehrte Damen und Herren! Ich möchte diese Feststellung meines Vorredners nach einem eingehenden Studium des vorliegenden ÖIAG-Berichtes, aber auch der Erkenntnisse, die man draußen in der Praxis sammelt, nicht unterstreichen.

Ich werde das an Hand des vorliegenden ÖIAG-Berichtes auch begründen: Ich unterstreiche, was Rechberger bezüglich der Beschäftigten in der verstaatlichten Industrie sagte. Ich möchte sagen, daß der Fleiß der Beschäftigten in der Verstaatlichten auch bei unserer Fraktion außerordentlich hohe Anerkennung findet.

Ich unterstreiche aber nicht, wie er behauptete, daß der Verstaatlichten im gesam-

ten von der Regierung ein so hoher Stellenwert zuerkannt wird, sondern ich möchte sagen: Der Stellenwert, den eine Regierung ihrer verstaatlichten Industrie beigemessen hat, war in der ganzen Zweiten Republik noch nie so niedrig – nicht so hoch! – wie jetzt, seitdem Sozialisten dieses Land regieren.

Hohes Haus! Es beginnt schon damit, daß im Verstaatlichtenausschuß am vorigen Mittwoch bei der Behandlung des sehr gewichtigen ÖIAG-Berichtes wichtige Fragen von uns Abgeordneten einfach nicht, unpräzise oder unrichtig beantwortet wurden. Dies, obwohl nicht nur ein, sondern zwei von den in Hülle und Fülle vorhandenen Staatssekretären zur Verfügung standen. Und zwar dadurch zwei, weil die erste Hälfte der Ausschusssitzung Herr Staatssekretär Löschnak den den zuständigen Bundeskanzler vertretenden Staatssekretär Prof. Nussbaumer zu vertreten hatte.

Hohes Haus! Nicht nur aus der Nichtbeantwortung von Fragen, sondern auch durch dieses Vertretungsspiel kommt zum Ausdruck, daß der Stellenwert, den diese Regierung dem Verstaatlichtenausschuß und damit auch der verstaatlichten Industrie Österreichs beimißt, nicht hoch, wie von meinem Vorredner behauptet wurde, sondern sehr, sehr niedrig ist.

Hohes Haus! Ich warne nicht nur wegen der Kostenseite vor weiteren Staatssekretären. Denn wenn noch weitere Staatssekretäre zu den bisherigen kommen, dann bekommen wir im Parlament und in den Ausschüssen den zuständigen Herrn Bundeskanzler und die zuständigen Herren Minister, die letzten Endes die letzte Verantwortung tragen, überhaupt nicht mehr zu sehen.

Der zweite Beweis des niedrigen Stellenwertes, der dem Verstaatlichtenausschuß und damit auch der verstaatlichten Industrie beigemessen wird, ist der, daß der Verstaatlichtenausschuß im kritischen Wirtschaftsjahr 1977 das ganze Jahr hindurch kein einziges Mal zusammengetreten ist.

Die ÖIAG-Berichte der Jahre 1977 und 1976 konnten daher erst nach langem Zögern im Herbst 1978 behandelt werden, und der vorliegende ÖIAG-Bericht über das Jahr 1978 kommt auch erst jetzt, im Herbst 1979, wo vieles bereits gelaufen ist, zur Behandlung. Also früher keine Sitzungen, jetzt keine oder unzureichende Antworten im Verstaatlichtenausschuß.

Ich muß daher, und ich habe das bereits im Ausschuß angekündigt, einige Fragen, die ich im Ausschuß stellte, hier im Plenum wiederholen. Allerdings nur einige, denn wenn ich alle stellen würde, würde das gerade die heutige

Neumann

Zeit, die uns zur Verfügung steht, bei weitem sprengen.

Hohes Haus! Unter anderem gab es unklare Antworten, was die Finanzierung, die finanzielle Situation der verstaatlichten Industrie, vor allem die Finanzierung durch den Staat betrifft. Es wurde zwar immer wieder von finanziellen Zuwendungen gesprochen, von Kapitalzufuhr, von angeblichem Dividendenverzicht – angeblich 700 Millionen seit dem Jahre 1970 –, von den berüchtigten zwei Milliarden, die Dr. Kreisky seinerzeit als Morgengabe für die Fusionierung versprochen hat. Auch heute ist das vorhin durch den Herrn Staatssekretär geschehen. Es wurden jedoch nur Details angezogen, es fehlt eine komplette Übersicht, wie hier die Finanzierung wirklich aussieht.

Ich möchte zu all dem, Hohes Haus, nur feststellen: Alles, was hier gegeben wurde – der Herr Bundeskanzler hat es erfreulicherweise heute vormittag doch klargestellt –, sind natürlich keine Budgetmittel des Staates, sondern alles, was den einzelnen Betrieben der verstaatlichten Industrie gewährt wurde, sind Beträge der ÖIAG, die ihrerseits zum Teil wieder gewaltige Kredite aufnehmen mußte, um diese Finanzierung durchführen zu können, die sich jetzt in außerordentlich großen finanziellen Schwierigkeiten befindet.

An Budgetmitteln, das sei einmal von dieser Stelle aus klargestellt, hat die verstaatlichte Industrie außer den Mitteln für die Bergbauförderung seit dem Jahre 1970 keinen einzigen Groschen bekommen. Der letzte Budgetposten von 67,3 Millionen Schilling befand sich im Budget 1970 für die verstaatlichte Industrie. Es war das das letzte Budget der ÖVP-Alleinregierung, jener ÖVP, die heute wiederum, vor allem vom ersten Hauptredner der sozialistischen Fraktion, was ihre Einstellung zur Verstaatlichten anlangt, heftigst gerügt, heftigst kritisiert wurde.

Insgesamt wurden der verstaatlichten Industrie nur in den vier ÖVP-Regierungsjahren 367,8 Millionen Schilling, also fast 400 Millionen Schilling, ordentliche Budgetmittel zugeführt.

Heute hat der Herr Staatssekretär wieder erklärt, der Staat hat auf einen großen Teil seiner Dividenden verzichtet und dadurch der Verstaatlichten geholfen.

Auch diese Feststellung ist sehr problematisch. Erstens hat der Staat einige Hunderte Millionen von den Dividenden, die die verstaatlichten Betriebe an die ÖIAG bezahlten, zurückbehalten, und zweitens ist hier folgendes festzustellen: Diese Dividenden der einzelnen verstaatlichten Betriebe werden an die ÖIAG

abgeführt, wie ich sagte. Und nach Artikel IV des in der Zeit der ÖVP-Regierung beschlossenen ÖIG-Gesetzes sind diese eingezahlten Beträge mit allen Forderungen unentgeltlich, wie es in dem damaligen Gesetz hieß, an die ÖIAG übergegangen.

Also damals wurde auch zur Gänze auf die Dividenden verzichtet, und trotzdem hat der Bund damals zusätzliche Budgetmittel vor 1970 den verstaatlichten Betrieben Österreichs zugeführt.

So, Hohes Haus, ist die Situation, so positiv war die Österreichische Volkspartei im Gegensatz zur heutigen Regierung zur verstaatlichten Industrie Österreichs und damit zu den hunderttausend Menschen eingestellt, die in dieser Industrie beschäftigt sind und dort ihr Bestes geben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Hohes Haus! Sehr verehrte Damen und Herren! Ich habe im Ausschuß den Herrn Staatssekretär gefragt, wie es seit dem Jahre 1970 aussieht. Er gab unzulängliche, unklare Antworten. Auch heute ist das wieder nicht klar zum Ausdruck gekommen. Ich habe ihn also gefragt: Wieviel hat die Verstaatlichte seit dem Jahre 1970 bekommen und wieviel wurde der Verstaatlichten seither durch die Politik, ich möchte sagen durch die Belastungspolitik dieser gegenwärtigen Bundesregierung wiederum genommen? Wieviel also macht, haben wir gefragt, die Mehrbelastung bei der Mehrwertsteuer aus, bei der Lkw-Steuer, durch die Schillingaufwertung, durch die Benzinpreiserhöhung, wo ja bekanntlich der Staat an die 70 Prozent kassiert, wieviel macht das alles für die verstaatlichten Betriebe an Belastung aus seit dem Jahre 1970? Wie gesagt, ich habe darauf keine Antwort erhalten.

In mühsamer Arbeit habe ich mir inzwischen anderweitig die Unterlagen beschafft und möchte hier folgendes sagen: Allein durch die Schillingaufwertung, Hohes Haus – und ich möchte das sowohl dem Herrn Staatssekretär wie auch dem Herrn Abgeordneten Schmidt sagen, die die Auswirkungen dieser Schillingaufwertung für die verstaatlichte Industrie so bagatellisiert haben –, allein durch die Schillingaufwertung – das ist Tatsache – hat sich seit 1970 die Kostenlage der Verstaatlichten, wie übrigens auch der übrigen Exportwirtschaft Österreichs, gegenüber dem wichtigsten Handelspartner, der deutschen Bundesrepublik, um 20 Prozent und gegenüber den anderen Handelspartnern sogar um 21,5 Prozent, also fast um ein Viertel, verschlechtert. Aber das wird bagatellisiert, das wird heruntergespielt, obwohl es bekannt ist, und die Fachleute sprechen davon, daß diese Schillingaufwertung, allein diese Schillingaufwertung, allergrößte Probleme

**Neumann**

in der exportorientierten verstaatlichten Industrie, aber auch in der übrigen Exportindustrie Österreichs aufgeworfen hat.

Schillingaufwertung: Also man rechnet, daß die wiederholten Aufwertungen der Verstaatlichten allein seit dem Jahre 1974 in Geld ausgedrückt etwa 3 Milliarden Schilling gekostet haben. Die Mehrwertsteuer brachte für die Verstaatlichten auch ein Mehrerfordernis von etwa 3 Milliarden, die Lkw-Steuer kostete allein im Berichtsjahr 1978 200 Millionen, das steigt jetzt weiter progressiv an, hinsichtlich der Benzinpreiserhöhungen rechnet man, daß sie auch jährlich eine Mehrbelastung von etwa 3 Milliarden bedeuten, die Vermögensteuer kostete allein im Jahr 1978 der Verstaatlichten 461 Millionen, die Arbeitsplatzsteuer, die es sonst nirgends in Europa gibt, nämlich die Lohnsummensteuer, 338 Millionen. Insgesamt, Hohes Haus, rechnet man, daß die steuerliche und tarifliche Mehrbelastung durch die Regierung der verstaatlichten Industrie allein seit dem Jahre 1973 über 11 Milliarden Schilling an Mehrkosten verursacht hat. Und dazu kommen eben die indirekten Belastungen, wie gesagt, durch Schillingaufwertung, Benzinpreiserhöhungen, Lohnnebenkosten und so weiter, mindestens auch etwa im Ausmaß von über 11 Milliarden Schilling. *(Präsident Benya übernimmt den Vorsitz.)*

Also, Hohes Haus, sehr verehrte Damen und Herren: Null Schilling bekommen vom Staate, oder wenn Sie die Dividenden als Hilfe rechnen, dann sage ich, eine Dreiviertelmilliarde bekommen, und über 20 Milliarden Schilling wurden der verstaatlichten Industrie durch Ihre Belastungspolitik und damit durch die verfehlte Politik dieser Bundesregierung seit dem Jahre 1970, wie der übrigen Wirtschaft übrigens auch, wiederum genommen. Das ist einfach Ihr Weg auf allen Gebieten. Ein Schilling wird gegeben, 10 Schilling werden wiederum genommen. Das ist einfach Ihr falscher, vielgepriesener österreichischer Weg.

Eine solche Aushungerung, eine solche finanzielle Aushungerung der verstaatlichten Industrie Österreichs, wie überhaupt der gesamten Wirtschaft dieses Landes, hat es bisher in diesem Land noch nicht gegeben. Es blieb das der gegenwärtigen sozialistischen Bundesregierung vorbehalten. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Hohes Haus! Sehr verehrte Damen und Herren! Das Ergebnis dieser Belastungspolitik, dieses falschen Weges, der beschritten wurde, ist die Ertragslage – es wurde heute viel darüber diskutiert –, die Ertragslage der gesamten österreichischen Wirtschaft, einschließlich der Verstaatlichten, die schlecht ist, ja man könnte fast sagen: schlecht wie nie zuvor. So beträgt

trotz guter Auftragslage, die heute wiederholt herausgestrichen wurde, der Verlust der verstaatlichten Industrie im Wirtschaftsjahr 1978 – wenn man die gutlaufende Mineralölverwaltung ausklammert – immerhin über 2,4 Milliarden Schilling.

Wir wissen, daß etwa im Jahre 1978 in der Privatwirtschaft über 1 000 Privatbetriebe, um 35 Prozent mehr als 1977, in Konkurs gegangen sind.

Im gesamten und abschließend möchte ich sagen, Hohes Haus: An den roten Zahlen der verstaatlichten Industrie und anderer Betriebe merkt man es unter anderem auch sehr deutlich, daß nun schon fast zehn Jahre eine rote Regierung in diesem Land am Werke ist.

Und das zweite Ergebnis dieser Politik sind weniger Investitionen, viel zuwenig, und damit weniger, zu wenig für die Arbeitsplätze. Wie wenig heute investiert wird vom Staate her, ist beispielsweise daraus ersichtlich – obwohl man sagt: das Budget dient der Vollbeschäftigung –, daß im Jahre 1970 noch 9,5 Prozent des Budgets Investitionen zugeführt wurden, heute nur mehr 8,1 Prozent. Um 10 Prozent weniger für Investitionen, weniger für die Vollbeschäftigung durch das Budget als im Jahre 1970, obwohl ständig und auch heute und gestern laufend das Gegenteil von den Vertretern dieser Regierung behauptet wird.

Also viel zuwenig für die Sicherung der Arbeitsplätze, daher auch laufender Beschäftigtenrückgang. Wir haben es heute schon gehört. Wir haben in der verstaatlichten Industrie seit dem Jahre 1973 um über 4 000 oder rund 4 Prozent weniger Beschäftigte. Das wird ja so unterspielt, über diesen Beschäftigtenrückgang in der verstaatlichten Industrie wird so darübergegangen. Über alles mögliche wurde gesprochen, aber über die Schrumpfung bei den verstaatlichten Betrieben wird am besten kein Wort verloren.

Man vergißt auch zu erwähnen – es wurde sehr viel von der früheren Zeit, beispielsweise was die Kohlenpolitik anlangt, gesprochen –, daß allein seit dem Jahre 1970 in Österreich durch eine verfehlte Politik elf Kohlengruben geschlossen wurden, ohne ausreichende Ersatzarbeitsplätze zu schaffen, das möchte ich besonders betonen.

Und wenn jetzt beispielsweise in meinem Bezirk ein Betrieb neu errichtet wird, das Werk Oberdorf, so muß ich sagen: Es ist das ein Tropfen auf den heißen Stein. Eine Schwalbe macht keinen Sommer. Es ist bis heute beispielsweise nicht gelungen – das möchte ich auch dem Herrn Staatssekretär sagen –, obwohl es Jahre hindurch auch sozialistische Gewerk-

**Neumann**

schafter in meinem Bezirk gefordert haben, bei der Zentralwerkstätte oder Lehrwerkstätte der VÖEST-Alpine in Bärnbach, in meinem Bezirk, einen Finalbetrieb zu errichten, obwohl es jahrelang, auch von den örtlichen sozialistischen Vertretern, vehement gefordert wurde.

Das Ergebnis in meiner Region, wo nun einmal die Kohle eine große Rolle spielt, ist das, daß wir heute beispielsweise in meinem Heimatbezirk um rund 20 Prozent weniger Gesamtbeschäftigte haben, als das noch im Jahre 1971, also am Beginn dieser Regierung, der Fall gewesen ist. Davon wird nicht gesprochen.

Der Abgeordnete Schmidt hat sich heute damit beschäftigt und Argumente gebracht, wem die Vollbeschäftigung zuzuschreiben ist. Der Verstaatlichten anscheinend nicht, dort ist ein Rückgang von über 4 000 seit dem Jahre 1973. Der übrigen Industrie auch nicht. Ich muß auch zugeben und möchte das konkretisieren, daß wir in der Gesamtindustrie seit dem Jahre 1970 durch diese Ihre falsche Industrie- und Belastungspolitik über 70 000 Arbeitsplätze verloren haben.

Wenn wir trotzdem noch Vollbeschäftigung haben und uns im Beschäftigungsniveau über dem internationalen Durchschnitt befinden, wie das heute Ihre Regierungsvertreter wiederholt betonen, so verdanken wir das – und das sei auch einmal hier ausgesprochen – den kleinen, den mittleren Betrieben, der sogenannten mittelständischen Wirtschaft von Österreich, und denen soll auch bei dieser Gelegenheit für diese ihre Vollbeschäftigungspolitik ein herzliches und ein aufrichtiges Wort des Dankes gesagt werden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Hätten sie sich nicht so gut gehalten, dann würden wir uns in der Arbeitslosenrate nicht unter, sondern weit über dem internationalen Durchschnitt befinden!

Ich möchte abschließend dazu sagen, Hohes Haus, sehr verehrte Damen und Herren: Belastungen, Verbürokratisierung der Betriebe – beispielsweise wurden es durch die Fusionierung VÖEST-Alpine im Jahre 1972 nicht weniger Angestellte, wie versprochen, sondern es hat sich die Angestelltenzahl um 18,4 Prozent erhöht –, finanzielle Aushungerung der Betriebe, wie das nun allmählich schon zehn Jahre hindurch geschieht, sichern eben keine Arbeitsplätze. Belastungen sichern keine Arbeitsplätze, weder in der verstaatlichten noch in der übrigen Industrie dieses Landes. Die Auswirkungen habe ich eben erwähnt, sie sind nicht ausgeblieben.

Auch die Belastungen der Arbeitnehmer sichern keine Arbeitsplätze. Ich möchte hier nur

der Vollständigkeit halber erwähnen, daß nicht nur die Betriebe, nicht nur die Unternehmungen, sondern auch die Arbeitnehmer durch diese falsche Politik zur Kasse gebeten wurden wie nie zuvor. Wir entnehmen auch den Unterlagen zum ÖIAG-Bericht, daß beispielsweise seit dem Jahre 1975 der Lohn eines Industriebeschäftigten in Österreich um 18,8 Prozent gestiegen ist, die Lohnsteuereinnahmen des Finanzministers, des Staates jedoch um 91,9 Prozent oder 25 Milliarden Schilling. Ja das ist Ihre Politik, für die wir aber nicht zu haben sind!

Andere Staaten, sehr verehrte Damen und Herren, sind eben in der Steuerpolitik, in der Belastungspolitik andere Wege gegangen. So haben beispielsweise Frankreich und Großbritannien die Steuern nicht erhöht, so wie Sie das ständig tun, sondern gesenkt, um die Arbeitsplätze in ihren Ländern zu sichern.

Die Bundesrepublik Deutschland hat beispielsweise bis zum Jahre 1980 auf umgerechnet 250 Milliarden Schilling Staatseinnahmen verzichtet, um die Arbeitsplätze zu sichern. Man hat die Betriebe also steuerlich entlastet, weil man dort im Gegensatz zu uns eben klar erkannt hat, daß nicht die Politik: einen Schilling geben und zehn Schilling nehmen, sondern gut geführte Betriebe der beste Garant für sichere Arbeitsplätze sind. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Hohes Haus! Eine Auswirkung dieser schlechten Ertragslage ist der Beschäftigungsrückgang. Die zweite Auswirkung ist, daß man sich fremde Betriebe aus dem Ausland holen muß, um bei den Beschäftigten in der Republik wieder aufzuholen, ausländische Betriebe, die dem Steuerzahler sehr viel kosten, wie etwa das Dieselmotorenwerk General Motors, wo jeder Arbeitsplatz dem Steuerzahler bekanntlich – wir haben es heute schon gehört – 1 Million Schilling kosten wird. Das sind für insgesamt 1 500 Arbeitsplätze 1,5 Milliarden Schilling. 1,5 Milliarden Schilling für einen einzigen Betrieb! Das ist gleich viel oder sogar etwas mehr, als die gesamte Landwirtschaftsförderung Österreichs im Jahre 1978 betragen hat, von der immer so viel gesprochen wird. Oder das ist achtmal soviel, wie etwa die energiepolitisch so wichtige Bergbauförderung in einem Jahr beträgt, von der auch immer wieder die Rede ist.

Hohes Haus! Sehr verehrte Damen und Herren! Ich möchte dem Herrn Bundeskanzler auf seine gestrige Feststellung hin sagen: So schlecht und nicht so gut, wie er behauptet hat – so schlecht! –, ist unser Wirtschaftsklima in Österreich nach neun Jahren Sozialismus geworden, daß wir für jeden Arbeitsplatz, der zusätzlich geschaffen werden soll, 1 Million Schilling hinwerfen müssen. So sehr haben wir auch in den Augen der Ausländer nicht

**Neumann**

aufgewirtschaftet, sondern abgewirtschaftet durch Ihre Politik, die Sie betrieben haben. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Noch zu General Motors etwas Grundsätzliches. Natürlich wird dieser Betrieb, der den Steuerzahlern so viel kostet, nämlich 1,5 Milliarden Schilling, in Wien angesiedelt und damit dort, wo kein Mangel an Arbeitsplätzen besteht, und nicht dort, wo eben Probleme herrschen, wie etwa im obersteirischen Industrieraum Judenburg, wo Fohnsdorf geschlossen wurde, oder in Kärnten, wo die höchste Arbeitslosenrate Österreichs zu verzeichnen ist, oder in anderen Problemgebieten Österreichs. Ich wundere mich sehr, daß kein einziger von den sozialistischen Rednern die Ansiedlung dieses Betriebes etwa in den steirischen Problemgebieten gefordert hat.

Hohes Haus! Sehr verehrte Damen und Herren! Auf Grund dieser, wie ich behaupte, falschen Standortwahl ist es – das ist heute in Zwischenrufen schon angeklungen – gar nicht ganz sicher, ob diese 1,5 Milliarden Schilling Steuergelder überhaupt österreichischen Arbeitnehmern zugute kommen. Es werden, wie es in einer Presseaussendung in den letzten Tagen hieß, in diesem Werk rund zwei Drittel Hilfsarbeiter benötigt, die es aber im Raum Wien überhaupt nicht gibt. So besteht die Gefahr, daß Gastarbeiter genommen werden müssen und durch diese falsche Standortwahl die 1,5 Milliarden Schilling an österreichischen Steuergeldern türkischen oder jugoslawischen Gastarbeitern zugute kommen. So weit kommt es, wenn man Betriebe nicht dort errichtet, wo die arbeitenden Menschen mit ihren Familien wohnen und zu Hause sind. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Auf diesem Gebiet besteht ein grundsätzlicher Unterschied zwischen uns und der Sozialistischen Partei. Hier trennen uns einfach Welten. So wie wir dafür sind, daß die Schulen dort errichtet werden, wo die Kinder sind, und nicht umgekehrt, so sind wir von der Volkspartei eben auch dafür, daß die Betriebe dort errichtet werden, wo es Probleme gibt, wo, es sei noch einmal gesagt, die arbeitenden Menschen mit ihren Familien wohnen und zu Hause sind. Das sind unsere Vorstellungen. Das ist der Föderalismus in der Wirtschaft, wir wir ihn uns eben vorstellen und auch praktizieren.

Hohes Haus! Österreich ist nun einmal von der Verfassung her kein Zentralstaat, sondern ein föderalistischer Bundesstaat. Man müßte daher an alle denken, an alle Regionen, an alle Länder. Österreich besteht nämlich nicht nur aus einem, sondern aus neun Bundesländern. Der Staat lebt in seinen Ländern oder er lebt und

gedeiht überhaupt nicht: so heißt es in einem alten Dichterwort.

Hohes Haus! Sehr verehrte Damen und Herren! Auf das haben Sie nicht nur beim Finanzausgleich, sondern auch bei der Ansiedlung von General Motors komplett vergessen. Ändern Sie, sehr verehrte Damen und Herren von der Linken, auch auf dem Gebiet der verstaatlichten Betriebe diese Ihre Politik, bevor es endgültig zu spät ist. Viel Zeit haben wir ohnedies nicht mehr zu verlieren.

Allen aber, die in der verstaatlichten Industrie tätig sind und dort ihr Bestes geben, möchte ich als vorläufig letzter ÖVP-Redner herzlich danken für ihren Fleiß, eben dafür, daß sie das Beste gegeben haben, und ich grüße sie in dieser Stunde, wo wir ihre Sorgen, die auch unsere sind, behandeln. Ich grüße sie mit einem herzlichen Glückauf! *(Beifall bei der ÖVP.)*

**Präsident:** Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Modl.

Abgeordneter **Modl** (SPÖ): Herr Präsident! Verehrte Damen und Herren! Bevor ich auf den Bericht über die Verstaatlichte eingehe, möchte ich doch ein Wort zu der „Schwalbe“ sagen, die mein Vorredner, Abgeordneter Neumann, hier zitiert hat und die „keinen Sommer bringt“.

Diese Schwalbe, die er hier zitiert hat – er meinte damit die Aufschließung des Bergbaues Oberdorf in meiner Heimatstadt Bärnbach und, damit verbunden, wenn dort die Kohle gefördert wird, auch den Ausbau der Ö III, wie wir sagen, der Österreichischen Dampfkraftwerke in Voitsberg –, bedeutet einen Aufwand von rund 4 Milliarden Schilling. So ist das hier leicht gesagt. Man müßte diese 4 Milliarden Schilling analysieren und den Menschen draußen auch bekanntmachen, wie wir das immer getan haben. 4 Milliarden Schilling sind über den Daumen gerechnet 4 000 Einfamilienhäuser. Das kommt in diese Region, wo es, wie der Herr Abgeordnete gemeint hat, im argen gelegen ist. Das war zu Beginn der Ölkrise, die wir in unserem weststeirischen Gebiet gespürt haben. Damals ist unser Herr Bundeskanzler mit fünf Ministern zu uns nach Köflach gekommen, um an Ort und Stelle zu beraten, um dort auch die politischen Richtlinien festzulegen und uns zu helfen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Das ist hervorgekommen: Der Bergbau wurde aufgeschlossen, wie wir alle wissen, und es wird dort schon mit den Abraumarbeiten begonnen und gearbeitet. ÖTK 3 wird also gebaut. 4 000 Millionen Schilling in einem Bezirk, wo dann noch eine große Hilfestellung dadurch kommen wird, daß mit dem Bau des Kraftwerkes erneut Arbeit geschaffen wird.



**Modl**

Aber nun kurz zu dem Bericht, vor allem über die Lage im Kohlenbergbau. Wir wissen, daß ungefähr 84 Prozent des Braunkohleverbrauches 1978 durch einheimische Braunkohle gedeckt wurden. Die Förderung verminderte sich nur um 1,7 Prozent auf rund 3 Millionen Tonnen. Der Großteil der Produktion wird der Elektrizitätswirtschaft und den Fernheizwerken geliefert. Die Bedeutung dieser Großverbraucher für den heimischen Kohlenbergbau wird wegen der fortgesetzten Absatzschwierigkeit bei Hausbrand und Industriekohle weiter steigen.

Die heimische Braunkohle deckte 1978 zwar nur 3,7 Prozent des österreichischen Energieverbrauches, angesichts des österreichischen Kernkraftwerkverzichts, angesichts der Zahlungsbilanz und der Belastung durch Öl- und Gasimporte ist es aber trotzdem für die Zukunft wichtig, daß wir diese einheimische Kohle fördern und hier auch verbrauchen.

Weiters möchte ich noch auf die Prospektstätigkeiten hinweisen, die auch 1978 durchgeführt wurden. Wir wissen aus unserem Gebiet, daß laufend Prospektionen durchgeführt werden, und hätte nicht damals Herr Minister Dr. Staribacher die Prospektionen im weststeirischen Gebiet angeordnet, hätte man nicht einmal gewußt, daß in Bärnbach 35 Millionen Tonnen Kohle liegen, die eben dann aufgeschlossen worden sind. Weiters wird im Kärntner Raum und im burgenländischen Raum prospektiert, wie wir alle aus den Ausführungen des Ministers wissen.

Zur Kohle im allgemeinen. Wenn wir heute die Debatte hier verfolgt haben, so können wir eines nicht von der Hand weisen: daß immer der Faktor Zeit sehr groß ist. Noch Anfang der sechziger Jahre war es mit der Kohle praktisch im argen, und keiner wollte dieser Kohle Zukunftsaussichten zubilligen. Es war damals die sogenannte Kohlekrise. Aber die war meistens nur durch strukturelle, durch konjunkturelle, aber auch durch technische Dinge bedingt. Die technologische Arbeitslosigkeit hat damals bewirkt, daß viele Menschen aus den Kohlegebieten in andere Industriezweige abwandern mußten.

Von der händischen Arbeit ging man auf maschinelle und moderne Tätigkeiten über. Es kam da und dort zu Auskohlungen, und wenn es heute von vielen Abgeordneten hier ausgesprochen wurde, so kann ich doch als langjähriger Betriebsratsobmann eines wirklich verstehen: Ob es diese oder jene Regierung war, jede Regierung hat es sicher sehr schwer, wenn Kohlengruben geschlossen werden müssen. Das möchte ich hier ganz deutlich sagen. Nur ein Unterschied besteht halt doch zu unseren sozialistischen Überlegungen: daß wir wirklich,

wo Kohlengruben geschlossen wurden, Ersatzarbeitsplätze bereitgestellt haben. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Das beste Beispiel ist aus der Weststeiermark; es wurde heute hier schon angezogen: Als Pöfing-Bergla geschlossen wurde, hat man sofort die Wolframhütte dort hingebacht, und als die Schließungsabsichten des Bergbaues Piberstein Anfang der siebziger Jahre bekannt wurden, wurden die Register gezogen, und es wurden Prospektionen durch unseren Handelsminister durchgeführt. Es wurden dann die Kohlevorkommen in Bärnbach aufgeschlossen, sodaß die Bergknappen, die in Piberstein beschäftigt waren, in den werkseigenen Konzernen untergebracht werden konnten. Darüber hinaus wurde nun im Bergbau Oberdorf die Tätigkeit mit dem Abraum aufgenommen, und über eine ganze Generation, über 30 Jahre, solange der Bergsegen reichen wird, wird dort die Kohle abgebaut werden. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Damit hat für unsere Region diese Bundesregierung eine Tat gesetzt, die bei uns ein Jahrhundertprojekt bewirkt hat. Es sind 1 000 Arbeitsplätze auf 30 Jahre, mehr als 700 im Bergbau und ungefähr 300 in der E-Wirtschaft mit diesem Aufwand, mit diesen 4 000 Millionen, die hier investiert werden, auf eine Generation, auf 30 oder 35 Jahre gesichert.

In diesem Zusammenhang möchte ich im Namen der Bergarbeiter des weststeirischen Kohlereviere der Bundesregierung herzlichen Dank und Anerkennung sagen, daß es möglich war, daß man diese große Tat für die weststeirischen Bergarbeiter vollbracht hat. *(Beifall bei der SPÖ.)* In diesem Sinn danke ich noch einmal herzlich dem Herrn Bundeskanzler für seinen persönlichen Einsatz um diese Kohle.

Wir nehmen natürlich diesen Bericht gerne zur Kenntnis. *(Beifall bei der SPÖ.)*

**Präsident:** Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Wünscht der Herr Berichterstatter ein Schlußwort? – Das ist nicht der Fall.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über den Antrag des Ausschusses, den vorliegenden Bericht III-8 der Beilagen zur Kenntnis zu nehmen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. – Das ist einstimmig angenommen.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Graf und Genossen betreffend Maßnahmen

**Präsident**

zur Verbesserung der Situation der verstaatlichten Industrie.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Entschließungsantrag ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. - Das ist die Minderheit. Abgelehnt.

**2. Punkt: Wahl eines Vertreters Österreichs in die Parlamentarische Versammlung des Europarates**

**Präsident:** Wir gelangen nunmehr zum 2. Punkt der Tagesordnung: Wahl eines Vertreters Österreichs in die Parlamentarische Versammlung des Europarates.

Durch das Ausscheiden des Mitgliedes der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, Herrn Abgeordneten Dr. Franz Karasek, ist es notwendig geworden, eine Nachwahl vorzunehmen.

Vorgeschlagen wird der Herr Abgeordnete Dr. Ludwig Steiner.

Da nur dieser Wahlvorschlag vorliegt, werde ich die Wahl im Sinne des § 87 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht mittels Stimmzettel, sondern durch Erheben von den Sitzen vornehmen.

Wird Widerspruch erhoben? - Das ist nicht der Fall.

Ich bitte daher jene Damen und Herren, die dem soeben bekanntgegebenen Wahlvorschlag ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. - Das ist einstimmig angenommen.

Der Herr Abgeordnete Dr. Ludwig Steiner erscheint somit als Vertreter Österreichs in die Parlamentarische Versammlung des Europarates gewählt.

Ich frage ihn, ob er die Wahl annimmt.

Abgeordneter Dr. Ludwig Steiner: Ich nehme die Wahl an.

**Präsident:** Die Tagesordnung ist erschöpft.

Ich gebe bekannt, daß in der heutigen Sitzung die Anfragen 128/J bis 130/J eingelangt sind.

Die nächste Sitzung des Nationalrates, die für Dienstag, den 23. Oktober 1979, um 11 Uhr in Aussicht genommen ist, wird auf schriftlichem Wege einberufen werden.

Die Sitzung ist geschlossen.

**Schluß der Sitzung: 15 Uhr 30 Minuten**